

Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union

wie Chemie, Nanowissenschaften und interdisziplinärer Förderung. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung ein spezielles Anliegen. Die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht. Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Investitionsrückfluss ermöglicht. Diese ESA-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen. So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungssystems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt.

15.6. Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union

Die wichtigste völkerrechtliche Grundlage für die Kulturarbeit der EU ist das „UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“, dem die EG 2006 beigetreten ist und das am 18. März 2007 in Kraft trat.

Der aktuelle EU-Arbeitsplan im Kulturbereich (2011–2014) erwähnt kulturelle Vielfalt, den interkulturellen Dialog sowie die Kultur in den Außenbeziehungen der Union explizit als Prioritäten der EU.

Die vom Rat der EU zur Entwicklung eines strategischen Kulturkonzepts für die Außenbeziehungen der EU 2010 beschlossenen gemeinsamen informellen Treffen der GeneraldirektorInnen der Kultur- und der Außenministerien fanden erstmals von 22.–24. Juni im ungarischen Pécs sowie unter polnischer Präsidentschaft vom 12.–15. Oktober in Lublin statt.

Das EP hat am 12. Mai eine Entschließung zur kulturellen Dimensionen der Außenpolitik der EU angenommen. Kern der Resolution ist die Forderung nach einer größeren Rolle der Kultur in der EU-Diplomatie, um Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung in Drittstaaten zu fördern. Die Abgeordneten des EP fordern die EK überdies auf, in einem Grünbuch konkrete Maßnahmen für die Rolle der Kultur in der EU-Außenpolitik darzulegen sowie eine eigene Generaldirektion für Kultur im EAD einzurichten.

Die Rolle der nationalen Kulturinstitute der EU, **EUNIC** (European Union National Institutes for Culture), als Partner der EU-Institutionen wurde bedeutend aufgewertet. Der EAD und die EU-Delegationen in Drittstaaten werden vom EP aufgerufen, beim Aufbau ihrer Ressourcen und Kompetenzen im Kulturbereich mit Netzwerken wie EUNIC zusammenzuarbeiten, um auf ihre Erfahrungen als autonomes Bindeglied zwischen den Mitgliedstaaten und Kulturmittlerorganisationen zurückzugreifen.

Auslandskulturpolitik

EUNIC wurde 2007 als informelles Netzwerk gegründet und 2011 als statutenmäßiger Verein neu konstituiert. Ihm gehören 30 Kulturinstitute aus 26 EU-Mitgliedstaaten an. In 60 Ländern weltweit bestehen sogenannte EUNIC-Cluster als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-Kulturinstitute, denen auch Österreichische Kulturforen- bzw. Botschaften angehören. Zentrale Themen der Tätigkeit EUNICs waren der interkulturelle Dialog mit China sowie die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem „Arabischen Frühling“, zu denen ein regionales Sondertreffen der Cluster im arabischen Raum am 14. und 15. September in Rabat/Marokko stattfand. Die EK lancierte auch ein EU-Projekt zur Förderung der kulturellen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte in Ägypten nach der Revolution.

Zur Stärkung des Beitrags der Kultur zur Entwicklung startete die EU ein eigenes kulturelles Unterstützungsprogramm für die Länder der AKP-Region. Es dient der Stärkung der Kultur als Wirtschaftsfaktor in diesen Ländern durch die Förderung der kulturellen Produktion und des Vertrieb kultureller Güter. Weiters finanzierte die EU ein von der UNESCO initiiertes Projekt zur Stärkung der Verwaltungen in Entwicklungsländern im Bereich Kulturpolitik.

15.7. Interkultureller und Interreligiöser Dialog

15.7.1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre unterstreichen die Notwendigkeit eines von Österreich schon vor drei Jahrzehnten begonnenen Dialogs zwischen und mit den großen Weltreligionen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategien über die Unterstützung des interreligiösen Dialogs weit hinaus gehen und sich Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso widmen müssen, wie den zentralen politischen Herausforderungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie der Förderung gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt. Dialog ist damit ein wichtiges Instrument für „Diversity Management“ und für nachhaltige Konfliktprävention und -lösung. Österreich ist an einem umfassenden Dialog der Kulturen und Religionen interessiert, vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung des Islam in Europa und des europäischen Lebensmodells. In den Dialogaktivitäten mit muslimisch geprägten Gesellschaften vornehmlich in Asien, der arabischen Welt und der Türkei wird großes Augenmerk auf die verstärkte Einbindung von Frauen, ihre gesellschaftliche und politische Partizipation sowie die Einbeziehung von Jugendlichen gelegt.

Vom 5.–10. März veranstaltete das BMeiA in Kooperation mit dem Türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet) und dem Verein ATIB (Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich), dem Österreichischen Integrationsfonds und der Universität

Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Wien die dritte „**Landeskundliche Schulung für türkische Religionsbeauftragte**“. Diese Schulung dient der Vorbereitung des Einsatzes von Imamen, welche in den ATIB-Moscheevereinen ihren Dienst versehen und findet jährlich statt. Die Schulung besteht aus Vorträgen, Seminaren und Exkursionen mit dem Ziel, die Religionsbeauftragten mit Geschichte, Politik, Rechtssystem, Gesellschaft und Beratungseinrichtungen in Österreich vertraut zu machen. Schwerpunkte in diesem Jahr lagen auf den Themen Frauen, Familie und Bildung sowie dem interkulturellen Dialog in Österreich und Europa.

2011 wurde diese landeskundliche Schulung auf ehrenamtliche **Frauenbeauftragte in österreichischen Moscheevereinen** (29. Oktober bis 16. Dezember) und auf **Dialogbeauftragte für interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit** (2. November bis 16. Dezember) erweitert. Die Veranstaltung erfolgte in Kooperation mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, deren neuer Präsident Fuat Sanac an der Abschlussveranstaltung und Diplomverleihung am 16. Dezember teilnahm.

Vom 6.–10. Juni wurde das dritte **Österreichisch-Indonesische Dialogsymposium** zu “Religious Pluralism, Freedom of Religion – Responsibilities of State, Society and Religious Communities“ in Wien und Salzburg abgehalten. Dieses Dialogtreffen wurde vom BMeiA in Kooperation mit dem indonesischen Außenministerium, der Universität Wien und der Universität Salzburg vorbereitet. 32 ExpertInnen aus Indonesien und Österreich darunter hochrangige VertreterInnen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, nahmen daran teil.

Am 19. September wurde im BMeiA die Konferenz „**Role and Responsibility of Religious Communities and Civil Society for Conflict Resolution in South Caucasus**“ im Rahmen des Schwarzmeerraum-Schwerpunkts unter Moderation des ehemaligen EU-Sonderbeauftragten für den Südkaukasus, Botschafter Peter Semneby, abgehalten. VertreterInnen des BMeiA, der ADA, des Europarates und der OSZE diskutierten zusammen mit religiösen Repräsentanten aus Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft über Wege zu einer friedlichen Konfliktlösung. Es wurde insbesondere nach der konstruktiven und effektiven Rolle, die Religionsgemeinschaften spielen können, gefragt, um gegenseitigen Respekt und Dialog zu fördern. Bildung wurde als wichtiger Faktor hervorgehoben.

Am 21. September gab es an der Diplomatischen Akademie eine Podiumsdiskussion zum Thema „**Jewish, Muslim and Christian Perspectives on Combating Discrimination and Promoting Inclusion**“ im Rahmen einer Reise von 18 jungen Führungskräften der Anti-Defamation League nach Österreich. Zusammen mit VertreterInnen der jüdischen, muslimischen und christlichen Glaubensgemeinschaften wurde nach Wegen gesucht, vor allem die jüngere Generation zum Kampf gegen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung zu mobilisieren. Eine besondere Bedeutung wurde dabei dem interreligiösen Dialog als Beitrag für ein respektvolles Miteinander beigegeben.

Auslandskulturpolitik

Am 13. Oktober wurde in Wien von den AußenministerInnen Österreichs, Saudi-Arabien und Spaniens das Abkommen zur **Gründung des König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog** unterzeichnet. Mit dem Zentrum soll dem Dialog von VertreterInnen von Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen eine dauerhafte Plattform gegeben werden. Durch Konferenzen, Seminare und Fortbildungsprojekte sollen Kommunikation, Verständigung, aber auch konkrete Kooperationen zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Zugehörigkeit entstehen bzw. unterstützt werden. Das Zentrum ist der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der VN und der Förderung und Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte verpflichtet.

15.7.2. Anna Lindh-Stiftung (ALF)

Die Anna Lindh-Stiftung (ALF) für den Dialog zwischen Kulturen, mit Sitz des Sekretariats in Alexandrien/Ägypten, betreut ein „Netzwerk der Netzwerke“ unter den 43 Mitgliedstaaten der Euro-Mediterranen Partnerschaft und ergänzt auf diese Weise die politischen Ziele der Union für den Mittelmeerraum (vgl. auch Kapitel 3.3.2.2.) um kulturelle und zivilgesellschaftliche Komponenten. Das österreichische ALF-Netzwerk wird im Rahmen des „Dialogs der Kulturen“ durch das BMeiA koordiniert und besteht derzeit aus 55 Mitgliedern aus unterschiedlichsten Bereichen der österreichischen Zivilgesellschaft.

Höhepunkt der diesjährigen Aktivitäten war ein gemeinsames Projekt des österreichischen Anna Lindh-Netzwerks unter dem Titel: „Egypt in Transition – Ready for Democracy?“. An einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung am 7. Juni an der Diplomatischen Akademie in Wien diskutierten ägyptische politische AktivistInnen, AkademikerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft über die Ereignisse und möglichen Folgen der „25th January“-Revolution in Ägypten. Zu den demokratischen Herausforderungen der Transition, die der Region bevorstehen, wurde u. a. auch mit dem bekannten Balkan- und Transitions-Experten Vladimir Gligorov diskutiert. Die Initiative war Teil der ALF-Kampagne „Believe in Dialogue – Act for Citizenship“, die als unmittelbare Reaktion auf die Ereignisse in Nordafrika und im arabischen Raum von der ALF ins Leben gerufen wurde. Die Diskussion wurde u. a. vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP) mitorganisiert.

Während der Demonstrationen Anfang des Jahres in Ägypten musste der Sitz der Anna Lindh-Stiftung in Alexandrien für kurze Zeit evakuiert werden. Bereits Mitte Februar nahm die Stiftung wieder ihre Aktivitäten auf und adaptierte das Programm an die neuen Bedingungen, um den Zivilgesellschaften in der Region (Schwerpunkt Tunesien und Ägypten) rasch und unkompliziert Hilfestellungen zu leisten. Ende des Jahres erlangte Libyen

Internationale Holocaust-Task Force (ITF)

Beobachterstatus mit der Aussicht auf baldige Mitgliedschaft als 44. Staat der Anna Lindh-Stiftung.

15.7.3. Interreligiöser Dialog des ASEM

Von besonderer Bedeutung gestaltet sich der interreligiöse Dialog im Rahmen des Asia-Europe Meetings (**ASEM**), das die einzige direkte Kommunikationsplattform zwischen den europäischen und asiatischen Staaten darstellt. Österreich unterstützt die jährlich einmal alternierend in Asien und in Europa stattfindende interreligiöse ASEM-Dialogkonferenz sowohl sachlich als auch personell. Österreich fungierte 2011 wieder als Ko-Sponsor dieser Dialogkonferenz, welche am 13. und 14. Oktober in Manila/Philippinen abgehalten wurde.

15.8. Internationale Holocaust-Task Force (ITF) – Internationales Netzwerk zu Bildung, Gedenken und Forschung

Die Task Force für Internationale Zusammenarbeit für Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (**ITF**), eine internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin, wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu fördern. Sie kann dabei auf namhafte internationale wissenschaftliche Experten zurückgreifen. Mit ihrem Ausschuss zur Bekämpfung von Antisemitismus und Holocaustleugnung und der zusätzlichen Schwerpunktsetzung Roma kommt die ITF aktuellen Entwicklungen nach. Die Einflussdiplomatie gegen Revisionismus sowohl des Vorsitzes als auch der Mitglieder, deren Zahl mit der Aufnahme von Slowenien, Irland und Serbien nun auf 31 Staaten gewachsen ist, nimmt weiter an Bedeutung zu.

Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen, hatte im Gedenkjahr 2008 den Vorsitz inne und zählt seither innerhalb der Task Force zu deren zentralen Akteuren. Die unter österreichischem Vorsitz begonnenen Reforminitiativen wurden auch unter niederländischem Vorsitz fortgeführt: Neben Fortschritten bei der Geschäftsordnung, dem Berichtssystem für Mitgliedsländer und dem Arbeitsprogramm ist die beim Herbstplenium in Den Haag (28. November bis 1. Dezember) erzielte Einigung auf eine mit Beginn des belgischen Vorsitzes im März 2012 effektive Umbenennung der ITF in „International Holocaust Remembrance Organization“ (**IHRO**), wofür Daniel Libeskind ein neues Logo gestaltet hat, zu nennen. Im Rahmen eines arbeitsgruppen-übergreifenden Arbeitsprogramms soll Forschungen zu den von Zerstörung bedrohten Mordstätten Priorität eingeräumt werden.

Auslandskulturpolitik

Die österreichische Delegationsleitung wird vom BMeiA und dem Nationalfonds der Republik Österreich wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch ExpertInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie der Organisation „_erinnern.at_“ mit. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

15.9. Prager Holocaust-Restitutionsprozess

Das „European Shoah Legacy Institute“ (**ESLI**), in dessen Beirat Österreich vertreten ist, wurde 2009 als Follow-up der Prager „Holocaust Era Assets Conference“ (**HEAC**) gegründet. Es soll als internationale Forschungsinstitution und freiwilliges Forum für Staaten, Vertretungsorganisationen von Holocaust-Überlebenden und NGOs zur Förderung verschiedenster Bereiche der NS-Vergangenheitsbewältigung, insbesondere der Restitution jüdischen Eigentums und der Unterstützung von Holocaust-Überlebenden, dienen.

Im Sinne eines Mandats der Theresienstädter Erklärung einigten sich deren annehmende Staaten am 9. Juni 2010 in Prag auf internationale Richtlinien zur Restitution von bzw. Entschädigung für vom NS-Regime enteignete Liegenschaften.

Im Berichtszeitraum fanden die Ernennung von Jaroslav Šonka zum neuen Direktor des Instituts sowie unter aktiver Beteiligung **Österreichs** ein intensiver Konsultationsprozess der interessierten Länder mit dem Ziel einer Umsetzungskonferenz für 2012 statt.

15.10. Zukunftsfonds

Der Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde Ende 2005 als ein verzeichnender Fonds aus den Restmitteln des im Jahr 2000 errichteten und mit 31. Dezember 2005 geschlossenen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds) geschaffen. Seine Aufgabe umfasst die Förderung von Projekten, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz auf diesen Gebieten beitragen sowie die Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten über diese Themen. Die ihm gleichfalls übertragene Verwaltung von Restmitteln und Restabwicklung der Leistungserbringung des Versöhnungsfonds ist mit Jahresende 2010 ausgelaufen.

Am 10. Jänner konstituierte sich ein neues Kuratorium, das den ehemaligen amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates Wien, Kurt Scholz, zu des-

Zukunftsfonds

sen Vorsitzenden und dem ehemaligen Präsidenten des Bundesrates Professor Herwig Hösele zum Generalsekretär des Zukunftsfonds wählte.

Das BMeiA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung. Darüber hinaus besteht bei zahlreichen der vom Zukunftsfonds geförderten internationalen Projekte eine enge Zusammenarbeit mit dem BMeiA und den einzelnen Vertretungsbehörden, wie insbesondere bei der Neugestaltung der Ausstellung in der österreichischen Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und bei der Bildungsinitiative zu den Themen Holocaust und Völkermord-Prävention des Salzburg Global Seminar.

16. Medien und Information

16.1. Öffentlichkeitsarbeit, Neue Medien, Internetauftritt

Die Vermittlung von Informationen über die Aufgaben und Tätigkeiten des BMeiA sowie über die österreichische Außen- und Europapolitik ist ein wichtiges Anliegen des BMeiA. Um die BürgerInnen bestmöglich zu erreichen ist das Ministerium bestrebt, verschiedenste Kanäle, darunter auch die **neuen sozialen Medien** zu nutzen.

Eines der Beispiele der Information der ÖsterreicherInnen über hochaktuelle Entwicklungen sind die **Videoberichte** von Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Wolfgang Waldner, mit denen interessierte BürgerInnen sofort nach den EU-Ministertreffen über die wichtigsten Ergebnisse und die von Österreich eingenommenen Positionen informiert werden. Diese Videoberichte werden auf der Homepage des BMeiA und über einen eigenen Youtube-Kanal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Seit Anfang 2011 ist das BMeiA mit dem Account @Minoritenplatz8 als erstes österreichisches Bundesministerium auch auf Twitter präsent. Das BMeiA erweitert dadurch das Nachrichtenangebot über seine Aktivitäten und bietet aktuelle und rasche Informationen zu Reiseinformationen u.ä. an. In der Zwischenzeit bestehen mit @wolfgangwaldner und @teamHSTS zwei weitere Twitter-Accounts aus dem BMeiA.

Das BMeiA sieht es als besonders wichtige Aufgabe an, den BürgerInnen auf der Webseite tagesaktuelle Reiseinformationen für fast 200 Länder zur Verfügung zu stellen, um Reisenden die Möglichkeit zu bieten, sich schon vor Reiseantritt bestmöglich über das Reiseziel und die dort herrschende Sicherheitssituation und andere zu beachtende Aspekte zu informieren. Die **Internet-Webseiten** des BMeiA verzeichneten im Jahr 2011 insgesamt mehr als 3,6 Millionen Zugriffe, was einen Monatsschnitt von mehr als 300.000 Zugriffen ergibt. Das BMeiA ist stets bestrebt, die **Barrierefreiheit** der Homepage noch weiter zu verbessern.

Das BMeiA hat die modernen technischen Entwicklungen genutzt und bietet eine **herunterladbare Smartphone-Application** an, mit denen die BürgerInnen die nötigen Reiseinformationen auch unterwegs lesen können. Diese Application, die 2011 über 32.000 Mal heruntergeladen wurde, bietet auch Tipps bei Dokumentenverlust, Erkrankungen oder anderen Notfällen im Ausland sowie Telefonnummern von allen österreichischen Botschaftern und Konsulaten weltweit. Über GPS wird man im Bedarfsfall zudem direkt zur nächsten österreichischen Vertretungsbehörde geführt.

Wie in den Jahren davor hat das BMeiA auch 2011 am Nationalfeiertag wieder seine Pforten am **Tag der Offenen Tür** geöffnet, um interessierte BürgerInnen im persönlichen Gespräch über die Aktivitäten des Ministeriums zu

Europadialog

informieren. Tausende BesucherInnen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Ein besonderes Anliegen ist es dem BMeiA, **Jugendlichen** die aktuellen außen- und europapolitische Themen näherzubringen. Zu diesem Zweck konnten knapp **600 SchülerInnen** aus ganz Österreich im BMeiA begrüßt, und neben allgemeinen Einführungsvorträgen auch vertiefende Spezialvorträge durch Bedienstete des BMeiA zu von den Schulen gewünschten Themen organisiert werden.

Auf ähnliche Weise wurden auch ca. **170 JungdiplomatenInnen, StudentInnen** aus dem In- und Ausland und weitere Gruppen im BMeiA empfangen.

Um SchülerInnen aus der Oberstufe über **Berufschancen für Frauen** im BMeiA zu informieren, wurde zum elften Mal der „Girls‘ Day“ organisiert.

16.2. Pressearbeit

Die Information der Öffentlichkeit über Krisen, konsularische Hilfeleistungen für in Not geratene ÖsterreicherInnen im Ausland sowie außen- und europapolitische Entwicklungen im Wege von Fernsehen, Radio, Print- und andere Medien ist eine wesentliche Tätigkeit des BMeiA. In Spitzenzeiten werden pro Tag weit **mehr als 100 Medienanfragen** beantwortet.

Um JournalistInnen von in- und ausländischen Medien optimales Service zu bieten, werden neben Pressekonferenzen von Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger und Staatssekretär Wolfgang Waldner bei hochrangigen ausländischen Besuchen auch Hintergrundgespräche zu wichtigen Themen organisiert und bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen die Betreuung von MedienvertreterInnen sichergestellt.

16.3. Europadialog

Im Rahmen der Europainformation des BMeiA wurde im Herbst 2009 die Europadialog – Tour von Bundesminister Michael Spindelegger gestartet, um mit den österreichischen BürgerInnen im direkten Gespräch über die EU zu diskutieren, sowie die Chancen und Möglichkeiten, die Europa bietet, aufzuzeigen. Die Dialogtour wurde mit großem Erfolg fortgesetzt. Am 14. April 2011 fand ein Europadialog in Krems an der Donau Universität vor 300 interessierten BürgerInnen statt, gefolgt von einem weiteren Europadialog am 28. April im Europahaus in Klagenfurt. Dabei zeigte sich einerseits wieder ein überdurchschnittliches Interesse der österreichischen BürgerInnen an der EU, andererseits aber auch ein großer Informationsbedarf. Die Dialogtour wird auch 2012 fortgesetzt werden.

Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger hielt am 4. Mai eine europapolitische Grundsatzrede an der Universität Graz und lud am

Medien und Information

6. Dezember zur Europakonferenz „Ein neuer Kurs für Europa“ in das Palais Niederösterreich in Wien ein. An der Diskussion nahmen auch Finanzminister Wolfgang Schäuble, Bundesministerin Maria Fekter und Bundesminister Reinhold Mitterlehner teil. Am 21. Dezember besuchte Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger sein ehemaliges Gymnasium in Mödling und diskutierte mit SchülerInnen über Europa.

Das BMeiA engagierte sich im Rahmen der Europainformation auch weiterhin in der Initiative „Die EU und DU – eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft“. Diese Wanderausstellung wurde von der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik und dem BMeiA für junge Menschen über die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft der Europäischen Union entwickelt. Seit 2008 tourt diese Ausstellung durch Schulen in Österreich. 2011 wurde sie an rund 40 Schulen gezeigt und konnte über 5.000 SchülerInnen erreichen.

Darüber hinaus wurden bei den zahlreichen Schulbesuchen im BMeiA auf Wunsch der SchülerInnen auch Präsentationen zu EU-Themen durch ExpertInnen des BMeiA gegeben.

Bei diversen anderen Informationsveranstaltungen über die EU wurden ExpertInnen des BMeiA ebenfalls als Vortragende eingeladen.

16.4. Die Europagemeinderäteinitiative

Mit der Initiative „Europa fängt in den Gemeinden an“, die Anfang 2010 von Bundesminister Michael Spindelegger und der Vertretung der EK in Wien ins Leben gerufen wurde, wird versucht, in möglichst vielen Gemeinden und Städten „EU-GemeinderätInnen“ zu gewinnen, die als zentrale AnsprechpartnerInnen für Themen zur EU für die lokale Bevölkerung fungieren sollen, denn BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen sind oft die ersten AnsprechpartnerInnen, wenn es um Sorgen und Anliegen zu Europa geht. Die ÖsterreicherInnen haben konkrete Fragen zu Europa und wünschen sich AnsprechpartnerInnen auf der lokalen und regionalen Ebene. Derzeit sind über 200 BürgermeisterInnen und GemeinderätInnen aller Bundesländer und politischen Parteien an der Initiative beteiligt.

Das vom BMeiA angebotene Service für „EuropagemeinderätInnen“ umfasst als Elemente eine zentrale Ansprechstelle für EU-GemeinderätInnen im BMeiA, ein E-Mail-Informations-System mit knapp gefassten Fakten zu aktuellen EU-Fragen sowie Seminare und Informationsreisen nach Brüssel. Seminare für EU-GemeinderätInnen wurden in St. Pölten (16. und 17. Juni), Linz (6. und 7. Oktober) und Schladming (10. und 11. November) abgehalten. Inhaltlich wurden in den Seminaren durch das angebotene breite Spektrum an Vortragenden und Inhalten, sowohl generelle als auch regionalpolitische Themen mit EU-Bezug, wie zum Beispiel „EU-Förderungen für Städte und Gemeinden“, behandelt. Eine Informationsreise nach Brüssel mit 25 EU-

PresserätInnentagung

GemeinderätInnen fand vom 25.–27. Mai statt. Auf dem Programm standen der Besuch der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, der Verbindungsbüros der Bundesländer, der Büros des Städte- und des Gemeindebundes, das Treffen mit österreichischen Mitgliedern des EP sowie ÖsterreicherInnen, die bei den Institutionen der EU beschäftigt sind.

Die Seminare und Brüssel-Reisen wurden aus Mitteln der EU (Europapartnerschaft) finanziert.

Am 13. Mai konnte im Stift St. Florian bei der Jahresversammlung der EU-GemeinderätInnen in Anwesenheit von Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger bereits eine erste, sehr erfolgreiche Zwischenbilanz zur Europagemeinderäteinitiative gezogen werden

16.5. Publikationen

Stets mit dem Ziel, die Öffentlichkeit möglichst umfassend zu informieren, gibt das BMeiA verschiedene Publikationen heraus. Darunter befindet sich der jährliche **Außen- und Europapolitische Bericht**, mit dem Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger das Parlament und die Öffentlichkeit über das gesamte Spektrum der Aktivitäten des BMeiA sowie die außen- und europapolitischen Entwicklungen des Berichtsjahres informiert. Dieser Bericht wird sowohl in Buchform als auch elektronisch auf der Homepage des BMeiA in deutscher und englischer Sprache publiziert.

Weitere Publikationen betrafen die Bilanz über **Österreichs Mitgliedschaft im VN-SR im Zeitraum 2009/2010**, sowie Österreichs in der Folge erfolgreiche Kandidatur für den **MRR** der VN.

16.6. PresserätInnentagung

Um der Bedeutung Rechnung zu tragen, welche die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in den Aktivitäten einer Vertretungsbehörde heute einnimmt, organisierte das BMeiA auch im Jahr 2011 eine Tagung der an den Botschaften, Konsulaten und Kulturforen mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit befassten Bediensteten. Neben Vorträgen und einem allgemeinen Gedankenaustausch wurde ein spezielles Medientraining mit Schwerpunkt auf Fernsehinterviews angeboten.

17. Der Österreichische Auswärtige Dienst

17.1. Einleitung

Der Bereich „Administrative Angelegenheiten und Infrastruktur“ war im Jahr 2011 wesentlich geprägt einerseits von Budgetkürzungen und im Personalbereich einem Aufnahmestopp sowie andererseits gleichzeitig von der Herausforderung, gerade in einem von konsularischen Krisen geprägten Jahr höchstmögliche Servicequalität im Bereich Personal und Infrastruktur sicherzustellen.

Die teilweise gewaltsamen Umbrüche bis militärischen Auseinandersetzungen im sogenannten „Arabischen Frühling“ sowie der Tsunami in Japan machten es notwendig, außerordentliche Maßnahmen zu setzen: Sicherheitsmaßnahmen wurden verstärkt, etwa durch den Ankauf von sondergeschützten Fahrzeugen für die Botschaften in Libyen, Syrien, Pakistan und Nigeria; zur Unterstützung der Österreicherinnen und Österreicher in den Krisenregionen wurden Krisenteams entsandt und Evakuierungen organisiert; zwei Botschaften (Tripolis und Tokio) mussten evakuiert und Außenstellen (Djerba und Osaka) eingerichtet werden.

Gleichzeitig stellte das Jahr 2011 das Budgetmanagement des BMeiA vor neue Herausforderungen: Nach Jahren zumindest stabiler Budgets brachte das Jahr 2011 eine erstmals deutliche Verringerung der zur Verfügung stehenden Mittel. Nicht nur musste mit einem gegenüber dem Vorjahr um 13 Millionen Euro nominell geringeren Ressortbudget das Auskommen gefunden werden, es mussten gleichzeitig kaum beeinflussbare Steigerungen (z.B. Krisenmanagement, Lohnrunde, hohe Mietzinssteigerungen insbesondere in Asien oder Afrika) durch Reduktionen in anderen Bereichen zusätzlich ausgeglichen werden. Es war daher notwendig, die laufenden Ausgaben um insgesamt 30 Millionen Euro zu reduzieren, um das Ressortbudget einhalten zu können.

Im Bereich Personal war dieses Sparziel nur dadurch zu erreichen, indem keine neuen MitarbeiterInnen aufgenommen wurden. Im Bereich Administration und Infrastruktur in der Zentrale in Wien wurden die Kosten insbesondere für Dienstreisen, Protokoll sowie bei Service- und Wartungsverträgen reduziert. Im Ausland wurden gemeinsam mit jeder einzelnen Vertretungsbehörde Einsparungsbereiche geprüft und umgesetzt sowie die bereits 2009/2010 beschlossene schrittweise Restrukturierung des österreichischen Vertretungsnetzes durch Schließungen der Botschaft im Oman und in Simbabwe sowie des Generalkonsulats in Zürich fortgesetzt.

Einen Schwerpunkt des Sparkurses bildete der Immobilienbereich des Auslandsvertretungsnetzes: An mehreren Dienstorten wurden erfolgreich Mietverträge nachverhandelt (z.B. in Brüssel, Athen und Manila) sowie Verkaufsverfahren für nicht optimal genutzte Objekte eingeleitet. Darüber hinaus

Arbeiten im Außenministerium

gehen die Bemühungen zur Realisierung von Kolokationsprojekten mit anderen EU-Mitgliedstaaten weiter.

Einige Projekte zur Standortoptimierung konnten 2011 noch nicht erfolgreich realisiert werden, da sie entweder aufgrund der Sicherheitslage in Nordafrika und im Nahen Osten verschoben werden mussten oder auf komplexe Situationen im Empfangsstaat, etwa in Peking, stoßen.

Um für die Zukunft weiterhin ein effizientes Immobilienmanagement sicherzustellen, wurde der Aufbau einer Immobiliendatenbank für alle Objekte des Außenministeriums begonnen, die auch zur Optimierung des Energieeinsatzes beitragen wird.

Durch diesen nachhaltigen Spar- und Kürzungskurs sowie strikte Budgetdisziplin war es trotz einer unvorhergesehenen Erhöhung der internationalen Pflichtbeiträge durch höhere Ausgaben bei den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen möglich, die Budgetvorgaben für 2011 insgesamt einzuhalten.

Trotz Budgetknappheit war das Außenministerium auch im Jahr 2011 bemüht, durch Umschichtungen in Zukunftsbereiche sowie in die MitarbeiterInnen zu investieren. Dazu zählten einerseits die Eröffnung der österreichischen „Green Embassy“ in Jakarta, Investitionen in IT-Sicherheit und Pilotprojekte zur Flexibilisierung der Verwaltung sowie andererseits Schwerpunkte im Bereich Weiterbildung, Gesundheitsvorsorge und Sicherheit an ausländischen Dienstorten. Auch die Verbesserung der rechtlichen Situation der Angehörigen im Ausland konnte durch den Abschluss eines Pilotabkommens mit den USA zum Arbeitsmarktzugang erreicht werden. Durch die Dienstrechtsnovelle, die Ende 2011 vom Parlament beschlossen wurde, konnte die gesetzliche Verankerung der jährlichen Anpassung der Auslandsbesoldung, ein langjähriges Anliegen der Bediensteten des Ressorts, umgesetzt werden.

17.2. Arbeiten im Außenministerium

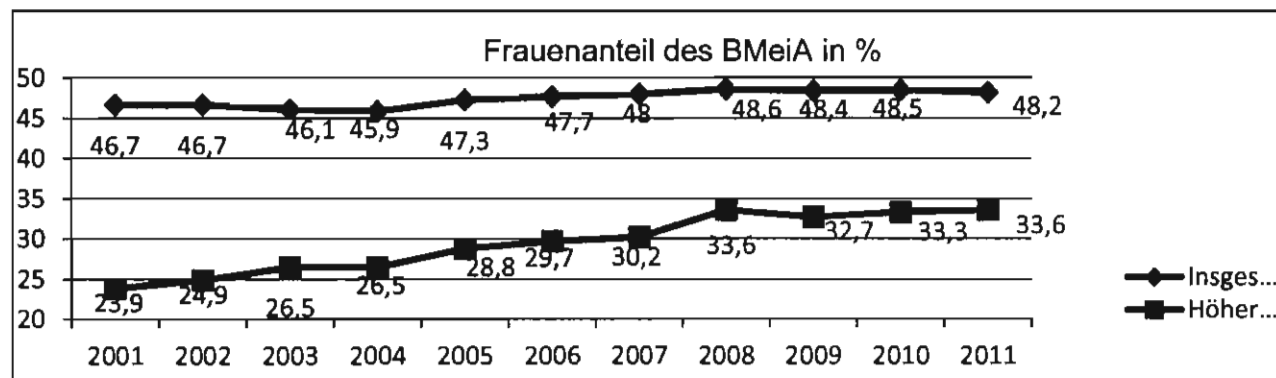
Personalstand des BMeiA 2011 nach Verwendung/Geschlechtern

Verwendung	Männer		Frauen		insges.	Frauenanteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (höherer Dienst)	132	156	64	82	434	33,6
A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	44	87	66	41	238	45,0

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Verwendung	Männer		Frauen		insges.	Frauen- anteil in %
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A3/v3, C/c (Fachdienst); A4/A5/v4, D/d, P2/ P3/p2/p3, h2/h3 (qualifizierter mitt- lerer bzw. mittlerer Dienst); A7/v5, E/e, p4/p5, h4/h5 (Hilfsdienst)	95	106	125	206	532	62,2
ADV	15	0	6	0	21	28,6
Gesamt	635		590		1.225	48,2

Im höheren Dienst, jenem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, erreichte der **Frauenanteil im Jahr 2011 33,6 %** (2010: 33,3 %).



Bei der Behinderteneinstellungsquote hat das BMeiA zum Stichtag 31. Dezember 2011 seine Pflichtzahl von 50 um 2 Personen übererfüllt.

2011 wurden keine Auswahlverfahren durchgeführt.

Die im Ausland an den Vertretungen tätigen Bediensteten werden in ihrer Arbeit von 677 **Lokalangestellten** (Stand 31. Dezember 2011), die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden, unterstützt.

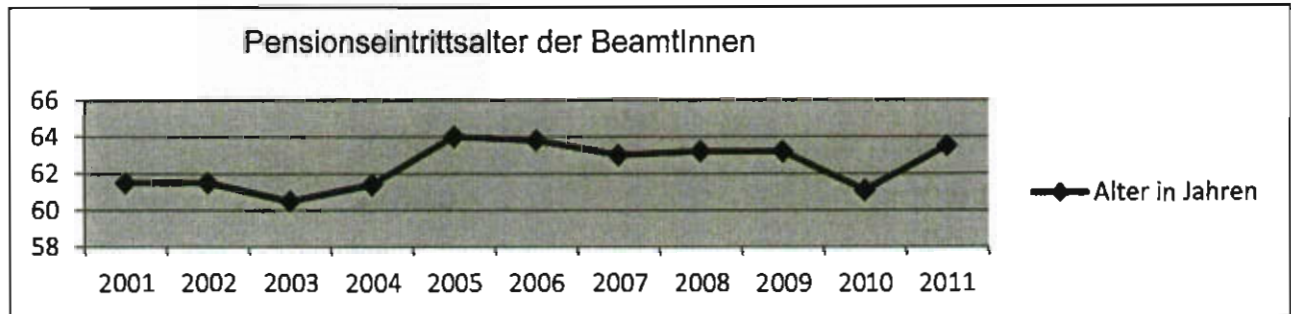
Das BMeiA bietet **VerwaltungspraktikantInnen** im Inland die Möglichkeit zu einer auf zwölf Monate befristeten Ausbildung und Einführung in das Berufsleben. Im Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember haben insgesamt 67 Personen ein Verwaltungspraktikum in der Verwendungsgruppe v1 absolviert.

Seit Herbst 2009 werden im BMeiA sieben Lehrlinge zu „VerwaltungsassistentInnen“ ausgebildet (3 m/4 w).

Arbeiten im Außenministerium

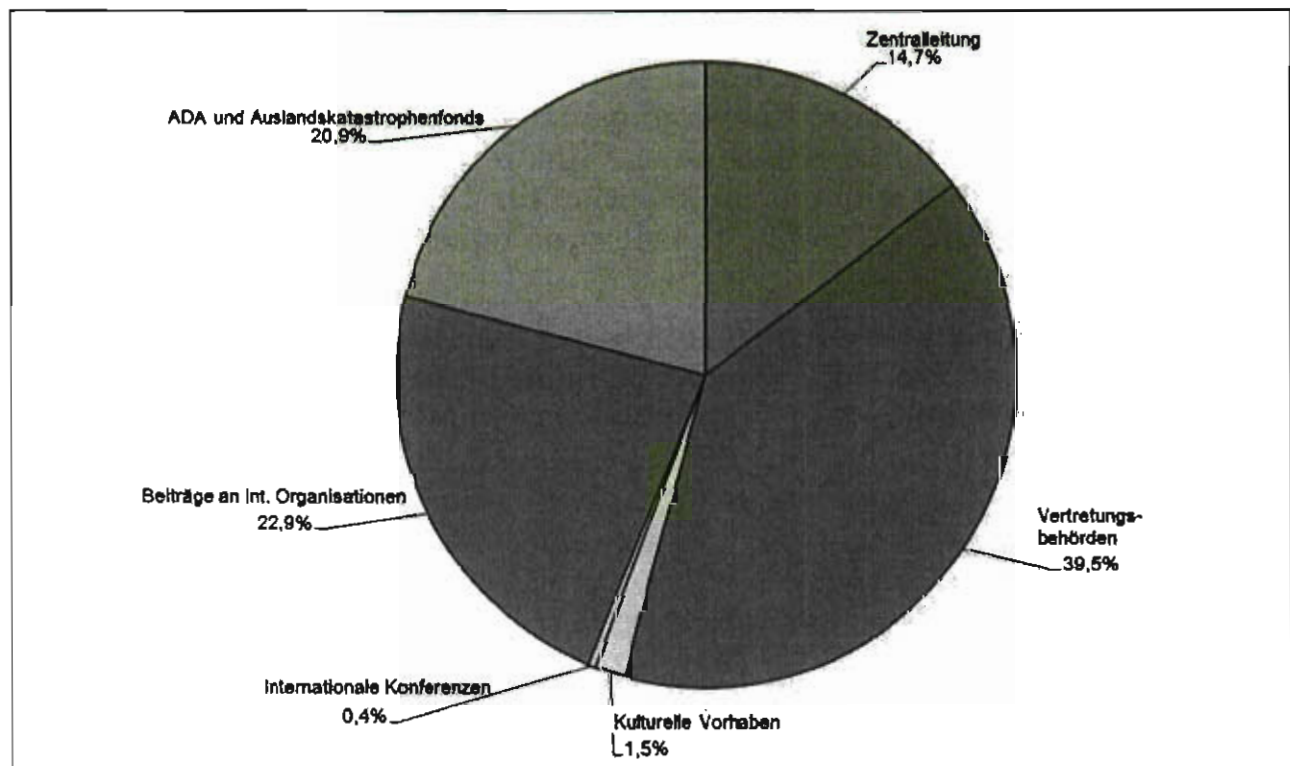
Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des BMeiA betrug im Jahr 2011 63,5 Jahre (Frauen: 65 Jahre, Männer: 63 Jahre). Es lag in den letzten zehn Jahren immer über der 60-Jahr-Grenze und über dem Bundesdurchschnitt (2011: 60,42 Jahre).

Im Jahr 2011 sind sechs Bedienstete aus dem Personalstand des BMeiA in den EAD gewechselt.



17.3. Das Budget des Außenministeriums

Der Bundesvoranschlag 2011 lag bei 427,1 Mio. Euro. Davon wurden rund 62,792 Mio. Euro für die Zentraleitung, 168,917 Mio. Euro für die Vertretungsbehörden, 6,437 Mio. Euro für kulturelle Vorhaben, 1,713 Mio. Euro für Internationale Konferenzen, 97,829 Mio. Euro für Beiträge an internationale Organisationen, sowie 89,412 Mio. Euro für die Austrian Development Agency GmbH und den Auslandskatastrophenfonds budgetiert.



Der Österreichische Auswärtige Dienst

Budget 2002–2011 in Millionen Euro

Jahr	Budget des BMeiA	Anteil des BMeiA-Budgets am Bundesbudget in %
2002	299,775	0,50 %
2003	307,000	0,50 %
2004	340,928	0,54 %
2005	380,000	0,59 %
2006	388,000	0,59 %
2007	388,109	0,56 %
2008	388,087	0,56 %
2009	435,675	0,56 %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %

17.4. Weltweite Infrastruktur

17.4.1. Immobilienmanagement und Bauangelegenheiten

Zur Erfüllung seiner Aufgaben im Bereich der Außenpolitik, des Konsularwesens und der Auslandskultur nutzt das BMeiA in über 80 Ländern Immobilien als Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen sowie als Vertretungen bei zwischenstaatlichen Organisationen. Dazu gehören sowohl historische Gebäude wie in London, Paris oder Rom als auch moderne Bauten wie in Jakarta, Berlin und New York. Ein Team von SpezialistInnen führt die notwendigen An- und Verkäufe, Anmietungen, Bauprojekte und Renovierungen durch und evaluiert die Liegenschaften. Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind die wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Objekte, wobei der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmende Bedeutung beigemessen wird.

Im Zusammenhang mit den erheblichen **Einsparungserfordernissen** des BMeiA leistet die Gruppe für Immobilienmanagement einen wichtigen Beitrag und betreibt daher neben Verkäufen nicht mehr benötigter Liegenschaften eine laufende Nutzungsoptimierung bestehender Objekte. Durch Neuverhandlungen von Verträgen – wie 2011 am Standort Brüssel – wurden Senkungen laufender Mietkosten erzielt. Zur Erhaltung eines nachhaltig finanzierbaren Vertretungsnetzes werden gezielte Investitionen in Eigentumsobjekte und an wichtigen Standorten geplant und umgesetzt.

Neben der Unterbringung von Einrichtungen der Republik Österreich im Ausland durch das BMeiA bietet die verstärkte Kooperation mit EU- bzw. Schengenpartnern wie der Schweiz, der Tschechischen Republik und Ungarn

Weltweite Infrastruktur

weitere Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Optimierung von Standorten. Mittels einer **Kolokationsstrategie** werden sowohl bessere Flächenauslastungen bei bestehenden Objekten als auch der gemeinsame Bezug bzw. Betrieb von Objekten mit befreundeten Staaten aktiv angestrebt.

Als Beitrag zur Verwaltungsreform des Bundes wurde die Entwicklung einer Liegenschaftsdatenbank (**LIDA**) vorangetrieben, die eine Optimierung des Liegenschaftsmanagements zum Ziel hat. Damit soll neben einer genauen Erfassung aller Liegenschaften im Ausland auch eine vorausschauende und zielgerichtete Bewirtschaftung, insbesondere im Bereich der Energiedatenerfassung und beim Einleiten von Steuerungsmaßnahmen zur Erhöhung der Nutzungseffizienz, erreicht werden.

17.4.1.1 Ökologie und Nachhaltigkeit bei Bundesbauten im Ausland

Im Bereich Nachhaltigkeit und effiziente Energienutzung versucht das BMeiA mit innovativen Konzepten im Ausland eine Vorreiterrolle einzunehmen. 2011 wurde in **Jakarta** die **erste Niedrig-Energiebotschaft** („Green Embassy“) im südostasiatischen Raum eröffnet. Dieses Projekt hat die „Marke Österreich“ als Standort für nachhaltige Architektur und Umwelttechnologie weiter verstärkt. Die Bedeutung des Green-Embassy-Konzepts lässt sich auch daran erkennen, dass CNN International mit einer Reportage über diese Gebäude begonnen hat.

Als nächster Schritt wurde mit Vorplanungen für die Neuerrichtung einer „grünen Botschaft“ in **Bangkok** am bestehenden Botschaftsareal begonnen, wobei in diesem Fall eine traditionelle lokale Architektur mit möglichst geringer technischer Unterstützung angestrebt wird.

Im Rahmen der Sanierungsarbeiten im Bereich der Bau- und Haustechnik wurden bereits 2011 Standorte in Afrika mit Solaranlagen ausgestattet und für 2012 weitere Projekte mit einem hohen Energieeinsparungsfaktor geplant. In Ländern mit einem hohen Sonnenanteil werden Photovoltaikanlagen zusätzlich zu Solarwarmwasseranlagen installiert. Dadurch wird neben der Energiegewinnung auch eine krisenunabhängige Versorgung der Telekommunikationseinrichtungen der Botschaften garantiert.

Durch laufende Modernisierungen der haustechnischen Anlagen und effiziente Überwachung mit Hilfe der neuen Liegenschaftsdatenbank LIDA wird auf eine **positive Energie- und CO₂-Bilanz** im Bereich des BMeiA abgezielt. 2011 wurden dazu weltweit Datenerhebungen durchgeführt.

17.4.2. Informationstechnologie

Die wesentlichsten Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)-Projekte im Jahr 2011 waren:

Der Österreichische Auswärtige Dienst

- **ELISA** – Die Erneuerung der IKT-Infrastruktur sowie die Einführung eines Informationsmanagementsystems (**IMS**) an den Vertretungen wurde im ersten Quartal 2011 abgeschlossen. Alle Projektziele, allen voran hohe Benutzerakzeptanz und Effizienzsteigerung durch die durchgängig elektronische Bearbeitung von Akten, konnten erreicht werden.
- **WAN2011** – Sämtliche Vertretungsbehörden wurden mit neuen Datenleitungen an die Zentrale angeschlossen, wobei die Bandbreiten zum Teil deutlich erhöht werden konnten (bei gleichzeitiger Reduktion der Kosten). Somit können neue Funktionalitäten wie Sprachverschlüsselung oder direkte automatisierte Übermittlung von Upgrades (anstatt wie früher via CDs) umgesetzt werden.
- Eine neue **Server- und Storageinfrastruktur** für die Systeme in der Zentrale wurde implementiert. Es wurde ein **VDI-Konzept** (Virtual Desktop Infrastructure) zur wesentlichen Verbesserung von IKT-Sicherheitskonzepten umgesetzt. Damit wurden auch erste Schritte in Richtung Cloud-Technologie und „Green IT“ gesetzt. Dank der neuen Technologien wird mittelfristig der Energiebedarf reduziert.
- In Umsetzung von Vorgaben der EU wurden neue technische Voraussetzungen im Rahmen des **Visa-Systems** eingeführt. An der ÖB Kairo, der ÖB Tunis, der ÖB Algier und der ÖB Rabat werden bereits biometrische Daten (Fingerprints) eingescannt und verarbeitet.

17.4.3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Das Außenministerium hat im Jahr 1995 als erstes Bundesministerium den Elektronischen Akt (**ELAK**) eingeführt. Die Einbindung fast aller Organisationseinheiten des Hauses konnte 1999 erreicht werden.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenzentrum (**BRZ**) und dem Österreichischen Staatsarchiv (**ÖStA**) wurde eine Vorgangsweise entwickelt, nach der die elektronischen Akten des Jahrganges 1999, für welche das Ende der Aufbewahrungsfrist erreicht wurde, im BMeiA gesichtet, geordnet und abschließend an das ÖStA zur Archivierung übergeben werden können.

Die Sichtung des Aktenmaterials dient einerseits der Reduzierung des Aktenbestandes eines Jahrganges, andererseits wird dadurch sichergestellt, dass die Vorgänge und Entscheidungen im BMeiA auch noch in späteren Jahren nachvollziehbar sind.

Wissensmanagement findet in der öffentlichen Verwaltung immer größere Beachtung. Dazu wurde seitens des BKA eine Arbeitsgruppe installiert, die die Ziele und Aufgaben des Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung definieren soll.

Im BMeiA wurden zwischenzeitlich folgende für Wissensmanagement relevante Bereiche erfasst:

Weltweite Infrastruktur

- **ELBA** (=Elektronische Basisinformation Außenpolitik) sichert den MitarbeiterInnen einen aktuellen Wissensstand an Länderinformationen.
- **PEDAS** (Personendatensystem) ist eine Personaldatenbank für effizientes Personalmanagement im BMeiA.
- **FIPS**-Datenbank (=Fully Integrated Personal System) spiegelt täglich die aktuelle Organisationstruktur des BMeiA wider.
- **HAD** (Handbuch für den auswärtigen Dienst) und Vorschriften für den Dienst in der Zentrale sind elektronisch im Intranet abrufbar.
- Bereitstellung externer Informationsdatenbanken (**RDB**, ausländische online-Nachrichtenagenturen) und Tageszeitungen in elektronischer Form.
- Aufgrund kontinuierlicher Erweiterung des Buchbestandes der Außenpolitischen Bibliothek umfasste der Gesamtbestand Ende 2011 102.400 Bücher und Zeitschriften.
- Auch die von der Außenpolitischen Bibliothek betreuten Kulturforen konnten Bestandszuwächse verzeichnen und weiterhin ihre Bestände in den Gesamtkatalog der wissenschaftlichen Bibliotheken des deutschsprachigen Raumes (**ALEPH**) eingeben. 2011 wurde begonnen, Artikel aus Zeitschriften, die ausschließlich an der Außenpolitischen Bibliothek vorhanden sind, in ALEPH einzugeben.

17.5. Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

Dienststellen des BMeiA	Stand 31.12.2011
Bilaterale Botschaften	81
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	10
selbständige Kulturforen	6
sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	103

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung beschlossenen Budget- und Sparvorgaben wurden nach einer eingehenden Evaluierung des österreichischen Vertretungsnetzes auf der Grundlage objektiver Kriterien (dazu zählen u. a. die Anzahl der konsularischen Serviceleistungen für ÖsterreicherInnen im Ausland, die Intensität des politischen Besuchsaustausches, die Höhe des Handelsvolumens und der heimischen Direktinvestitionen) Anpassungen im österreichischen Außennetz vorgenommen. Im Jahr 2011 erfolgte die Schließung der Vertretungen in Maskat (Juli), Harare (Dezember) und Zürich (September). Gleichzeitig wurde 2011 in einem Pilotprojekt mit der Wirtschaftskammer Österreich ein gemeinsames Büro in Doha (Katar) errichtet.

Der Österreichische Auswärtige Dienst

Neben den unmittelbar dem BMeiA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich bei seiner weltweiten Präsenz auch auf die Austrian Development Agency (**ADA**), das Unternehmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die im Ausland elf Koordinationsbüros unterhält, zurückgreifen. Dazu kommen weiters das Österreich-Institut (**ÖI**), welches seit 1997 an neun Orten außerhalb Österreichs Deutschkurse durchführt, sowie anderweitige Vertretungen (z. B. OECD-Vertretung in Paris), die nicht dem Ressortbereich des BMeiA angehören.

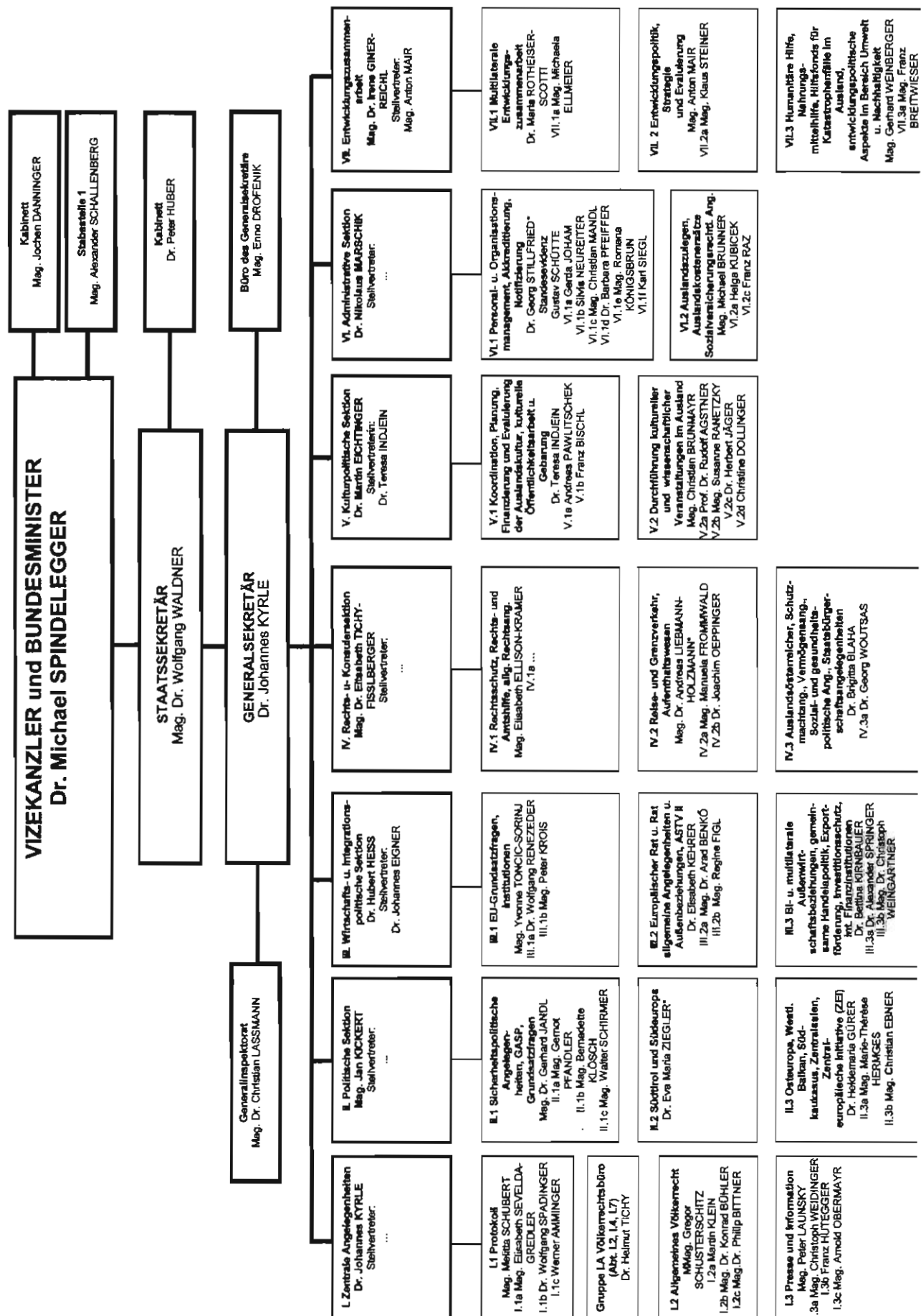
Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 280 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

Organigramm

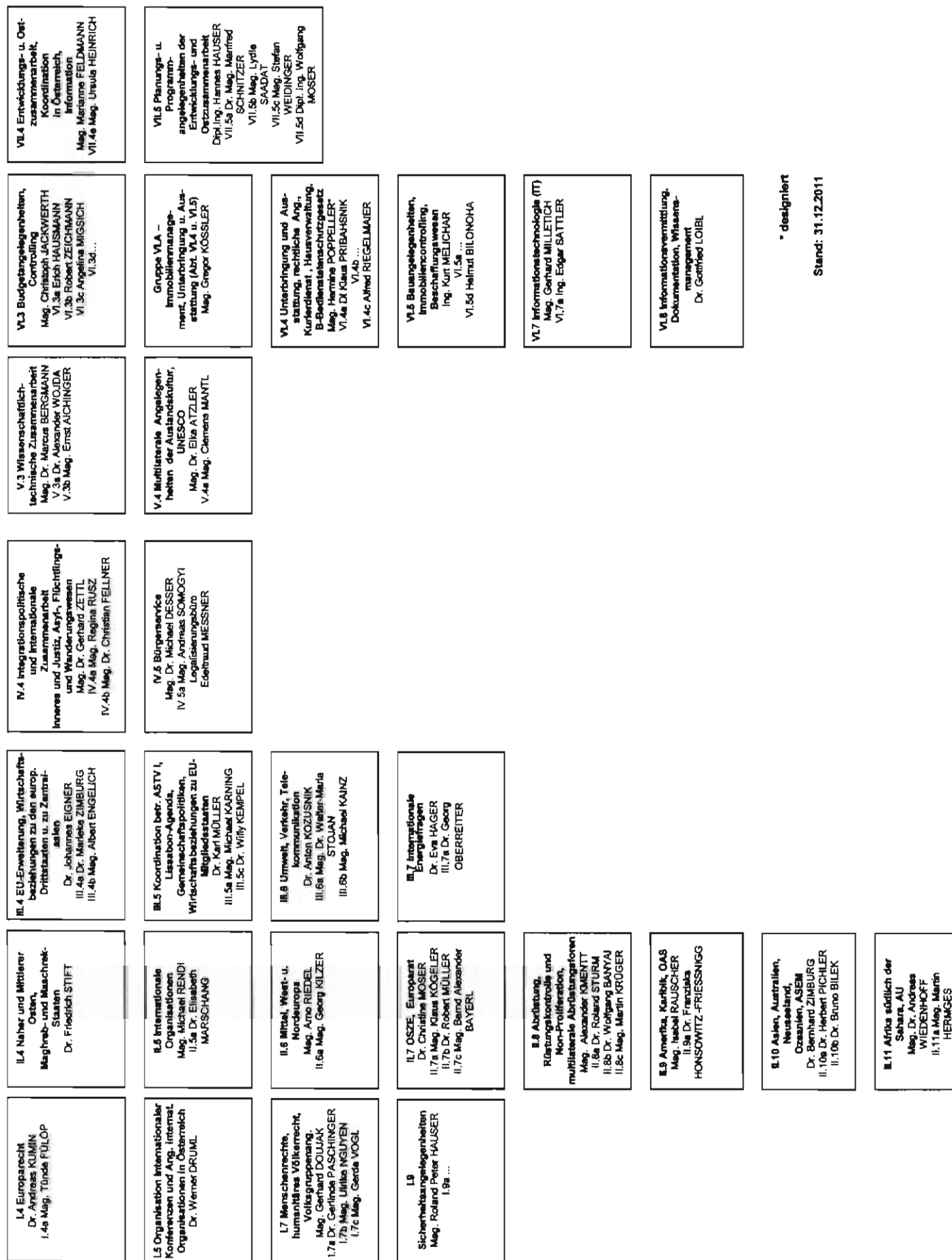
17.6. Organigramm

Siehe folgende Seiten.

Der Österreichische Auswärtige Dienst



Organigramm



*Der Österreichische Auswärtige Dienst***17.7. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Thomas NADER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Florian RAUNIG
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag. Aloisia WÖRGETTER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	DDr. Robert ZISCHG
ASERBAIDDSCHAN	ÖB Baku	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	MMag. Dr. Gudrun GRAF
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Hanns PORIAS
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Karl SCHRAMEK
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo	Mag. Dr. Donatus KÖCK
BRASILIEN	ÖB Brasilia	Dr. Hans Peter GLANZER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag. Gerhard REIWEGER
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Dorothea AUER**
CHINA DVR Korea, Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Mag. Dr. Irene GINER-REICHL** Mag. Gerhard MAYNHARDT Michael HEINZ
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag. Dr. Daniel KRUMHOLZ
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Dr. Ralph SCHEIDE Dr. Ingrid PECH
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Renate KOBLER
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Margit WÄSTFELT
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Ursula PLASSNIK Mag. Wolfgang STROHMAYER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Michael LINHART

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Emil BRIX Mag. Peter MIKL
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Malteser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Alfons KLOSS
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Andreas KARABACZEK**
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Thomas BUCHSBAUM
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Walter HAGG
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Dr. Franz KUGLITSCH
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Christoph MERAN Mag. Sigrid BERKA
JAPAN	ÖB Tokio*	vakant
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Astrid HARZ
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Werner BRANDSTETTER
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Mag. Ursula FAHRINGER
KATAR	ÖB Doha	Mag. Roland HAUSER** (mit Sitz in Wien)
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Sambia, Malawi	ÖB Nairobi	Mag. Christian HASENBICHLER
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Andreas LIEBMANN- HOLZMANN
KOREA	ÖB Seoul	Dr. Josef MÜLLNER
KOSOVO	ÖB Pristina	Dr. Johann BRIEGER
KROATIEN	ÖB Agram*	Mag. Andrea IKIC-BÖHM
KUBA	ÖB Havanna	Mag. Andreas RENDL
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Marian WRBA

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

LETTLAND	ÖB Riga	Dr. Stefan PEHRINGER
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Eva Maria ZIEGLER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Franz HÖRLBERGER**
LITAUEN	ÖB Wilna	Dr. Helmut KOLLER
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Thomas OBERREITER
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andrea WICKE
MALTA	ÖB Valletta	DDr. Petra SCHNEEBAUER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Thomas Michael BAIER
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Martin PAMMER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Wolfgang PAUL
NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Ghana, Kamerun, Togo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	Mag. Dr. Stefan SCHOLZ
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Thomas WUNDERBALDINGER**
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag. Axel WECH
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Andreas MELAN
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Mag. Wilhelm DONKO
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Herbert KRAUSS Mag. Ulla KRAUSS- NUSSBAUMER Mag. Christophe CESKA
PORTUGAL Kap Verde	ÖB Lissabon	Mag. Bernhard WRABETZ
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Michael SCHWARZINGER

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen

RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau *	Dr. Margot KLESTIL- LÖFFLER
SAUDI-ARABIEN Oman, Jemen	ÖB Riyadh	Dr. Johannes WIMMER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag. Dr. Ulrike TILLY
SCHWEIZ	ÖB Bern *	Mag. Jürgen MEINDL
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea- Bissau, Liberia, Mali, Sierra Leone	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DEISS
SERBIEN	ÖB Belgrad *	Dr. Clemens KOJA
SLOWAKEI	ÖB Pressburg *	Dr. Markus WUKETICH
SLOWENIEN	ÖB Laibach *	Dr. Erwin KUBESCH
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid *	Dr. Rudolf LENNKH
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagas- kar, Mauritius, Namibia, Swasiland, Simbabwe, Mosambik, Angola	ÖB Pretoria	Dr. Otto DITZ
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Maria KUNZ
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Dr. Johannes PETERLIK
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag *	Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Johann FRÖHLICH
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Klaus WÖLFER ** Paul JENEWEIN Mag. Doris DANLER
UKRAINE	ÖB Kiew *	Mag. Wolf-Dietrich HEIM
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Michael ZIMMERMANN Dr. Elisabeth KORNFEIND
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Domini- kanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Thomas SCHULLER- GÖTZBURG

* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

Der Österreichische Auswärtige Dienst

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Julius LAURITSCH
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA	ÖB Washington*	Dr. Hans Peter MANZ
Bahamas	GK Chicago	Mag. Thomas SCHNÖLL
	GK Los Angeles	Mag. Karin PROIDL
	GK New York	Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY
	KF New York	Mag. Andreas STADLER
VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Georg HEINDL
ZYPERN	ÖB Nicosia	Mag. Martin WEISS
Armenien, Georgien, Usbekistan	ÖB für Armenien, Georgien, Usbekistan (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Michael POSTL
Liechtenstein	ÖB Liechtenstein (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Arthur WINKLER-HERMADEN**
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Dr. Martin SAJDIK**
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei den VN		Dr. Helmut BÖCK
IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien		
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Mag. Walter GRAHAMMER
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg		Dr. Thomas HAJNOCZI
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Mag. Christine MOSER
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Ursula PLASSNIK
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Wolfgang PAUL
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Dr. Karl SCHRAMEK
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Michael ZIMMERMANN
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Rudolf LENNKH
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Mag. Christian HASENBICHLER
ÖB Chisinau (Moldau)		Koordinationsbüro der Austrian Development Agency (ADA)
ÖB Singapur (Singapur)		Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)		Zweigbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK Sao Paulo (Brasilien)		Büro des Handelsrates (WKÖ)

Exkurs: Die Diplomatische Akademie

Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMWFJ
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	untersteht dem BKA

Stand: 31.12.2011

* bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

** designiert

17.8. Exkurs: Die Diplomatische Akademie

Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (DA) ist die älteste Diplomatenschule Europas. Sie wurde nach ihrer Schließung während des Zweiten Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Im Studienjahr **2011/12** studieren insgesamt **160 StudentInnen aus 48 Ländern** an der DA.

Lehrgang	Anzahl der TeilnehmerInnen	Davon ÖsterreicherInnen
47. Diplomlehrgang	31 (erfolgreicher Abschluss)	20
48. Diplomlehrgang	28 (erfolgreicher Abschluss)	13
14. Master of Advanced International Studies (MAIS)-Lehrgang; Durchführung gemeinsam mit der Universität Wien	37 (erfolgreicher Abschluss)	18
15. MAIS-Lehrgang	47	15
16. MAIS-Lehrgang	62	16
3. Lehrgang Master of Science in Environmental Technology and International Affairs (ETIA); Durchführung gemeinsam mit der Technischen Universität Wien	18 (erfolgreicher Abschluss)	4
4. ETIA-Lehrgang	20	9
5. ETIA-Lehrgang	23	9

Im Zuge des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** (Executive Training Programmes) fanden Spezialkurse, vor allem für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes aus folgenden Ländern bzw. Ländergruppen statt: Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus, Kasachs-

Der Österreichische Auswärtige Dienst

tan, Afrika und Naher Osten. Des Weiteren wurden von der DA durchgeführt: Module im Rahmen der Grundausbildung für das BMeiA; Trainingsmodule für DiplomatenInnen und Administrationskräfte in Serbien und Montenegro und andere Seminare, wie z. B. für das Energy Community Secretariat.

Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 56 TeilnehmerInnen aus 25 Ländern besucht. Weiters wurden **Sommerschulen** für das European Studies Institute der MGIMO Universität (Moskau) und die Freie Universität Brüssel organisiert.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** fanden rund 100 öffentliche Veranstaltungen an der DA statt, darunter Vorträge und Podiumsdiskussionen mit dem Vizepräsidenten Kolumbiens, den Außenministern Armeniens und Kosovos und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission. Konferenzen hatten unter anderem „The Evolution of Diplomacy – Since the Vienna Convention on Diplomatic Relations and the Reopening of the Diplomatic Academy by Bruno Kreisky in 1964“, den Wiener Gipfel 1961, den Kampf gegen den Menschenhandel und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon zum Thema. Das Milton-Wolf-Seminar on Media and Diplomacy befasste sich mit „Picking up the Pieces: Fragmented Sovereignties and Emerging Information Flows“ und das jährliche Seminar des International Peace Institute mit „Coping with crisis in Europe and Central Asia: Adapting to new threats and challenges“. Darüber hinaus wurde die Reihe „Werkstattgespräche“ mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich ins Leben gerufen.

Das 39. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten unter dem Vorsitz der DA und der Georgetown University, Washington DC) fand im September auf Einladung der Fletcher School der Tufts University in Boston, USA, statt und wurde von 95 TeilnehmerInnen aus mehr als 50 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurde ein **Favorita Paper** zum Thema „Academics Meet UN-Practitioners: An Encounter in Vienna“ herausgegeben.

18. Ausgewählte Dokumente

Anmerkung: Bei sämtlichen Reden gilt das gesprochene Wort.

18.1. Vizekanzler und Bundesminister

**Dr. Michael Spindelegger,
Rede vor der Österreichischen Gesellschaft für
Außenpolitik und die Vereinten Nationen,
„Österreichische Außenpolitik –
Eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs“
Wien, Parlament, 22. November 2011**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Fritz,
Meine lieben Vorgänger,
Exzellenzen,
Lieber Wolfgang,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der stete Wandel, die ständige Veränderung ist Teil unseres Daseins. Das erzeugt oft Unsicherheit und den Reflex, sich in sein eigenes Schneckenhaus zurückzuziehen.

Der Wunsch nach Ausblenden, nach Rückzug in die eigene kleine, heile Welt, in der man glaubt, seine Dinge selbst regeln zu können, mag am ersten Blick zwar verständlich erscheinen. Aber er führt uns in die Irre.

So hören wir beim alles beherrschenden Thema dieser Tage, der sogenannten „Eurokrise“ ebenfalls **Rufe nach Austritt und Ausschluss. Diese Rufe sind nicht nur falsch, sondern sogar gefährlich!**

Es wäre ein folgenschwerer Irrtum zu glauben, dass uns die Schuldenkrise über Nacht verlässe, wenn nur Griechenland und vielleicht noch ein paar andere Eurostaaten aus der gemeinsamen Währung aussteigen würden – oder umgekehrt wir Österreicher wieder das **Heil im Schilling oder gar in einem „Nord-Euro“** suchten.

Denn wenn die vergangenen Monate etwas klar gemacht haben, dann wie stark wir miteinander verwoben sind, ja wie stark wir aufeinander angewiesen sind: Im heutigen Europa sind irische Sorgen auch slowakische Sorgen, griechische Sorgen auch österreichische Sorgen, spanische Sorgen auch niederländische Sorgen. Mehr denn je wird klar, dass **unsere Verantwortung nicht an unseren Landesgrenzen endet!**

So wie wir von unseren griechischen und italienischen Freunden einfordern, dass sie **glaubwürdige Reformpläne** vorlegen und sie konsequent

Ausgewählte Dokumente

umsetzen, so müssen daher auch wir in Österreich unsere Hausaufgaben machen. Dazu gehört, dass wir alles tun, um unsere Haushaltspolitik wieder ins Lot zu bringen. Gerade vor dem Hintergrund der innenpolitischen Debatte der letzten Tage stelle ich hier mit allem Nachdruck fest: **An der von uns vorgeschlagenen Verankerung einer Schuldenbremse in der Bundesverfassung führt kein Weg vorbei!** Die Schuldenbremse ist **kein Placebo**, sondern eine verfassungsrechtliche Vorgabe, an die sich die jetzige wie auch alle künftigen Regierungen zu halten haben werden. Sie **ersetzt nicht die notwendigen Strukturreformen**, etwa im Gesundheitswesen, bei Frühpensionen oder Kostentreibern wie der ÖBB, sie schafft aber wieder Spielraum für Investitionen in die Zukunft. Die Opposition hat nun die Chance zu beweisen, dass sie Verantwortung fürs Staatsganze übernehmen kann und nicht nur in parteipolitischen Kategorien denkt.

Die Krise, die wir gerade in der Europäischen Union durchleben, lässt sich nicht mit einem Paukenschlag überwinden. Hier braucht es Beharrlichkeit und einen langen Atem. **Und es braucht eine langfristige Strategie für ein gemeinsames – gestärktes – Europa.** Ich habe vorletzte Woche in London bei meiner Rede vor der London School of Economics meine Vorstellungen dazu dargestellt. **Wir brauchen nichts weniger als einen Richtungswechsel in Europa. Wir brauchen mehr Europa in der Wirtschaftspolitik, nicht weniger.** Und das – falls erforderlich – durch eine Vertragsänderung, die auch die Übertragung von bestimmten hoheits- und fiskalischer Rechte auf die europäische Ebene zum Inhalt hat und in deren **Zentrum die Europäische Kommission** als Führungsorgan steht.

Unter einem Mehr an Europa verstehe ich aber nicht eine Einbahnstraße nach Brüssel. Europa funktioniert am besten, wenn es auf allen Ebenen mitgelebt und mitgedacht wird. Daher müssen wir auch prüfen, welche Regelungsinhalte besser auf der nationalen Ebene angesiedelt werden: Die großen Richtungsvorgaben auf europäischer Ebene, die Detailumsetzung bei den Mitgliedstaaten. Die nationalen Parlamente sind Teil dieses gemeinsamen europäischen Denkens und Handelns. Wir alle müssen die Europäische Union wieder begreifbar und miterlebbar machen!

Meine Damen und Herren,

Wenngleich die Eurokrise derzeit in aller Munde ist, will ich heute bewusst **über den europäischen Tellerrand hinausschauen. Denn – ob Eurokrise oder nicht – die Welt steht nicht still.** Sie dreht sich weiter – und wie man angesichts der Entwicklungen etwa im arabischen Raum sagen könnte – sogar schneller als wir alle erwartet hatten.

Schockstarre und Nabelschau werden uns nicht weiterbringen. Das gilt für die Wirtschafts- und Europapolitik ebenso wie für die Außenpolitik. Wir müssen uns den sich ändernden Gegebenheiten anpassen und uns den neuen Herausforderungen stellen, den Blick über den Tellerrand und den Blick aufs

Ausgewählte Dokumente

Ganze aufrecht halten. Die Welt verändert sich rasch, gerade außerhalb Europas. Diese Entwicklung dürfen wir nicht verpassen, sondern müssen uns einlinken und sie mitgestalten.

Dabei werden wir als Einzelstaat weniger ausrichten können als im Verbund der EU. **Alleine** sind wir im globalen Kontext **kaum bedeutend**, als Gruppe werden wir aber nicht nur wahrgenommen, sondern können unsere **gemeinsamen Interessen** im internationalen Konzert auch besser vertreten. **Was für die Überwindung der Wirtschaftskrise gilt, gilt ebenso für die Außenpolitik: Wir brauchen ein Mehr an Europa und nicht ein Weniger.** Es gibt hier eine **deutliche Erwartungshaltung an die EU** – nicht nur unserer Bürger, sondern auch der internationalen Gemeinschaft. Der Nahe Osten, Stichwort: Anerkennung Palästinas, und der Iran – um nur zwei Beispiele zu nennen – erfordern eine gemeinsame europäische Antwort.

Dazu müssen wir aber vermehrt mit einer Stimme sprechen. 27 Mitgliedstaaten, die unterschiedliche Meinungen vertreten, führen zu einer europäischen Kakophonie. Mit dem Resultat, dass uns im internationalen Kontext keiner mehr ernst nimmt und keiner mehr zuhört.

Keiner, nicht einmal der größte EU-Staat, kann heute seine nationalen Interessen in einer zunehmend globalisierten Welt alleine effektiv vertreten. Dazu hat sich das Umfeld zu dramatisch verändert. Die Macht- und Wachstumszentren verlagern sich zusehends weg von der westlichen Welt. Während wir mit Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise zu kämpfen haben, entwickeln sich die **Schwellenländer** wie die „**BRICS-Staaten**“ (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) beneidenswert gut. Die wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung dieser Länder nimmt stetig zu. Das geht auch mit einem erhöhten Maß an Mitgestaltungswillen in der internationalen Politik einher.

Die europäische Seite ist daher gefordert, eine Umorientierung vorzunehmen, aber auch ihre Kräfte zu bündeln. Die EU hat darauf reagiert, indem sie **neben jenem mit unseren altbewährten transatlantischen Freunden einen speziellen Dialog mit diesen neuen strategischen Partnern** aufzubauen beginnt. Diesen müssen wir weiter vertiefen. Denn nur vereint und kohärent agierend werden wir das notwendige Gewicht auf die Waagschale legen können, von diesen immer selbstbewussteren Akteuren in der internationalen Arena als ernsthafter Partner anerkannt zu werden.

Die EU hat sich mit dem Vertrag von Lissabon einen eigenen **Auswärtigen Dienst** gegeben, dessen Aufbau von Österreich aktiv unterstützt wird.

Jetzt werden sich viele fragen, wo da die österreichische Außenpolitik bleibt. Brauchen wir à la longue überhaupt unser Außenministerium und unsere Vertretungsbehörden?

Meine Damen und Herren; die Antwort darauf ist ein klares „Ja“! Auch in Zukunft wird uns niemand die **Vertretung unserer ureigensten nationalen Interessen** abnehmen. Das reicht von der Sicherung der **internationalen Stel-**

Ausgewählte Dokumente

lung Österreichs und der Rolle Wiens als Sitz internationaler Organisationen, über unsere Nachbarschaftspolitik und unsere Auslandskulturarbeit, bis zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen und den Schutz unserer Staatsbürger im Ausland. Dafür ist der EAD nicht konzipiert. Er hat weder die Kompetenzen noch die Ressourcen diese Aufgaben zu erfüllen, die die nationalen Auswärtigen Dienste tagtäglich erledigen.

Der EAD kann in außenpolitischer Hinsicht lediglich die Summe der Meinungen aus den Hauptstädten vertreten. Da gilt es uns aktiv im Entscheidungsprozess in Brüssel einzubringen. Eigene Meinungen können wir uns aber nur bilden, wenn wir entsprechende Informationen haben. Eine der wichtigsten Quellen **unabhängiger Informationen**, gerade unter dem Blickwinkel österreichischer Interessen, ist unser **eigenes Vertretungsnetz, ausgerichtet auf unser Interessenbild.** Nur mit kompetenten Beiträgen können wir sicherstellen, dass wir uns entsprechend in den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Union Gehör verschaffen können. Und seien Sie versichert, **Österreichs Stimme wird auch gehört**, etwa in Bezug auf den Balkan, bei der Donaauraumstrategie oder in der arabischen Welt. Gerade auch dort, wo wir eine pro-aktive, zielstrebige und klare Außenpolitik verfolgen. Dort, wo wir ein von unseren Partnern anerkanntes Profil aufgebaut haben und dieses weiter entwickeln.

Dazu gehört gerade unsere Nachbarregion **Südosteuropa.**

Meine Damen und Herren,

Unser aktives Engagement am **Westlichen Balkan** ist im Lichte unserer engen politischen, wirtschaftlichen, historisch-kulturellen und vor allem menschlichen Verflechtungen ein **Kern unserer Außenpolitik.** Die **EU-Heranzuführung** ist dabei für uns das wichtigste Instrument im außenpolitischen Repertoire. **Für uns ist die EU-Mitgliedschaft der gesamten Region daher kein leeres Lippenbekenntnis, sondern logische Fortsetzung unserer eigenen Interessenspolitik.** Wir setzen uns daher sowohl bilateral, als auch im Rahmen der EU als Anwalt und Fürsprecher konsequent und fortwährend für die Region ein.

In wenigen Tagen wird **Kroatien** beim Europäischen Rat in Brüssel den Beitrittsvertrag zur Europäischen Union unterzeichnen. Dafür haben wir uns über die Jahre **nachdrücklich stark gemacht – von Alois Mock, der sich für die Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens einsetzte, bis zu Wolfgang Schüssel und Ursula Plassnik.** Für mich ist es daher auch persönlich ein besonderes freudiges Ereignis.

Es wird damit auch unterstrichen, dass die Beitrittsperspektive der Länder des Westlichen Balkan eine greifbare Realität ist. Das **kroatische Beispiel** zeigt, dass nachhaltige Reformen und gesellschaftspolitische Transformationen einerseits sowie die Aufrechterhaltung der EU-Beitrittsperspektive

Ausgewählte Dokumente

andererseits am Ende zu einem konkreten Ergebnis führen, dem Beitritt zur EU-Familie.

Bei diesem Europäischen Rat im Dezember sollen weitere wichtige Entscheidungen fallen. **Österreich geht mit einer klaren Ansage in diesen Gipfel. Wir sind der Meinung, dass Serbien den Status eines Beitrittskandidaten erhalten und die EU die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufnehmen soll. Montenegro soll für seine Anstrengungen belohnt werden. Ehrliche Bemühungen sind anzuerkennen. Ich halte nichts davon, sich im letzten Moment noch neue Hürden auszudenken.** Die EU muss ihren Teil der Abmachung einhalten!

Im Oktober war ich in Belgrad, um die österreichische Unterstützung für den serbischen EU-Kandidatenstatus zu untermauern. Ich habe aber auch meine Erwartung ausgedrückt, dass **Serbien** konkrete Fortschritte im **Dialog mit Pristina** erzielt. Sind gute nachbarschaftliche Beziehungen doch der Kern der europäischen Vereinigungsidee. **Es darf zu keinem 'frozen conflict' auf europäischen Boden kommen!** Belgrad und Pristina muss klar sein, dass die Europäische Union keinen ungelösten regionalen Konfliktherd importieren wird. Gleichzeitig setze ich mich daher auch nachdrücklich für eine **Europäische Perspektive des Kosovo** ein. Aus unserer Sicht ist es kein Widerspruch, sowohl für Serbien als auch für den Kosovo konsequent politisch einzutreten, ganz im Gegenteil.

Und noch ein Wort zu **Mazedonien**. Die EU-Kommission hat schon dreimal empfohlen, mit Mazedonien Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und jedes Mal wurde der Beschluss wegen eines 20 Jahre alten Streits mit dem Nachbarn um den Staatsnamen blockiert. **Diese Situation ist völlig irrational und macht die ganze europäische Balkanpolitik unglaublich!** Die EU sollte endlich zu ihrem Wort stehen und die Verhandlungen aufnehmen, im Verständnis, dass die Namensfrage bis zu deren Abschluss gelöst wird.

Meine Damen und Herren,

Das Friedensprojekt EU wird erst mit der Erweiterung auf ganz Südosteuropa abgeschlossen sein. Ich bin davon überzeugt, dass das Beispiel Kroatiens ein Ansporn für die gesamte Region sein wird. **Bosnien und Herzegowina** etwa, wo wir leider in letzter Zeit eher Stillstand als Fortschritte gesehen haben, wird mit dem EU-Beitritt Kroatiens **direkt an die EU grenzen**, die EU damit „zum Greifen nahe sein“. Ich bin überzeugt davon, dass dies ein **Anreiz** sein wird, **sich endlich zusammen zu raffen** und Reformbemühungen voranzutreiben, um an den Früchten – wie das erfolgreiche Beispiel der Visaliberalisierung zeigte – teilhaben zu können. Mit dem Willen zur Zusammenarbeit, zum Kompromiss, und mit der substantiellen Unterstützung durch die EU werden auch die anderen Länder der Region hoffentlich bald dem Beispiel Kroatiens folgen, zu deren Nutzen, aber auch zu dem unseren. Die Gewährleistung von Frieden, Stabilität und Entwicklung am Balkan strahlt nämlich

Ausgewählte Dokumente

direkt bis zu uns aus. Es ist also auch in unserem ureigensten Interesse, dass der Reformmotor EU-Beitrittsperspektive nicht ins Stottern kommt.

Mit unserem Engagement am Balkan haben wir unsere Bereitschaft unterstrichen, das Entwicklungspotential in Ost- und Südosteuropa zu unterstützen und zu fördern. Die **Expertise Österreichs** in dieser Region wird von **unseren Partnern innerhalb und außerhalb der EU sehr geschätzt**. Aus der Überzeugung, dass wir in der **Donauraumregion** mit unserem Know-how und unserer Erfahrung einen Beitrag leisten können, hat Österreich gemeinsam mit Rumänien 2009 eine Initiative für mehr Zusammenarbeit und Koordination in dieser Region auf europäischer Ebene gesetzt. Inzwischen ist die Strategie für den Donauraum ein gemeinsames europäisches Kernprojekt, das gerade in der Wirtschaftskrise durch die Bündelung von Interessen und die gemeinsame grenzüberschreitende Planung von Investitionen und Projekten neue Chancen für die Partnerstaaten eröffnet.

Als logische Fortsetzung unserer Initiative für den Donauraum sehen wir den außenpolitischen Fokus auf die **Schwarzmeerregion** und den **Kaukasus**. Diese Region am Schnittpunkt zwischen Europa und Asien gewinnt zunehmend an politischem und wirtschaftlichem Gewicht. Die Region ist auch aus strategischer Sicht für die nachhaltige Stabilität Europas wesentlich. Vor diesem Hintergrund habe ich – trotz des Sparkurses, den wir im Außenministerium fahren müssen – letztes Jahr eine **Österreichische Botschaft in Baku** errichtet, nach einer Botschaft in Kasachstan 2007. Im Juli war Wien Gastgeber des **WEF-Regionalforums zu Zentralasien**, das auf großes Interesse stieß.

Dieser außenpolitische Fokus auf die weitere Schwarzmeerregion bietet auch wichtige Chancen für österreichische Unternehmen, nicht zuletzt im strategischen Energiebereich, der für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit so entscheidend ist.

Auch die Intensivierung der Beziehungen der EU zu unseren **östlichen Nachbarn** ist Österreich ein besonderes Anliegen. Vom letzten Gipfel der **Östlichen Partnerschaft** Ende September in Warschau ist ein klares Signal für den Willen zur weiteren Stärkung unserer Beziehungen ausgegangen. Für Österreich ist jedoch auch klar, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit jene Werte sind, auf denen die Östliche Partnerschaft basiert und dass daher Fortschritte nur in dem Maße erzielt werden können, in dem diese gemeinsamen Werte respektiert und geachtet werden.

Meine Damen und Herren.

Ein für Österreich in dieser Region sehr wichtiger Partner ist auch die **Türkei**. In der öffentlichen Wahrnehmung und der medialen Berichterstattung werden die Beziehungen der EU bzw. Österreichs zur Türkei häufig auf die Beitrittsverhandlungen mit der EU reduziert. Ich halte das für einen Fehler. Die Türkei ist **unabhängig von den Beitrittsverhandlungen und deren – ergebnisoffenen – Ausgang ein sehr wichtiger Partner** für uns und für Europa.

Ausgewählte Dokumente

Dies gilt einerseits für die **Wirtschaft**, wo die Türkei mit der Zollunion und zunehmenden **Investitionsströmen** bereits jetzt stark in die europäischen Strukturen eingebunden ist. Gerade im Bereich der **Energiesicherheit** ist die Türkei ein Schlüsselland für uns und ein unerlässlicher Partner für den Erfolg des **Nabucco** Pipeline-Projekts. Andererseits gibt es auch in der Außenpolitik zahlreiche Berührungspunkte, die eine enge Zusammenarbeit mit der Türkei nahelegen.

Österreich, die EU und die Türkei haben etwa ein starkes gemeinsames Interesse an der Stabilität und Prosperität des Balkans und an den Entwicklungen im **Nahen Osten** und der **südlichen Nachbarschaft** des Mittelmeers – beides Regionen mit entscheidender Bedeutung für die Sicherheit Europas. Der Nahe Osten ist gerade in diesen Tagen wieder verstärkt ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Österreich ist in dieser Region traditionell ein **geschätzter Gesprächspartner**. Davon konnte ich mich erneut bei meiner letztwöchigen Reise in den Irak überzeugen.

Gerade in Bezug auf den Nahen Osten hat Österreich wiederholt gezeigt, dass wir **keineswegs nur Zaungast** der internationalen Politik sind, sondern uns aktiv in die Diskussion einbringen und dabei unseren Überzeugungen folgen. Als es etwa darum ging, über den **Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde auf Aufnahme in die UNESCO** zu entscheiden, hat Österreich eine klare Position bezogen und den Beitritt befürwortet.

Erlauben Sie mir, bei dieser Gelegenheit etwas anzumerken: **Es ist schon erstaunlich: Mitunter wird uns von manchen vorgeworfen, dass die österreichische Außenpolitik profillos sei, dass wir uns nur allzu gerne in der Gruppe der EU-Mitgliedstaaten verstecken möchten. Wenn Österreich dann eine klare Position einnimmt, scheinen genau dieselben Kritiker erschrocken und machen uns auch daraus einen Vorwurf. Ja, was gilt denn nun?** Denn eines ist klar: Die österreichische Position zum UNESCO-Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde konnte **niemanden**, der mit der Materie vertraut ist, **überraschen**. Die **2-Staaten-Lösung** ist das erklärte Ziel des Nahost-Friedensprozesses. Wie aber soll diese Lösung funktionieren, wenn man **einem der beiden Seiten sogar die Teilrechtsfähigkeit in Bildungs- und Kulturfragen abspricht?**

Die UNESCO-Abstimmung war sicher **kein Höhepunkt der europäischen Außenpolitik**, da es trotz langer Bemühungen nicht möglich war, eine gemeinsame EU-Linie zu erzielen. Es ist daher umso notwendiger, dass sich die EU-Mitgliedstaaten wieder geschlossen engagieren und der Hohen Vertreterin **Catherine Ashton als unsere Vertreterin im Nahost-Quartett den Rücken stärken**. Insofern hoffe ich, dass die **UNESCO-Abstimmung auch als Weckruf für den still stehenden Friedensprozess verstanden wird**. Das Nahost-Quartett hat Ende November einen Fahrplan für die Rückkehr zu Verhandlungen vorgelegt, der den Abschluss eines Abkommens bis Ende nächsten Jahres vorsieht. Die Hohe Vertreterin Lady Ashton ist unermüdlich

Ausgewählte Dokumente

bemüht, mit den anderen Quartett-Partnern auszuloten, wo sich **Möglichkeiten für Fortschritte in diesen Verhandlungen** öffnen.

Beide Seiten, Israelis und Palästinenser tragen Verantwortung für eine friedliche Zukunft ihrer eigenen jungen Generationen. Wir rufen die Führungen beider Seiten auf, endlich kurzfristige politische Überlegungen zu Gunsten einer dauerhaften Friedenslösung hintanzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eine der signifikantesten weltpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre hat uns alle in den letzten Monaten und Tagen in ihren Bann gezogen: Die dramatischen Umwälzungen und Transformationsprozesse in den Ländern der arabischen Welt. Wie die jüngsten Demonstrationen in Kairo zeigen, sind die Veränderungen des „**Arabischen Frühlings**“ noch keineswegs abgeschlossen. Ihre Auswirkungen werden uns noch lange Zeit beschäftigen und ihre potentiellen geo-strategischen Auswirkungen sind noch nicht abzusehen.

Der Erfolg des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in dieser Region ist für Europa von größter Bedeutung. Wenn der Übergang zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in **Tunesien** und **Ägypten** gelingt, hätte das **Vorbildwirkung für die gesamte Region**. Nach dem Ende des Gaddafi-Regimes muss auch in **Libyen** ein inklusiver politischer Prozess mit dem Ziel einer umfassenden **Aussöhnung** aller gesellschaftlichen Gruppen stattfinden. Das habe ich auch bei meinem rezenten **Besuch in Tripolis** eingefordert. In **Syrien** muss der **Druck auf das Assad-Regime** erhöht werden, um die **Machtabgabe** und die Einleitung eines demokratischen Übergangs zu erwirken.

Der bevorstehende Übergangsprozess in Nordafrika ist eine enorme Herausforderung für die betroffenen Länder, aber auch eine Verantwortung für uns alle. Es geht um Frieden, Stabilität, Demokratie und die Einhaltung von Menschenrechten in unserer südlichen Nachbarschaft. **Die Fähigkeit der EU, als außen- und sicherheitspolitischer Akteur gestaltend einzugreifen**, wird sich auch daran messen lassen, inwieweit es uns gelingt, den Transformationsprozess in Koordination mit anderen Akteuren wie der UNO und der OSZE zu unterstützen und eine aktive Rolle zu übernehmen.

Meine Damen und Herren,

Die Welt um uns herum ist kein Raum des Friedens, der Freiheit und des Rechts. Krisenherde und Bedrohungsbilder der unterschiedlichsten Art erfordern sicherheitspolitische Antworten und die **Entsendung ziviler oder militärischer Missionen**. Damit sichern wir bereits im Vorfeld auch unsere eigene Sicherheit. Nur eine aktive Mitwirkung bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere bei Operationen in unserer Nachbarschaft wie dem Balkan, am Kaukasus oder in Nahost kann das effektiv bewirken.

Ausgewählte Dokumente

Eine **Vogel-Strauß-Politik** und eine **Trittbrettfahrer-Mentalität** nach dem Motto „Das geht uns nichts an“ wären **kurzsichtig und naiv** und würden den österreichischen Interessen diametral entgegenlaufen.

Österreich wird daher so lang es notwendig ist, in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo, am Golan sowie im Libanon, oder auch in Georgien tätig sein. Hier dürfen wir nicht nachlassen, auch die entsendenden Fachministerien, trotz des gegebenen Sparzwangs, zu motivieren, weiter aktiv zu bleiben. Nicht zuletzt zum Wohle der Österreicherinnen und Österreicher.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Österreich ist traditionell ein Land, das stark im **multilateralen Kontext** denkt und handelt. Das mag in historischen Erfahrungen gelegen oder auf die geostrategische Lage unseres Landes zurückzuführen sein, Österreich sieht das multilaterale Handeln als entscheidenden Bestandteil einer internationalen Friedensordnung an, in der gerade kleinere Länder wie Österreich verstärkt gefordert sind, sich mit ihren Erfahrungen und ihren Überzeugungen einzubringen.

Dies drückt sich unter anderem auch darin aus, dass Österreich regelmäßig für Sitze in multilateralen Gremien kandidiert. Die Erfolge, die Österreich dabei mit derselben Regelmäßigkeit erzielt, sind auch Ausdruck des Ansehens unseres Landes und des Vertrauens, das man uns entgegen bringt. Dies gilt für den **UNO-Sicherheitsrat**, dem wir 2009 bis 2010 angehörten und wohin wir bereits in der ersten Runde gewählt wurden ebenso wie für die kürzliche Wahl in den **UNESCO-Exekutivrat**, wo wir die höchste je erzielten Stimmenzahl verbuchen konnten. Auch die Wahl Österreichs in den **Menschenrechtsrat** im Mai 2011 mit 177 von 181 Stimmen der UNO-Generalversammlung hat klar gezeigt, welche Wertschätzung Österreich in der UNO für unseren konsequenten Einsatz in punkto Menschenrechte und für unsere Bereitschaft zu Kooperation und Dialog entgegengebracht wird.

Die weltweite Durchsetzung und der **Schutz der Menschenrechte** sind dabei Kernanliegen der österreichischen Außenpolitik. Der UNO-Menschenrechtsrat hat eine viel zentralere Rolle als man denken mag, wie sich z.B. im Fall von Libyen und Syrien gezeigt hat: In beiden Fällen hat der Rat rasch und klar Position bezogen und Untersuchungskommissionen eingerichtet, die Menschenrechtsverletzungen nachgehen und konkrete Vorschläge zu deren Aufarbeitung unterbreiten sollen.

Unsere Mitgliedschaft in den nächsten drei Jahren, bis Ende 2014, wollen wir nutzen, um konkrete Schritte zur Verbesserung der menschenrechtlichen Situation weltweit zu setzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass **Menschenrechtsprobleme immer dann angesprochen werden, wenn es nötig ist, und nicht nur dann wenn es einfach ist**. Ein starker und effektiver Menschenrechtsrat muss **Menschenrechtsverletzungen klar verurteilen**, für die

Ausgewählte Dokumente

Opfer eintreten und dazu beitragen, dass die **Verantwortlichen zur Rechenschaft** gezogen werden.

Wir wollen jedoch auch zu einigen **Schwerpunktthemen** konkrete Fortschritte erzielen. Diese sind der Schutz der Religionsfreiheit und religiöser Minderheiten, die Förderung der Medienfreiheit und der Schutz von Journalisten sowie die Förderung der Rechte von Kindern und deren Schutz vor Gewalt und Ausbeutung.

Gerade der Schutz vor religiöser Intoleranz und Gewalt gegen religiöse Minderheiten – nicht zuletzt der **Christen**, 70 Prozent der Menschen, die weltweit wegen ihrer religiösen Einstellung verfolgt werden, sind Christen – ist mir ein persönliches Herzensanliegen, das ich auch bei meinen Auslandsreisen offen anspreche, zuletzt vergangene Woche im Irak. Dabei bauen wir auf unsere langjährigen Erfahrungen und Kontakte aus dem **interkulturellen und interreligiösen Dialog** auf. Mit der Ansiedelung des Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialog in Wien und der Ausrichtung des Gipfeltreffens der Allianz der Zivilisationen 2013 in Wien, führen wir diese Tradition konsequent fort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Auch unsere Mitgliedschaft im **UNO-Sicherheitsrat**, die vor bald einem Jahr endete, haben wir genutzt, um eigene thematische Akzente in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, humanitäres Völkerrecht sowie Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zu setzen. Zusätzlich konnte Österreichs Position als „**Drehscheibe für den Frieden**“ gestärkt werden, ich möchte hier auf die Dürnstein-Gespräche zum Westsahara-Konflikt, das Afghanistan-Implementierungskolloquium in Baden und die Sudan-Gespräche in Wien und in Baden verweisen.

Österreich kann zu Recht stolz darauf sein, **Sitz** zahlreicher multilateraler Einrichtungen zu sein: Neben der OSZE, der OPEC und anderen natürlich vor allem die UNO, die IAEO oder die Europäische Grundrechteagentur. In den **letzten 2 Jahren** ist es zudem gelungen, mit der Ansiedlung neuer internationaler Organisationen den **Amtssitz Wien weiter aufzuwerten**. Die Internationale Anti-Korruptionsagentur IACA, das Wiener Zentrum für Abrüstung und Nonproliferation, das Büro des International Peace Institute, das Verbindungsbüro des UNO-Büros für Abrüstungsfragen und jüngst das Dialogzentrum sind die wichtigsten Beispiele dafür.

Thematisch ins Zentrum haben wir dabei einen breiten, umfassenden Sicherheitsbegriff gestellt: Wien hat sich mit den hier angesiedelten Organisationen zu einem internationalen „Security Hub“ entwickelt, der von Nuklearsicherheit bis zum unerlässlichen Dialog der Kulturen und Religionen reicht.

Meine Damen und Herren,

Eines der Themen, das in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird und dem wir uns daher auch noch stärker widmen müssen, ist die **Abrüstung**

Ausgewählte Dokumente

und die Nichtverbreitung von Waffen. Es ist dies einer jener Bereiche, in denen Österreich über die letzten Jahre ein starkes Profil aufbauen konnte.

Fortschritte besonders im Bereich der nuklearen Abrüstung und Nichtweiterverbreitung sind nicht nur von übergeordneter Wichtigkeit für den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit, sondern auch die Basis für jedwede nachhaltige Entwicklung. Wir setzen uns daher mit aller Kraft dafür ein, dass die **multilateralen Abrüstungsforen** funktionieren und greifbare Erfolge bringen.

Dies betrifft etwa den **Atomwaffensperrvertrag**, dessen 1. Vorbereitungskonferenz **im Mai 2012 in Wien** stattfinden wird. Der NPT-Aktionsplan aus 2010, der eine österreichischer Handschrift trägt, muss nun umgesetzt werden: Stichworte sind Iran und Nordkorea. Weiter betrifft es das Inkrafttreten des umfassenden nuklearen Teststoppvertrags (CTBT), dessen Organisation ebenfalls in Wien sitzt. Zuletzt geht es uns auch um die Revitalisierung der Genfer Abrüstungskonferenz, für die wir uns energisch einsetzen.

In diesem Zusammenhang ein **klares Wort zum Iran**: Die Situation ist zunehmend ernst. Die jüngsten Nachrichten zum iranischen Atomprogramm sind alarmierend. **Der internationale Druck auf den Iran darf jetzt jedenfalls nicht nachlassen.** Der Iran muss dringend das fehlende internationale Vertrauen zurückgewinnen. Allein, dass die Option eines Militärschlags wieder verstärkt öffentlich diskutiert wird, sollte die Alarmglocken laut schrillen lassen.

Ein weiteres besonders Anliegen ist mir auch die Stärkung und Weiterentwicklung des **humanitären Völkerrechts**. Sie steht in direktem Bezug zu unserer Priorität des Schutzes der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten. Auch hier zählen wir zu den aktivsten Staaten. Unser Engagement in den vergangenen 15 Jahren zu den Themen **Antipersonenminen und Streumunition** hat durch die Ottawa- und Oslo-Konventionen bedeutende Fortschritte gebracht. Beide Konventionen wurden von Österreich entscheidend mitgeprägt und haben dazu geführt, dass diese unmenschlichen Waffensysteme international geächtet werden. Allerdings sind sie immer wieder Angriffen ausgesetzt. So gibt es derzeit den Versuch mancher Staaten das strikte Streumunitionsverbot durch parallele multilaterale Verhandlungen zu untergraben. **Gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten wie etwa Norwegen und Mexiko treten wir entschieden gegen einen solchen Rückschritt auf.**

Meinen Damen und Herren,

Ich darf abschließend zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen zurückkommen: Alles verändert sich, alles ist in Bewegung. Die Globalisierung geht stetig voran, das Weltdorf wird zusehends kleiner. Da kann sich Österreich nicht abschotten und die Luken dicht machen. Im Gegenteil, es muss sich

Ausgewählte Dokumente

weltweit engagieren, um seinen Lebensstandard und seine Sicherheit zu bewahren und auszubauen.

Den ständig neuen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, Antworten auf neue Fragen zu finden, dazu brauchen wir Freunde und Partner. In Österreich, der EU und in der Internationalen Gemeinschaft insgesamt.

Das zu gewährleisten und Österreich damit zukunftsfest zu machen sehe ich meine Verantwortung und Aufgabe in der österreichischen Außenpolitik.

18.2. Vizekanzler und Bundesminister

**Dr. Michael Spindelegger,
Europarede an der London School of Economics and
Political Science
„Die Krise in der EU und Eurozone – Österreichs
Reaktion“
London, 10. Oktober 2011**

Einleitung

Die Gelegenheit, hier heute zu Freunden der London School of Economics (LSE) und Freunden der österreichischen Gesellschaft sprechen zu können, freut mich sehr, und es ist eine große Ehre für mich, an dieser Universität eine Rede zu halten ... an einer der führenden akademischen Institutionen des Vereinigten Königreichs bzw. der Welt, einer Institution, die vor allem in den Bereichen Sozialwissenschaft und Wirtschaftsforschung führend ist. Das Engagement ihrer Studierenden, Professoren und wirtschaftlichen Leitung machte die London School of Economics schon immer zu einer der besten Universitäten der Welt.

Die Statistiken sind wahrlich beeindruckend: 9000 Studierende aus über 140 Ländern, die 100 verschiedene Sprachen sprechen – ein echter Mikrokosmos Londons und der Welt. Kein Wunder, dass diese Universität nicht nur Staats- und Regierungschefs hervorgebracht hat, sondern auch auf eine beeindruckende Liste von Nobelpreisgewinnern verweisen kann. Und ich bin sicher, die Liste der berühmten Namen wird noch länger werden.

Einer der angesehenen Nobelpreisträger, der hier von 1931 bis 1950 als Lektor und Professor arbeitete, ist der Österreicher Friedrich von Hayek, der 1974 zusammen mit dem Schweden Gunnar Myrdal den Nobelpreis für Wirtschaft verliehen bekam.

Hayek war ein wichtiger Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Seine Arbeit hilft uns, Wirtschafts- und Finanzsysteme, die Ursachen von Krisen und mögliche Lösungen besser zu verstehen.

Während der rezenten und noch immer anhaltenden Wirtschafts – und Finanzkrise spielte das Denken von Ökonomen wie Hayek eine wichtige

Ausgewählte Dokumente

Rolle in den Debatten darüber, wie aktuelle Schwierigkeiten gelöst werden können und wie man Modelle der Wirtschaftsentwicklung nachhaltiger gestalten kann. Wir können daraus wichtige Lehren für die Herausforderungen ziehen, denen wir uns heute gegenübersehen.

Das bringt mich zum Thema meines Vortrags, der Krise in der EU und der Eurozone und Österreichs Reaktion darauf

Wie geht mein Land bisher mit der Krise um?

Der jüngste Bericht des Internationalen Währungsfonds vom 6. September kommt zu dem Schluss, dass Österreich gut mit der Krise umgegangen ist und die Erholung auf einer soliden Grundlage fußt. Mit der Zunahme der Außennachfrage und dank guter Voraussetzungen erholte sich die österreichische Wirtschaft schnell von der Rezession des Jahres 2009. Privater Konsum und auch die Beschäftigungsraten waren während des Konjunkturrückgangs weiterhin auf hohem Niveau geblieben.

Als die Nachfrage – vor allem aus Deutschland – wieder zu steigen begann, war alles für einen schnellen Aufschwung vorbereitet: Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2010 bereits um 2,1 Prozent, in der zweiten Jahreshälfte übrigens bedeutend schneller als in der ersten. Es wird davon ausgegangen, dass das starke Wachstum auch 2011 anhält, während die Aussichten für 2012 etwas trüber sind. Bei etwas über 4 Prozent ist die Arbeitslosenrate in Österreich eine der niedrigsten in Europa. Die Leistungsbilanz verzeichnete 2010 einen Überschuss von 2,7 Prozent des BIP, ein Zeichen für die gute Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, vor allem im Dienstleistungssektor. Heißt das, dass alles in bester Ordnung ist? Nun ja, nicht ganz.

Das Haushaltsdefizit stieg von 0,9 Prozent im Jahr 2007 auf 4,6 Prozent des BIP im Jahr 2010. Die Wiedererstarkung der Wirtschaft und eine Kombination aus Steuererhöhungen und ausgabenseitigen Einsparungen werden das Defizit mittelfristig aber um rund 2 Prozent senken.

Das Hauptproblem ist allerdings die Strukturreform, bzw. die *nicht vorhandene* Strukturreform. Der IWF, die OECD und die Europäische Kommission kritisieren einen Mangel an Ehrgeiz und empfehlen Verbesserungen in drei Hauptbereichen: bei den Frühpensionen, im Gesundheitswesen und bei Fördermitteln.

Frühpensionen

Die Beschäftigungsrate älterer Arbeitnehmer in Österreich liegt nach wie vor deutlich unter dem EU Durchschnitt. 72 % aller Personen, die 2010 ihre Pension antraten, taten dies vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters von 65 Jahren. Das bedeutet eine schwere Bürde für die Erwerbstätigen. Sobald die Babyboom-Generation in Pension geht, werden ab 2020 die zusätzlichen Pensionskosten extrem hoch sein.

Ausgewählte Dokumente

Ein weiterer Kostentreiber der aktuellen Systeme sind die unterschiedlichen Pensionssysteme für Beamte auf Staats- und Länderebene. Während die Beamtenpensionen auf staatlicher Ebene mittlerweile vollständig an jene der Privatwirtschaft herangeführt wurden, fehlen ähnliche Reformen auf Bundesländerebene nach wie vor.

Gesundheitswesen

Sehen wir uns das Gesundheitswesen etwas genauer an. Österreich wendet einen hohen Betrag öffentlicher Gelder für das Gesundheitssystem auf; der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP ist einer der höchsten innerhalb der OECD. 16 Prozent der gesamten Staatsausgaben fließen in den Gesundheitsbereich.

Die Aufrechterhaltung der hohen Qualität des öffentlichen Gesundheitswesens wird allerdings in Zukunft eine große Herausforderung darstellen, wenn die Nachfrage nach entsprechender Gesundheitsversorgung analog zur erhöhten Lebenserwartung der Bevölkerung steigen wird.

Wir brauchen eine Krankenhausplanung auf nationaler Ebene, um Größe, Spezialisierungsgrad und die räumliche Verteilung von Krankenhäusern innerhalb Österreichs zu optimieren.

Öffentliche Fördermittel

Österreich gibt ungefähr 6 Prozent des BIP für staatliche Subventionen und Transferleistungen aus; das sind ca. 3,5 Prozent mehr als in der Eurozone im Schnitt. Mehr als ein Drittel davon geht an die Österreichischen Bundesbahnen. Ein Vergleich mit der Schweizer Bahn zeigt, dass es bei den ÖBB Raum für eine Rationalisierung des operativen Geschäftes gibt. Weiteres Einsparungspotenzial sehen wir bei den Pensionen: Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von Mitarbeitern der Österreichischen Bundesbahnen liegt bei ca. 54 Jahren – Einsparungen könnten z. B. durch Einsatz älterer Mitarbeiter an anderer Stelle erzielt werden, gekoppelt an die erforderlichen Umschulungen. Das wäre besser, als solche Mitarbeiter in Frühpension zu schicken.

Um einen besseren Überblick über die Förderungen erzielen zu können, hat die Regierung die Initiative einer Transparenzdatenbank ergriffen. Falls sie erfolgreich ist, könnte diese Initiative der erste Schritt zu einer umfassenden Bestandsaufnahme und Evaluierung aller Förderprogramme sein und als Ausgangspunkt für die Festlegung klarer zukünftiger Prioritäten fungieren.

Die derzeitige globale Situation und die Fragilität der Eurozone bringen mich zu dem Schluss, dass wir uns nach wie vor großen Herausforderungen zu stellen haben. Ganz oben auf der politischen Tagesordnung muss in nächster Zukunft somit eine Verringerung der Schuldenlast und die Ankurbelung von Strukturreformen stehen.

Ausgewählte Dokumente

Kommen wir jetzt zum Eurogipfel vom 26. Oktober 2011. Waren die Entscheidungen der ernsten Lage angemessen?

Generell wird von den Mitgliedsländern die Sicherstellung finanzpolitischer Stabilität verlangt. Die Einhaltung der Regeln und Verordnungen wird in den nächsten Monaten verstärkt kontrolliert werden.

Die Mitgliedsländer werden Maßnahmen treffen müssen, die auf Stabilität und Wachstum abzielen; besonders wichtig ist dies für Spanien und Italien. Spanien hat bereits weitreichende Maßnahmen umgesetzt, vor allem im Bankensektor. Italien hat allerdings bisher nur einzelne, isolierte Maßnahmen kurzfristiger Natur getroffen, wie man dem italienischen Budgetentwurf für 2012 entnehmen kann.

Die italienische Regierung hat knapp vor dem Gipfel ein umfassendes Reformpaket beschlossen. Dieses Paket wird mit den EU Partnern diskutiert werden.

Ohne ein klares Bild der Verbindlichkeit und des Zeitplans der Umsetzung zu haben, werden Investoren nicht bereit sein, wieder Staatsanleihen zu kaufen. Beim kürzlich statt gefundenen G20 Gipfel in Cannes wurde beschlossen, dass der IWF die Umsetzung der Reformmaßnahmen überwachen soll – das ist ein wichtiger Schritt.

Nun zu Griechenland

Sofern es die politische Lage in Griechenland zulässt, wird das Land von der 6. Tranche des EU/IWF Hilfspaketes profitieren. Um die Tragbarkeit der Staatsverschuldung sicherzustellen, wird ein zweiter Schutzschirm, dieses Mal mit Hilfe der EFSF, aufgespannt. Dies erfolgt mittels eines Finanzvehikels, unter Einbeziehung des privaten Sektors (Private Sector Involvement, PSI). Dieser zweite Schirm ist größer als jener des 21. Juli. Um nachhaltig zu garantieren, dass die Gesamtverschuldung 120 Prozent des BIP nicht übersteigt, hat der Schuldenschnitt 50 % zu betragen.

Die Kontrollmechanismen der Umsetzung des griechischen Programms werden verschärft. Beim Eurogipfel wurde wiederum bekräftigt, dass Griechenland hauptzuständig für das Programm ist („Ownership“) und dass die umfassende Umsetzung in der Verantwortung der griechischen Behörden liegt.

Was unsere allgemeine Herangehensweise an die Einbindung des privaten Sektors in der Eurozone betrifft, wurde beim Eurogipfel erneut betont, dass Griechenland eine besondere Lösung erforderlich macht.

Sind die beim Eurogipfel vereinbarten Maßnahmen ausreichend?

Das ist die alles entscheidende Frage. Wir haben noch nie dagewesene Schritte gesetzt, um die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise zu bekämpfen. Ich denke, wir können mit Fug und Recht sagen, dass die beim

Ausgewählte Dokumente

Eurogipfel vereinbarten Maßnahmen zeigen, dass wir entschlossen sind, alles Erforderliche zu tun, um die aktuellen Schwierigkeiten zu meistern und die nötigen Schritte zu setzen um unsere Wirtschafts- und Währungsunion zu vervollständigen.

Diese Politik kann wahrscheinlich für ein paar Jahre aufrecht erhalten werden. Was soll darauf folgen? Ich glaube, es muss mehr getan werden, um die Währungsunion um eine fiskalische Union und letztendlich eine echte politische Union zu ergänzen.

In anderen Worten: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger. Und das – falls erforderlich – durch eine Vertragsänderung:

Das würde bedeuten, wichtige Hoheits- und fiskalische Rechte auf Europa zu übertragen.

Im Laufe der letzten Monate gab es eine Reihe wertvoller Beiträge zur aktuellen Diskussion über die Stärkung der wirtschaftlichen Konvergenz und Haushaltsdisziplin innerhalb der Eurostaaten. Frankreich und Deutschland schlugen vor, die Governance der Eurozone gemäß der bestehenden Verträge weiter zu stärken. Ein Vorschlag der Niederlande zielte auf das Thema der Budgetdisziplin ab. Demnach soll eine unabhängige EU Budgetbehörde zur Überwachung der Budgetdisziplin eingerichtet werden. Der Zwischenbericht, den Herman van Rompuy im Dezember präsentieren soll, wird ein weiteres Schlüsseldokument für die Diskussion einer tiefer greifenden Integration innerhalb der Eurozone sein.

Wir sehen uns heute einer dramatischen Situation gegenüber, und es ist klar, dass die Zukunft des Euro auf dem Spiel steht. Wichtig ist, dass wir eine langfristige Strategie entwickeln. Wir sind uns bewusst, dass Vertragsänderungen nicht zur Lösung der unmittelbaren Probleme beitragen werden, und dennoch müssen wir einen langfristigen, auf die Zukunft gerichteten Plan ausarbeiten, der es uns erlaubt, schneller und durchschlagender zu agieren.

In diesem Fall glaube ich, dass die Europäische Kommission die Führungsrolle übernehmen sollte und wir nach der Gemeinschaftsmethode, die uns in der Vergangenheit sehr dienlich war, handeln sollten; sie sollte nicht durch einen ad-hoc Mechanismus ersetzt werden, bei dem eine geringe Zahl größerer Mitgliedsstaaten im Namen der Anderen Entscheidungen fällt.

Österreich war immer ein starker Befürworter der Gemeinschaftsmethode, bei der die Europäische Kommission eine zentrale Rolle bei der Initiierung legislativer Verfahren spielt und auch dabei, Verfahren gegen Mitgliedsstaaten bei Nichtumsetzung von Entscheidungen einzuleiten.

Wir sehen daher mit Zurückhaltung die zwischenstaatliche Vorgangsweise gewisser Mitgliedsstaaten. Die Ansichten dieser Mitgliedsstaaten könnten außerdem in der Folge divergieren, wenn es sich um die Diskussion einer gemeinsamen Lösung der Krise handelt. Tatsächlich ist es nur der Kommission möglich, über die unmittelbaren Interessen der einzelnen Mitgliedsländer hinweg, zu handeln.

Ausgewählte Dokumente

Wir sind der Ansicht, dass das Europäische Parlament als gewählte Institution vollumfänglich in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden soll. Natürlich bedeutet das auch, dass Kompetenzen auf die Gemeinschaft übertragen werden.

Durch den Vertrag von Lissabon haben wir dank qualifizierter Mehrheiten einen wichtigen Schritt vorwärts in Richtung besserer und schnellerer Entscheidungsfindung gemacht. Ich glaube, wir sollten uns nicht scheuen, das volle Potenzial dieses Vertrags auszunutzen und – falls nötig – sogar einen Schritt weiter zu gehen.

Der Vertrag von Lissabon ist eine Änderung der Gründungsverträge der Union sowie der Regeln der Beschlussfassung. Der Vertrag hat die Möglichkeit einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat eingeführt und die Entscheidungsfindung schneller und effizienter gemacht.

Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente gestärkt; er gibt den Bürgern neue Möglichkeiten, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Das Europäische Parlament erhielt durch ihn breiter gefasste Vollmachten hinsichtlich der EU Gesetzgebung.

Wir müssen unsere Bemühungen fortsetzen, um die EU Entscheidungsfindungsprozesse so effizient und transparent wie möglich zu machen.

Ein solcher Schritt könnte auch die schlankere Gestaltung einiger unserer Institutionen umfassen. Wir könnten von dem Prinzip abweichen, dass jedes Mitgliedsland in jeder Institution vertreten sein muss, z.B. der Kommission oder dem Rechnungshof.

Ich glaube, wir sollten aus der Krise die Lehre ziehen, dass wir nach gut fundierter Integration, mehr Vertrauen und einer höheren Anzahl gemeinsamer Ziele streben sollten. Dies wird mit sich bringen, dass nicht mehr alle Mitgliedsstaaten zu jedem Zeitpunkt in jeder Institution der EU vertreten sein werden. Aber ich betone: Zuerst müssen wir Vertrauen und Zuversicht in die EU, ihre Institutionen und ihre Mitgliedsländer sicherstellen. Daran müssen wir aktiv arbeiten.

Wir müssen sicherstellen, dass uns die Menschen Europas auf diesem Weg begleiten, dass wir sie nicht verlieren. Wir sollten daher die direkte Demokratie in Europa stärken mittels europaweiter Referenden.

Im Vertrag von Lissabon ist das Prinzip festgelegt, dass „die Institutionen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit der Zivilgesellschaft pflegen sollen“. Der Dialog mit der Öffentlichkeit und die Teilhabe der Menschen an europäischen Angelegenheiten wird nicht nur politisch empfohlen, sondern stellt ein Bürgerrecht dar, das es noch voll umfassend umzusetzen gilt, unter anderem durch das neue Instrument der Bürgerinitiative. Die Regierungen der EU Mitgliedsländer werden sicherstellen müssen, dass der gesetzliche Rahmen für die Einführung der Bürgerinitiative schnell

Ausgewählte Dokumente

geschaffen wird. Dadurch wird die Demokratie gefördert und die Legitimität des Funktionierens der EU erhöht.

Wie passt das Thema der Erweiterung zu all dem?

Die Wirtschaftskrise in Europa hat zu einer gewissen **Erweiterungsmüdigkeit** geführt. Beliebt ist eine neuerliche Erweiterung bei der Bevölkerung unserer Staaten nicht, auch nicht bei der Österreichischen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass die Einigung unseres Kontinents noch nicht abgeschlossen ist. Die Integration des Westbalkans in die EU ist nicht nur ein entschiedenes Bekenntnis all unserer Länder, sondern liegt auch in unser aller Eigeninteresse.

Es wird keine Stabilität und Sicherheit für uns geben, so lange Südosteuropa nicht die Reformen umsetzt, die wir uns wünschen. Die Entwicklung unserer unmittelbaren Nachbarn wird auch unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten erhöhen. Das beste Instrument, das wir zu diesem Zwecke zur Verfügung haben, ist, eine Aufnahme in die Union an klar definierte Konditionen zu knüpfen. Wir brauchen und erwarten gut vorbereitete Kandidatenländer. Die Kriterien für die Aufnahme sollten allerdings dem Zweck dienen und nicht bloße Hürden darstellen, die kaum gemeistert werden können. Wir sollten auch den Wettbewerbsaspekt besser nutzen. Das Regattaprinzip sollte streng angewandt werden; Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen sollten an Fortschritte in den Bemühungen des Kandidatenlandes geknüpft sein.

Für uns, die wir in der Europäischen Union leben und ihre Schwächen erleben, ist es oft überraschend, wie groß der Wunsch nach wie vor ist, EU Mitglied zu werden. Wir Österreicher sind dennoch der Ansicht, dass wir die Bevölkerungen Europas nicht überfordern, sondern schrittweise vorgehen sollten. Beenden wir zuerst unsere Aufgabe am Westbalkan und binden wir andere beitragswerbende Länder mit maßgeschneiderten Verträgen an die EU. Schüren wir keine falschen Hoffnungen und machen wir keine Versprechungen, die wir in Zukunft nicht halten können.

Und wie sieht es mit der gemeinsamen Außenpolitik der EU aus?

Ich bin überzeugt, dass wir auch im Bereich **Außenpolitik** *mehr* und nicht weniger Europa brauchen. Wir müssen mit einer Stimme sprechen. Wenn 27 Mitgliedsländer unterschiedliche Meinungen vertreten, kann das nur zu unserem Nachteil sein; wir werden nicht ernst genommen, keiner von uns. Und dadurch werden wir alle geschwächt. Mehr Kohärenz ist daher in unser aller Interesse.

Keiner der EU Mitgliedsstaaten, nicht einmal der Größte, hat ausreichendes Gewicht, um seine Interessen im Alleingang am internationalen Parkett durchzusetzen. Jene, die das anzweifeln, leben entweder in einer glorifizierten Vergangenheit oder verschließen ihre Augen vor der Realität einer immer globalisierteren Welt. Wenn jeder Mitgliedsstaat seine Möglichkeiten für sich

Ausgewählte Dokumente

selbst nützt, anstatt sie mit den anderen zu bündeln, schwächt uns das. Wenn wir Europäer in Zukunft eine Rolle spielen wollen, müssen wir als eine Einheit auftreten und agieren.

Leider hat sich die EU in jüngster Zeit sehr schlecht präsentiert. Nehmen wir nur das Beispiel der Mitgliedschaft **Palästinas** in der UNESCO. Österreich hat seine eigene Position erst dargelegt, als deutlich geworden war, dass es zu keinem Konsens kommen würde. Gewisse Mitgliedsstaaten haben früh und leider öffentlich Position bezogen und waren dann nicht mehr zu einem Kompromiss bereit. Unter diesen Umständen war es für die Hohe Vertreterin unmöglich, einen gemeinsamen Standpunkt zu verhandeln. Das ist keine Frage von Verträgen, sondern einfach eine Frage des politischen Willens. Dasselbe trifft auf die Unterminierung der Möglichkeit von Erklärungen der Hohen Vertreterin im Namen der EU zu. Wenn wir ihr nicht die Instrumente geben, werden wir nichts Gemeinsames aufbauen können.

Das Ergebnis ist, dass Europa sich selbst marginalisiert. Wir werden von unseren Partnern in Übersee nicht mehr ernst genommen werden.

Das kann in Zukunft höchst gefährlich werden. Nehmen wir die Frage des **Irans und seines Nuklearprogramms**. Bisher – mit der Kombination von Offenheit für eine diplomatische Lösung, die in der E3+3 Verhandlungsschiene demonstriert wird, und einer einheitlichen Front, die auf den Iran durch Sanktionen Druck ausübt – hat sich Europa als Ernst zu nehmender Akteur dargestellt. Stellen Sie sich vor, was geschehen würde, wenn wir auch in dieser Frage in die Falle der Uneinigkeit tappten.

Viele sind der Meinung, dass es zu schwierig sei, bei 27 Ländern einen Konsens zu finden. Ich kann nur sagen, dass die Schaffung einer gemeinsamen Politik uns nicht nur stärker macht, sondern auch ein Gefühl der Eigenverantwortlichkeit aller Mitgliedstaaten schafft. Daher warne ich eindringlich vor dem Wunsch, Verfahren zu vereinfachen, indem man eine Entscheidungsfindung in speziellen Foren vorzieht. Eine solche Politik kann nur scheitern. Eine gewisse Leadership ist willkommen, aber ohne Einschließung aller Mitgliedsstaaten, auch der kleinen und mittleren, ist die Umsetzung bestimmter Politiken von Anfang an ungewiss.

Vielen Dank.

*Ausgewählte Dokumente***18.3. Vizekanzler und Bundesminister**

**Dr. Michael Spindelegger,
Rede anlässlich 20 Jahre Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik,
Wien, 28. November 2011**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Exzellenzen,
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke herzlich für die Einladung, Herr Präsident Liebscher, bei dieser besonderen Feier heute die Festrede halten zu dürfen.

Es ist mehr als angebracht, die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) für ihr 20-jähriges Bestehen besonders zu würdigen. Ich möchte vor allem ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen unseren Dank für die bisherige Arbeit aussprechen.

Und es freut mich besonders, dass auch der Gründervater und Ehrenpräsident der Gesellschaft, Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, sowie Vertreter all jener Institutionen, die die ÖGfE unterstützen, heute anwesend sind.

Die ÖGfE leistet einen wichtigen Beitrag auch für meine Arbeit als Europa-minister.

Diese Leistung liegt insbesondere in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in EU-Angelegenheiten. Dieses Ziel wird mit viel Elan in Gestalt von Studien, Umfragen und Informationsveranstaltungen, um nur einige Aktivitäten zu nennen, verfolgt. Dem direkten Kontakt mit der Öffentlichkeit, speziell Schülern und Studenten wird dabei großes Augenmerk geschenkt.

Die Erhebung von Fakten über die Tätigkeit der Europäischen Union und eine **sachliche Kommunikation** darüber, nichts zu beschönigen und auch Defizite klar anzusprechen, scheint in unserem Land eine schwierige Disziplin zu sein. Erleben wir doch gerade in den letzten Jahren, wie emotionell aufgeladen und verzerrt viele Informationen transportiert werden.

Aber auch inhaltlich ist eine sachliche „**EU-Kommunikation**“ eine **schwierige Disziplin**. Die Themen sind oft komplex und kontroversiell und manches, ehrlich gesagt, auch wirklich schwer erklärbar.

Ich danke der ÖGfE, dass sie gerade hier einen laufenden Dialog anbietet und wertvolle Informationen zur Verfügung stellt. Wir, Außenministerium und ÖGfE, arbeiten hier eng zusammen: mit der Wanderausstellung „Die EU und DU“, zum Beispiel, haben wir gemeinsam mit der Kommissionsvertretung bereits tausende Schülerinnen und Schüler erreicht. Experten aus meinem Haus wirken bei Veranstaltungen und Diskussionen, oder auch bei Lehrerfortbildungskursen mit. Diese Zusammenarbeit werden wir gerne fortsetzen.

Ausgewählte Dokumente

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir sind seit fast 17 Jahren Mitglied der Europäischen Union. Diese 17 Jahre waren für die politische Entwicklung unseres Landes und des Kontinents eine sehr dynamische Zeit: Zwölf neue Mitglieder haben wir in die EU aufgenommen. Die Mehrheit von ihnen Länder des ehemaligen Ostblocks, und eine Reihe von ihnen direkte Nachbarn Österreichs. Sie sind heute gleichberechtigte Partner in Europa. Die Grenzen sind offen. Gerade die österreichische Wirtschaft profitiert davon enorm.

In diesen 17 Jahren haben wir aber auch die europäischen Gründungsverträge dreimal substantiell geändert (Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon). Den Euro eingeführt. Den Schengenraum ausgeweitet – übrigens auch auf Nicht-EU Staaten wie die Schweiz. Die Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik über die Grenzen hinweg neu aufgesetzt. Die gemeinsame Außenpolitik verbessert. – Die Liste ließe sich fortsetzen.

Diese Entwicklungen haben der österreichischen Bevölkerung viel an Verständnis und Anpassungsbereitschaft abverlangt. Für manche sind wir zu schnell, zu weit vorangegangen.

Diese Ängste und Unsicherheiten wollen wir ernst nehmen und berücksichtigen. Aber ich sage gleichzeitig: ja, wir haben mutig und vorausblickend Entscheidungen für unser Land getroffen. Wir haben in zwei erfolgreichen EU-Präsidentschaften (1998 und 2006) auch gezeigt, dass wir den Vergleich zu größeren Mitgliedstaaten nicht zu scheuen brauchen. Österreich ist heute stärker, stabiler und selbstbewusster als Mitte der 90er Jahre. Und genau das erwarten sich unsere Landsleute von der Politik.

Meine Damen und Herren!

Auch heute stehen wir wieder vor großen Herausforderungen:

Eine globale Finanz- und Schuldenkrise hält die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten in ihrem Bann. Die Eurozone kämpft mit massiven Problemen. Kein Tag vergeht ohne neue Hiobsbotschaften von Ratingagenturen und Börsen. Die Europäische Union ringt um ihre Rolle in der Welt.

Ja, es gibt sogar Rufe nach Austritt und Ausschluss. Es wäre aber ein folgeschwerer Irrtum zu glauben, dass uns die Schuldenkrise über Nacht verlasse, wenn man die Eurozone und damit die EU in verschiedene Gruppen aufsplintern würde, und wir Österreicher etwa wieder das Heil im Schilling suchten. Diese Rufe sind falsch und gefährlich!

Ich meine, wir haben in den letzten Monaten neue Herausforderungen erlebt und müssen daher neue Lösungsmodelle entwickeln. Es liegt jetzt an uns zu handeln und Richtungsentscheidungen zu treffen.

Wir müssen neben einem **konsequenten Konsolidierungskurs** für die Gegenwart auch schon für die Zukunft planen.

Ausgewählte Dokumente

Dazu gehört, dass wir alles tun, um unsere eigene Haushaltspolitik wieder ins Lot zu bringen. Mit zum Teil drastischen Schritten. An der von uns vorgeschlagenen Verankerung einer **Schuldenbremse** in der Bundesverfassung führt kein Weg vorbei, davon bin ich überzeugt.

Auch auf europäischer Ebene ist jetzt der Zeitpunkt richtig, Bewertungen vorzunehmen und die notwendigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Ich bin überzeugt, dass wir die Europäische Union jetzt weiterentwickeln müssen, um künftig in solchen Krisen besser und schneller reagieren zu können.

Wir brauchen einen Richtungswechsel, einen **neuen Kurs in der europäischen Wirtschaftspolitik**, in dessen Zentrum wieder die Europäische Kommission als Führungsorgan steht.

Es ist bereits viel geschehen. Wir haben mit der Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Wachstumsstrategie, der Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordination und der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bereits viel auf den Weg gebracht.

Unter einem solchen „Mehr an Europa“ verstehe ich übrigens nicht eine Einbahnstraße nach Brüssel. Europa funktioniert am besten, wenn es auf allen Ebenen mitgelebt und mitgedacht wird. Daher müssen wir auch prüfen, welche Regelungsinhalte besser auf der nationalen Ebene angesiedelt werden. Die großen Richtungsvorgaben auf europäischer Ebene, die Detailumsetzung bei den Mitgliedstaaten. In manchen Bereichen muss die EU durchaus wieder Kompetenzen loslassen können. Der Vertrag von Lissabon bietet dafür auch durchaus die Instrumente.

Aber welche zukunftsorientierten Entscheidungen müssen noch getroffen werden um geschützt und gestärkt aus der Krise hervorzugehen?

Was meine ich konkret:

1. Wir brauchen eine Stärkung der Gemeinschaftsmethode!

Ich lehne ein Direktorium gewisser Mitgliedstaaten, die Entscheidungen für alle anderen treffen wollen, ganz klar ab. Wir müssen eine Union mit gleichberechtigten Mitgliedstaaten und einer gemeinsamen Rechtsgrundlage bleiben.

Österreich war immer ein starker Befürworter der Gemeinschaftsmethode, bei der die Europäische Kommission eine zentrale Rolle spielt. Denn nur sie blickt über den Tellerrand nationaler Interessen hinaus. Es war deshalb eine kluge Entscheidung der europäischen Gründerväter, ihr das Initiativmonopol in der europäischen Gesetzgebung zu geben. Einfach ausgedrückt: Die Kommission ist wahrscheinlich unser wichtigster Verbündeter in Europa.

2. Wir brauchen schlankere EU-Gremien!

Es besteht kein Zweifel, dass es den EU Mitgliedstaaten weiterhin möglich sein muss, die EU und seine Politiken mitzugestalten. Sie sind Herren der Verträge. Das ist im Wege des Rates, des Europäischen Parlaments und ande-

Ausgewählte Dokumente

rer Organe und Agenturen möglich. Doch dieses Prinzip muss nicht gleichbedeutend sein mit einer durchgehenden Präsenz aller Mitgliedstaaten in allen Gremien der EU. Durch das Anwachsen auf 27 Mitgliedstaaten – mit Kroatien bald 28 – wird das **Prinzip „1 Kommissar pro Mitgliedstaat“ an seine Grenzen stoßen.**

Ich stelle daher zur Debatte, ob 28 gleichberechtigte „Minister“ in der EU zu einer Straffung, Effizienz und Kohärenz der Politik optimal beitragen können. Gleiches gilt natürlich auch für andere Gremien.

3. Wir brauchen effizientere EU Gremien!

Der Vertrag von Lissabon hat eine starke Vereinfachung der Verfahren in der EU gebracht. Einstimmigkeit und Sonderregeln sind heute nur mehr die Ausnahme. Ich sage klar: Es ist wichtig, dass diese Ausnahmemöglichkeiten bestehen. Aber sie sind keine absoluten Stoppschilder. Niemand verbietet uns, auch hier an einem Strang zu ziehen. Dies sollte soweit es geht genützt werden.

Ja, das kann technisch eine Abgabe an Souveränität bedeuten. Wenn ich aber dafür ein Mehr an Sicherheit und Stabilität erhalte, dann ist das im Sinne der Österreicherinnen und Österreicher.

4. Keine Angst vor Vertragsänderungen, wenn sie notwendig sind!

Vor dem Hintergrund der dramatischen Lage der derzeitigen Krise, wundert nicht, dass die Diskussion um eine **mögliche Vertragsänderung** einen immer größeren Stellenwert einnimmt.

Allein der Gedanke daran lässt viele an den fast 10-jährigen Entstehungsprozess des Lissaboner Vertrages denken und auf den ersten Blick schreckt es ab, den Vertrag nun wieder aufzumachen. Auch ich denke, dass das sehr sorgfältig geprüft werden muss und eine Vertragsänderung dann vorgenommen werden soll, wenn es sich als konkret zielführend erweist.

Eine Vertragsänderung ist kein Ersatz für das laufende Krisenmanagement. Aber, es wäre aus meiner Sicht sogar fahrlässig, unsere gemeinsamen Rechtsgrundlagen nicht mehr einem dynamischen Anpassungsprozess zu unterziehen. Mir schwebt dabei keine Gesamtänderung des EU-Vertrags vor – diese haben wir bereits mit dem Vertrag von Lissabon erreicht – sondern **vielmehr eine gezielte Reform.**

Im konkreten Fall würde eine Vertragsänderung eine stärkere Verankerung der haushaltsrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und die Schaffung von Durchgriffsrechten für die EU im Falle einer permanenten Verletzung dieser Verpflichtungen betreffen.

Es geht darum, Krisen wie die aktuelle künftig gar nicht mehr entstehen zu lassen und einen Korrekturmechanismus in frühem Stadium für straukelnde Staaten einzusetzen. Der Gewinn im Gegenzug dafür wäre mehr Sicherheit und Stabilität.

Ausgewählte Dokumente

Besonders relevant ist dies mit Blick auf die aktuellen Überlegungen zur Schaffung sogenannter **„Stabilitäts-Bonds“, also der Euro-Bonds.**

Die österreichische Position dazu ist klar: Es mag sein, dass eines Tages solche Bonds einen Mehrwert für alle Euro-Länder darstellen, doch heute ist dies sicherlich noch nicht der Fall. Ich sehe die Überlegungen der Kommission daher als einen interessanten und ambitionierten Diskussionsbeitrag. Wahrscheinlich wirkt er vielmehr als eine Art „Karotte“ für weitere Reformen jener Länder, die von diesen Bonds besonders profitieren würden und für eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Aber erst am Ende dieses Weges kann die Etablierung solcher gemeinsamer Anleihen stehen. Und dort sind wir noch nicht angekommen.

Aus heutiger Sicht kann ich sagen, dass **strengere Auflagen für die Einhaltung der Bestimmungen der Wirtschafts- und Währungsunion in unserem nationalen Interesse** und ein Gewinn für Österreich wären.

5. Wir brauchen eine Stärkung des Außenprofils der EU!

Das sage ich jetzt als Außen- und gleichzeitig Europaminister:

Wir leben in einem zunehmend „vernetzten System“. Die Welt ist klein geworden. Es ist gerade aus österreichischer Sicht wesentlich effizienter, internationalen Entwicklungen gemeinsam zu begegnen als alleine.

Es ist daher in unserem eigenen Interesse, dass alle EU Mitgliedstaaten ihre **Kräfte bündeln und mit einer Stimme sprechen**, sowohl gegenüber Drittstaaten als auch in internationalen Organisationen. Dies verleiht nicht nur unseren gemeinsamen Überzeugungen, wie etwa im Bereich Menschenrechte oder Klimaschutz, mehr Gewicht, sondern stärkt auch unsere Position etwa im Handel oder in Fragen der Sicherheit und Verteidigung.

27 Mitgliedstaaten, die unterschiedliche Meinungen vertreten, das haben wir gesehen, führen zu einer europäischen Kakophonie. Mit dem Resultat, dass uns im internationalen Kontext keiner mehr ernst nimmt und keiner zuhört.

6. Noch ein Punkt: Wir müssen besser herausarbeiten, wofür Europa steht – nicht nur für Freiheiten, sondern auch für Sicherheiten!

Das europäische Integrationsprojekt hat unseren Kontinent grundlegend gewandelt, so sehr wie kein anderes politisches Projekt zuvor. Sowohl das Zusammenleben unserer Länder hat sich völlig neu gestaltet, auch ist der Alltag unserer Bürgerinnen und Bürger maßgeblich von den Möglichkeiten, die die EU bietet, geprägt.

Halten wir uns beispielsweise vor Augen, wie sehr die Schaffung des Binnenmarktes und die Gewährleistung der sogenannten **„Vier Freiheiten“** unser Leben verändert und verbessert hat – Freier Personenverkehr, Freier Warenverkehr, Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr – viele leben und nutzen diese Freiheiten täglich.

Ausgewählte Dokumente

Für uns Österreicher kommen die Freiheiten hinzu, die uns die Einführung des Euro gebracht hat. Das ist heute Alltag in Europa.

Oft wird auch das Argument der **Union als Friedensgarant** für Europa als nicht mehr zeitgemäß abgetan. Ich sehe das nicht so: Frieden ist auch heute keinesfalls Selbstverständlichkeit – gehen sie nur einige wenige Jahre in die Geschichte unserer Nachbarn am Balkan zurück.

Ich lege der EU aber einen viel breiteren Friedensbegriff zugrunde. Frieden ist in unserem heutigen Verständnis doch viel mehr als bloße Waffenruhe. Ich verstehe darunter vor allem auch **wirtschaftlichen und sozialen Frieden in Europa**. Auch für diesen muss die Union ein Garant sein; auch diesen können wir gemeinsam besser gewährleisten als jeder für sich.

Ich denke, Europa ist an einem Punkt angekommen, wo auf den zweifellos großen Errungenschaften des Binnenmarkts und seinen Vier Freiheiten weiter aufgebaut werden sollte. Wir sollten aber gleichzeitig daran arbeiten, unseren Bürgerinnen und Bürgern zu den 4 Freiheiten auch – nennen wir sie: „**Vier Sicherheiten**“ – zu gewährleisten:

Diese vier europäischen Sicherheiten sehe ich so:

1. **Stabilität**. Gerade auch in Bezug auf Wirtschaft und Währung.
2. **Wohlstand**. Durch einen dynamischen Wirtschafts- und Arbeitsraum.
3. **Nachhaltigkeit**. Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur über die Grenzen hinaus.
4. **Frieden**. Durch eine starke EU, die ihre Bürger schützt und ihnen Frieden garantiert.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Schluss an den Gedanken anknüpfen, den ich einleitend erwähnt habe betreffend die Notwendigkeit sachlicher Informationsarbeit.

Laut Eurobarometer-Umfrage 2011 ist das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in die EU zuletzt wieder gestiegen (um 6 %).

Von der EU erwartet man sich in Österreich vor allem eine stärkere Rolle bei der Regulierung und Überwachung des globalen Finanzmarktes. Dennoch liegt die **EU-Zustimmungsrate in Österreich**, wie wir wissen, weit unter dem Wert der Zeit unseres EU-Beitritts.

Die Bundesregierung ist sich der Skepsis vieler Staatsbürger gegenüber dem europäischen Projekt bewusst. Skeptisch zu sein, das ist der Österreicher auch in vielen anderen Bereichen, das ist nichts Erschreckendes.

Wenn wir aber unseren positiven pro-europäischen Kurs in Richtung einem „Mehr an Europa“ weiterführen wollen, dann müssen wir unsere Marschrichtung noch besser darstellen und erklären.

Ausgewählte Dokumente

Deshalb sind wir in Zusammenarbeit mit vielen österreichischen Partnern, wie gerade der ÖGfE, den Sozialpartnern, der Kommissionsdelegation und vielen anderen, um intensive und aktive Informationsarbeit bemüht.

Direkte Kontakte sind hier besonders wichtig, wie meine Zuhörtouren, die sukzessive Etablierung von Europa-Ausschüssen in den Landtagen, das EU-Gemeinderätenetzwerk und die Zusammenarbeit mit Schulen zeigen.

Der Vertrag von Lissabon hat eine deutliche Verstärkung von Bürgernähe, Transparenz und Mitsprachemöglichkeiten gebracht, diese Möglichkeiten haben sich in der Praxis aber bisher noch nicht voll entfaltet. Es ist mir daher ein großes Anliegen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, sich ein sachliches Urteil zu EU-Fragen zu bilden sowie ihre Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten auch voll auszuschöpfen.

Ich erlebe es täglich, dass großes Interesse an sachlicher Information und Dialog zu EU-Fragen vorhanden ist. Hier leistet die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik einen besonders wertvollen Beitrag, für den ich an dieser Stelle nochmals besonderen Dank aussprechen möchte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

18.4. Vizekanzler und Bundesminister

**Dr. Michael Spindelegger,
Rede bei der Veranstaltung
„Ein neuer Kurs für Europa“,
Wien, 7. Dezember 2011**

Sehr geschätzter Herr Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble,
Lieber Herr Regierungskollege, Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner,
Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Für uns ist es eine große Ehre, dass heute Dr. Wolfgang Schäuble hier bei uns ist. Ich möchte auch Sie noch einmal herzlich bei uns begrüßen. Das gibt uns die Gelegenheit, über den Tellerrand hinaus Europafragen zu diskutieren. Und das wollen wir heute auch gerne nützen.

Der Zeitpunkt ist auch gut gewählt, weil wir mit drängenden Fragen konfrontiert sind, in die Richtung, wie geht es weiter in Europa? Gibt es für die Eurozone zukünftig noch ein positives Rating, geht es wieder aufwärts oder nur mehr abwärts? All das sind Fragen, die uns heute beschäftigen und ich möchte zu Beginn unserer Diskussion einige Impulse dazu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit der Frage beginnen, was derzeit der tiefere Grund für diese Schulden- und Vertrauenskrise ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was die Bürger in Österreich und in anderen Ländern der Europäischen

Ausgewählte Dokumente

Union heute mit dem Thema Europa verbindet, dann sind das viele Einzelaspekte die sich in unserem Alltagsleben manifestieren.

Das Warenangebot ist durch den Binnenmarkt heute so vielfältig wie nie zuvor. Wir zahlen alle mit einer Währung, dem Euro. Wir haben im Schengenraum die Möglichkeit, uns innerhalb unserer Außengrenzen frei zu bewegen. Wir erleben auch, dass man außerhalb der Europäischen Union viel stärker als Europäer gesehen wird, nicht nur als jemand, der aus einem einzelnen Mitgliedsland kommt.

Dieser Alltag ist erfreulich, weil er zeigt, dass die Integration funktioniert hat. Wir sehen aber auf der anderen Seite, dass in Zeiten der Krise immer auch Propheten auf die Bühne treten, die erklären, dass alles nahe am Abgrund sei, die Krise uns in eine Abwärtsspirale führen werde und es keine Zukunft für die Europäische Union gäbe.

So eine Schwarzmalerei führt natürlich dazu, dass alle, für die Europa im Alltag erlebbar ist, auch besondere Angst haben. Wir spüren daher auch eine Krise des Vertrauens. Man hat Angst, dass die Institutionen in der Europäischen Union nicht mehr in der Lage sind, jene Entscheidungen zu treffen, die für eine Aufwärtsbewegung notwendig sind. Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen. Gleichzeitig müssen wir aber auch klar feststellen, dass die derzeitigen Strukturen tatsächlich Konstruktionsmängel aufweisen und es gar nicht so einfach ist, auf die entsprechenden Fragen die richtigen Antworten in dem nötigen kurzen Zeitablauf zu geben.

Lassen Sie mich kurz auf diese Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion eingehen. Die Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion sind klar definiert. Wir kennen sie alle. Die 3 %-Regel für das Defizit pro Jahr, die 60 %-Regel für den Schuldenstand insgesamt. Aber wer hat sich an diese Kriterien wirklich gehalten? Blicken wir in das Europa, und vor allem in das Europa der Triple-A-Länder. Es sind die meisten weit entfernt davon, diese Kriterien einzuhalten. Einerseits weil vergangene Krisen es verhindert haben, andererseits weil man es in der Vergangenheit mangels Sanktionen nicht so ernst genommen hatte. Es gab keine Sanktionen, weil ursprünglich niemand daran gedacht hatte, dass sich jemand an die Kriterien nicht halten würde. Ein wenig ist auch der Pragmatismus und das Gegensteuern zur Selbstverständlichkeit geworden und wir haben das, was wir als Regel aufgestellt haben nicht rechtzeitig beachtet.

Jeder Österreicher weiß, wenn er Kreditnehmer ist und sich nicht an seine Rückzahlungsraten hält, dann gibt es Konsequenzen. Wo gibt es vergleichbar Konsequenzen in Europa? Ist es nicht auch de facto ein Konstruktionsmangel, dass wir diese Konsequenzen und Sanktionen nicht ausreichend definiert haben und daher jetzt vor diesen großen Problemen stehen?

Lassen Sie mich daher ein paar Gedanken zum konkreten Krisenmanagement und zu den notwendigen Richtungsentscheidungen für die Zukunft der

Ausgewählte Dokumente

Union präsentieren. Wie können wir den Zusammenhalt zukünftig garantieren, wenn es bisher schon so schwierig war?

Erstens glaube ich, dass bei der Ausgestaltung dieses neuen Regelwerks alle Mitglieder der Eurozone und insbesondere auch diejenigen Mitgliedstaaten, die es noch werden wollen, an einen Tisch geholt werden müssen. Ich sage aber ebenso dazu, dass ich nicht verstehen kann, wenn man auch jene an den Tisch holt, die von vornherein erklärt haben, bei dieser Eurozone nicht dabei sein zu wollen. Es wird uns sehr schwer gemacht, wenn wir die Gesamtheit der 27 Mitgliedstaaten verwenden wollen, um zukünftig Strukturen für die Eurozone aufrecht zu erhalten und neu zu gestalten, wenn es einige gibt, die sich mit diesem Gedanken, von Vornherein gar nicht anfreunden wollen.

Zweitens glaube ich, dass der Präsident des Eurogipfels, wie wir ihn zukünftig nennen wollen, eine besondere Rolle innehat. Er muss vor allem gewährleisten, dass zukünftige Eurostaaten in die Entscheidungen umfassend eingebunden werden. Sie müssen das Gefühl haben, wenn auch erst in der Zukunft, dass auch sie Kriterien zu erfüllen haben.

Drittens glaube, dass die Europäische Kommission auch zukünftig eine wichtige Schlüsselrolle innehaben muss. Die Kommissare sind der Gemeinschaft verpflichtet. Sie kommen zwar aus Mitgliedsländern, wie jeder von uns. Aber sie haben nicht den Auftrag, ihr Land zu repräsentieren, sondern an die Gesamtheit der Union zu denken. Darum muss die Europäische Kommission zukünftig gestärkt werden.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern. Ein Kommissar für den Wettbewerb hat heute schon weitreichende Kompetenzen. Er kann bis in ein konkretes Rechtsgeschäft eingreifen, er kann, wenn notwendig, Rechtsgeschäfte stoppen. Welche Rechte hat ein Währungskommissar? Wo sind seine Kompetenzen, wo es doch um die gemeinsame Währung geht und er eine Schlüsselrolle dabei haben sollte? Ich glaube, es zeigt sich dabei ganz klar, dass wir besonders die Rolle des Währungskommissars erneuern müssen.

Ich möchte noch einen vierten Vorschlag machen. Das Europäische Parlament hat in dieser Frage eine viel integrativere Rolle, als es heute ausübt. Wir müssen es stärker einbeziehen. Nicht so sehr, um rasche Entscheidungen des Krisenmanagements mitzutreffen, sondern die Integration, d. h. den Zusammenhalt der 27 auf der Ebene der Parlamentarier zu gewährleisten. Das ist eine zentrale Aufgabe für das Europäische Parlament.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu einem zweiten Themenkomplex kommen. Zu den Maßnahmen des Krisenmanagements. Ich glaube, es wird heute zu wenig betont, was schon alles geschehen ist. Und das ist nicht wenig. Aufgrund der Krise wurde in Europa rasch gehandelt, man hat etwa einen „EFSF“, einen Rettungsschirm geschaffen. Immer dann, wenn der Europäische Rat in den letzten Monaten Entscheidungen getroffen hat, haben die Finanzmärkte zumin-

Ausgewählte Dokumente

dest für ein paar Monate positiv reagiert. Jetzt hat sich dieser Rhythmus verstärkt in Richtung von drei Wochen. Aber der „EFSF“ als Instrument, als Rettungsschirm, war eine sehr gute Idee. Wir haben weiters den Plan des „ESM“, des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der noch vertraglich verankert und Wirklichkeit werden muss. Die Frage wie stark wir im ESM Sanktionen definieren und wie wir den Privatsektor konkret mitbeteiligen, wird gerade diskutiert. Die Ausgestaltung muss aber rasch finalisiert werden, damit auch die Finanzmärkte Bescheid wissen, wie das zukünftig funktionieren wird.

Die Krise zeigt aber auch deutlich die enge Verflechtung nationaler und europäischer Herausforderungen. Um hier aber gleich mit einem aufzuräumen: Zu glauben, Europa löst die Krise für uns, ist ein Märchen. Die Krise beginnt in jedem Mitgliedsland selbst, insbesondere in jenen, wo Schulden weit über die Schwelle hinaus, die wir gemeinsam definiert haben, gemacht werden. Diese 60 %-Marke hat einen Sinn gehabt. Wir stehen heute in Österreich bei 74 %. Man soll daher immer bei sich selbst beginnen, wenn man Kritik übt. Wir haben in den letzten Jahren gegengesteuert, das war gut und richtig. Aber wir haben diese Gegensteuerung in dem Augenblick, wo in diesem Jahr auch ein Wirtschaftswachstum eingesetzt hat, nicht korrigiert. Dieser Fehler, den wir in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich Geld auszugeben, darf nicht noch einmal passieren. Darum ist auch bei uns eine Schuldenbremse ohne Alternative. Wir müssen die Schulden in den nächsten Jahren, bis etwa in die Richtung 2020 wieder auf diese 60 % zurückführen. Und ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn Oppositionsparteien heute Forderungen stellen, so als wäre das eine Zeit, wo man parteipolitische Spielchen treiben kann. Es kann doch nicht sein, dass man nur an den eigenen Schrebergarten denkt und dort noch drei Gartenzwerge aufstellen will, und sich nicht dem Problem Österreichs zu widmen. Das ist nicht der richtige Weg. Sondern der Weg ist, dass man jetzt eine Schuldenbremse in der Verfassung verankert.

Die Schuldenbremse ist die Hülle, der Inhalt wird uns im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen. Wir haben jetzt die ersten Großprobleme angedeutet und ich bin überzeugt, wenn wir heute die Meinungsumfragen dazu betrachten, gibt uns ein Großteil der Österreicher recht, dass wir diese Schritte durchsetzen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte in einem letzten Punkt notwendige Richtungsentscheidungen für die Zukunft Europas beleuchten, weil wir nicht allein aus der Krise jetzt das Europa der Zukunft betrachten können.

Viel zu stark rückt das Augenblicksproblem in den Mittelpunkt ohne über den Tagesrandteller hinauszusehen und die größeren Entwicklungen Europas auch mit zu berücksichtigen. Vielfach ist der Ruf zu hören – gerade im europäischen Zusammenhang – „Feuer löschen statt Häuser bauen“. Ja, ich

Ausgewählte Dokumente

glaube, Feuer löschen ist angesagt, aber der Hausbau auch. Die Pläne dafür müssen jetzt geschmiedet werden. Und ich halte nichts davon, mit diesen Gedanken zurückzuhalten und aus der Betrachtung auszuschließen.

Wir haben eine Grundsatzproblematik die heißt: Vertragsänderung ja oder nein. Ich glaube in dieser Situation sind wir alle gut beraten, nicht mit fertigen Beschlüssen zum Europäischen Rat nach Brüssel zu fahren, sondern offen zu sein, offen für eine gute Lösung jetzt und auch für spätere Jahre. Die Lösung für spätere Jahre muss sein, dass wir eine Stabilitätsunion vor Augen haben. Und vertragliche Strukturen, die das ermöglichen.

Wir haben heute eine Union, die auf Vier Grundfreiheiten aufbaut. Wir alle kennen sie. Ich glaube, zukünftig müssen diese vier Grundfreiheiten ergänzt werden, durch Vier Sicherheiten. Vier Sicherheiten, die dem Bürger auch signalisieren, dass wir an dem arbeiten, woran er das größte Interesse hat:

Stabilität: wir werden das Vertrauen zurückgewinnen, wenn es uns auch gelingt, diese Stabilität darzustellen.

Wohlstand: wir sind in Europa wohl der Kontinent, der am meisten zu verteidigen hat. Und schwierig ist es, wir wissen es. Vielleicht müssen wir auch die eine oder andere Diskussion darüber führen, was Wohlstand wirklich ist. Ich glaube, der Begriff reicht weit über das Materielle hinaus.

Nachhaltigkeit: auch das muss eine Sicherheit für die Zukunft sein. Wer führt denn die Diskussionen in Durban, wo gerade wieder eine große Umweltkonferenz stattfindet, um unsere Gedanken für die Zukunft zu entwickeln? Wer ist es, der auf Nachhaltigkeit setzt? Wir müssen es sein, wir als Europäer, wir als Österreicher ganz besonders.

Und natürlich die Sicherheit des Friedens: Sie ist viel zu sehr weg gerückt aus unserer Betrachtungswelt, weil sich die Diskussionen derzeit primär um den Finanzsektor drehen. Aber die Friedensperspektive ist nicht garantiert. Wir müssen sie zu einer Sicherheit der Europäischen Union machen.

Blicken wir nur ein bisschen weiter in unserem Umfeld herum. Der arabishe Frühling, der jetzt zu einem Spätherbst wird, hat noch lange nicht bei den Ländern aufgehört, wo er eingetreten ist. Und wir haben diese Sicherheitssituation zu betrachten, auch vor unserer Haustüre. Darum ist diese Frage einer Sicherheit des Friedens durchaus eine zentrale Perspektive.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte gerne, wenn wir die weitere Entwicklung der Europäischen Union betrachten, auch die Stärkung der Gemeinschaftsmethode wieder ins Zentrum rücken. Gemeinschaftsmethode bedeutet, dass wir uns im Kreis der Europäischen Union gemeinsam in die Richtung einer Lösung bewegen. Nach außen hin hätte es auch eine fatale Wirkung, wenn wir stattdessen mit einem Direktorium einiger weniger Mitgliedstaaten aufwarten. Das was wir

Ausgewählte Dokumente

brauchen, ist die Stärke der 27 auszuspielen, die Stärke des Markts. Wir sind eine Macht mit 500 Mio. Bürgern, eine nicht zu unterschätzende.

Die Stärke auch in Richtung der Außenwirkung. Wir haben auch etwas zu bieten. Ich merke es in der Außenpolitik, wo der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) eine neue Dimension annimmt. Dieser Stärken müssen wir uns bewusst werden, indem wir aus der Nationalstaatsphilosophie heraustreten und diese Gemeinsamkeit der 27 als eine Möglichkeit für die Zukunft betrachten.

Straffung und Effizienz der Gremien ist angesagt. Es ist vielfach notwendig zu überlegen, wie wir Institutionen effizienter gestalten können. Der Vertrag von Lissabon hat schon einiges vorweggenommen. Verfahren wurden zusammengestutzt, sie wurden effizienter gestaltet. Aber da sind wir noch nicht am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich bin davon überzeugt, dass wir stärker die Frage der Effizienz in den Vordergrund stellen müssen. Dabei hat nationales Interesse hintan gereicht zu werden. Etwa im Zusammenhang mit der Vereinfachung der Verfahren, sollte man bei der Einstimmigkeit überlegen, ob diese in allen Fällen immer sinnvoll ist. Zum Beispiel bei der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, die immer noch der Einstimmigkeit unterliegt, sehe ich keinen großen Grund, dass wir zukünftig nicht auch nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden sollten. Wenn wir dafür ein Mehr an Sicherheit bekommen, dann ist das im Sinn unserer Bürger und Bürgerinnen.

Oder, wenn ich an die Größe der Kommission denke. Jetzt haben wir 27, mit Kroatien sehr bald 28 Mitglieder. Auch dort werden wir an den Rand dessen kommen, was noch verträglich ist.

Der Grundsatz pro Mitgliedsstaat ein Kommissar, sollte uns zu denken geben. Ich glaube wir müssen uns überlegen, dass die besten Köpfe für die Kommission nicht aus jedem Land kommen, sondern etwa in einem Rotationssystem, alle gleichmäßig berücksichtigend, bestimmt werden.

Und wir müssen auch in die Richtung weiterdenken, wie wir die Bürger besser einbinden. Eine Union der Zukunft kann nicht eine sein, die nicht auch eine Union der Bürger ist. Ich glaube daher, wir müssen auf ein Europa setzen, das diese Zukunftsdimension betont. In jeder Krise liegt auch eine unglaubliche Chance. Diese Chance haben wir jetzt. Wir brauchen eine Union, wo es Freiheiten gibt, aber auch Sicherheiten. Wir brauchen ein starkes Europa, dass sich seiner Macht bewusst ist.

Und das beginnt, indem wir in den eigenen Köpfen damit anfangen.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ausgewählte Dokumente

**18.5. Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
Einleitungsstatement beim Universal Periodic Review
des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen,
Genf, 26. Jänner 2011
(nur Englisch)**

Mr. President,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

I am **grateful** for this opportunity to engage with the world's central human rights body in this unique peer review and I thank you for your kind welcoming. **At the outset, let me reaffirm with full conviction what I have said on other occasions: The support of human rights is a core concern to the Austrian Government.**

Austria has a **long-standing record** of active engagement not only to ensure the protection of human rights at the national level, but also to advance the international system for the promotion and protection of human rights at the UN and at regional organisations such as the Council of Europe, the OSCE and the European Union. Austria's international human rights engagement has always been guided by a **spirit of cooperation and dialogue**. Dialogue and partnerships are crucial for turning the promises of the Universal Declaration of Human Rights into reality for all people around the globe. Austria has consistently worked with all actors towards this goal.

As non-permanent member of the **UN Security Council** in 2009 and 2010, Austria continuously and actively advocated the advancement of human rights, the adherence to the rule of law, the protection of civilians in armed conflict and the promotion of the contribution of women as a measure to preserve peace and security.

Mr. President,

Austria's international engagement on human rights is based on a firm **commitment to ensure full respect of human rights domestically**. Austria has acceded to all major international human rights treaties and has extended a standing invitation to all Special Procedures' Mandate holders and regularly presents her periodic reports before the various treaty bodies.

Preparing our National Report has given us an opportunity to assess the situation of human rights. It was prepared by the Human Rights Coordinators of all federal Ministries and of the Governments of the federal regions. It involved an intensive dialogue with civil society – including workshops with all major NGOs. It became clear to us that it must be our goal to work for constant improvements and clearly to avoid complacency. The compilation of the reports of treaty bodies and special procedures as well as the Summary of stakeholder's submissions were a valuable tool in this process, I would

Ausgewählte Dokumente

like to thank the Office of the High Commissioner for Human Rights for their preparation.

As I have said before, the full realization of human rights is by definition an **ongoing challenge and process**. Civil society with its high expectations has an important function. Their criticism is crucial in pushing governments forward. I am convinced that our close and transparent engagement with civil society across Austria has lent additional credibility to the report I am presenting to you today. We learnt a lot in this preparation. But we will not stop there and will try to make things better, where necessary. It is the Austrian Government's intention to **continue this fruitful dialogue** with civil society in the follow-up to this review. In fact, a follow-up meeting with NGO representatives concerning the UPR process is already scheduled to take place in February in Vienna.

Allow me to take this occasion to extend a **warm welcome** to the **representatives of Austrian NGOs, who made the huge effort to travel to Geneva, and also of international human rights NGOs** who are present in this room. Their role and contribution is indeed crucial, for all of us.

Mr. President,

Austria is currently a **candidate for membership** of the UN Human Rights Council for the period beginning in June 2011. On the basis of the voluntary **pledges and commitments** made by Austria in the context of this candidacy, it was possible to achieve notable progress in their implementation. In this regard, I would like to highlight in particular that the Austrian Parliament adopted just a few days ago the **incorporation of children's rights into Austria's constitution**.

Considerable progress could also be made with regard to the **ratification of the Optional Protocol to the Convention against Torture** and **in this context** the creation of a national prevention mechanism, which will be incorporated into the Austrian Ombudsman Board. This will expand the already existing Human Rights Advisory Board. I would like to seize this opportunity to underline my particular satisfaction welcoming **Mrs. Teresia Stoisits**, Member of the **Austrian Ombudsman Board, as member of this delegation** here in this room. In addition, Austria will soon deposit the ratification document for the Council of Europe Convention on the Protection of children against sexual exploitation and sexual abuse.

Equally on the way is the introduction of separate definitions of torture in the Austrian Penal Code. We also started the **ratification process of the Convention on Enforced and Involuntary Disappearances**, and accordingly the inclusion of enforced disappearances as a criminal offense in the Austrian Penal Code. Finally the Austrian Parliament will discuss this spring the approval of the ratification of **the UNESCO Convention against Discrimination in Education**.

Ausgewählte Dokumente

Mr. President,

I would not like to conclude these introductory remarks without taking the opportunity to **thank the delegations** of the Czech Republic, Denmark, Germany, the Netherlands, Finland, Sweden, Switzerland, the United Kingdom, Slovenia and Norway who have sent a number of **written questions in advance**. Some of the questions I have already referred to as they coincide with our pledges and commitments. In addition, I would like to inform you as follows:

Racism, xenophobia and intolerance on grounds of ethnic origin, gender, age, sexual orientation or religion – to name but one of the major human rights challenges that we face in our globalised world – concern all of us and need a comprehensive approach. Austria is aware of its specific historical responsibility and is committed to the fight against xenophobia. Anti-Semitism, discrimination against Muslims and all other forms of racism and intolerance. The State Report refers to the Austrian government's efforts to overcome certain gaps between the well-established anti-discrimination legislation and its implementation.

While we have achieved some progress in this field, as found by the European Commission on Racism and Intolerance last year, we are fully aware that we have to do more. We cannot overlook the fact that societal tensions, prejudices and sentiments against migrants and asylum-seeker are on the rise. In our current government programme, we have committed ourselves to a series of measures to enhance the protection against racism and discrimination, including a commitment to the implementation of the EU Framework Decision against Racism and Xenophobia as well as the recommendations of the UN-Committee on the Elimination of Discrimination. The experts' recommendations are an important basis for our next steps.

More concretely, in response to the **questions by the Netherlands, Finland, Sweden and the Czech Republic concerning racism, xenophobia and intolerance**, Austria applies a two-fold approach in combating this human rights challenge – a high standard of protection against racism and the effective prevention of racism. We have tightened up our anti-discrimination laws in recent years. The Equal Treatment Commission, the Ombud for Equal Treatment and the relevant bodies in the provinces provide for protection against discrimination in employment and access to goods and services. Our tools to pursue and prosecute hate crimes and racial discrimination are comprehensive and effectively applied. We strive towards prompt and thorough investigations to ensure an effective implementation of our laws combating racial discrimination and hate crimes. Sanctions for all forms of discrimination have continuously been extended and are being applied consistently by Austrian courts. This includes also compensation for material and immaterial damage. These efforts have contributed to an ever increasing awareness and public sensitivity about discrimination issues.

Ausgewählte Dokumente

As regards the questions by several delegations on **independent investigations of alleged abuses by law-enforcement officials**, I would like to emphasise that Austria has a strict “zero tolerance” policy towards all forms of discrimination and ill-treatment. An independent body, the Federal Anti-Corruption Bureau, was established in January 2010 to examine alleged ill-treatment by law enforcement officials. Criminal police and public prosecutor are obliged to investigate any suspicion of ill-treatment by law.

On the preventive side, we are working towards reinforcing a tolerant and open social climate which remains the best method to combat racism at its roots. We are fully aware we have to do our homework, particularly by following an inclusive approach and by integrating all people living in Austria. The **National Action Plan on Integration**, adopted in January 2010, is another tool to support this policy. Based on comprehensive social studies, we have identified different areas of action and concrete measures. The areas include language, education, employment, rule of law, social services and health, intercultural dialogue, leisure and sports, housing and the regional dimension. An expert commission including civil society organisations was set up within the competent ministry and will closely follow up on the implementation of the Action Plan.

To ensure the protection of **migrants’ human rights**, Austrian immigration legislation provides them with the possibility to use the full spectrum of legal instruments and appeal procedures – including appeals to the Constitutional and Administrative Courts and access to effective remedy. Austria has also enhanced human rights training for justice and law enforcement sector.

In response to the questions of Slovenia concerning **the Slovenian minority in Austria** I would like to reiterate our commitment to further advance the protection and promotion of the rights of the Slovenian and the other five autochthonous national minorities in Austria. The educational, socio-economic and legal situation of minorities in Austria is presently reviewed by different expert groups with all relevant stakeholders. Our aim is to amend and adapt the National Minority Act. We hope to finish by next year. The ongoing reform envisages to strengthen the Advisory Councils. Concerning the bilingual topographical signs in Carinthia, I would like to underline the Government’s commitment to fully implement Austria’s obligations under the State Treaty of 1955. Constructive negotiations are being held between all parties involved. We are optimistic that by next year we will find a sustainable solution soon.

Gender equality, including in the labour market, is another major issue which we are addressing in our State Report – and was also the subject of a **question of the United Kingdom**. Despite existing legislation we have still not been able to fully close the income gap between men and women. We believe that the gap is mainly due to structural inequalities such as segregation in work sectors and have therefore taken measures to end these inequa-

Ausgewählte Dokumente

lities. After a National Action Plan was presented in June 2010, the Law on Equal Treatment is currently being revised in Parliament to ensure greater transparency with regard to incomes in the private sector. In addition, 50 % of the national budget for labour market policy is being spent on specific programmes to improve women's chances on the labour market amongst others through capacity building and training.

As to the **Swiss and UK questions about domestic violence**, victims of domestic violence receive free legal and psychosocial support to guarantee their rights in criminal procedures. Domestic violence cases are covered by prosecutors with special training. Victims can also rely on a well-established system of crisis intervention centres in all provinces, 21 state-financed women's shelters with 750 places and a 24-hour hotline. The revised Violence Protection Law of 2009 has furthermore introduced new and stricter sanctions for continuous violence. **Migrant women**, who have come to Austria on the basis of family reunification, are in a particularly vulnerable position in case of domestic violence. Austrian legislation therefore provides for the possibility of granting them a separate residence permit to protect them from further violence.

Mr. President,

I will provide answers on additional issues raised in the written questions in the following rounds of reply. I am looking forward to **additional questions** by all delegations and to the **recommendations**, of which we certainly hope to accept as many as possible. **We are here to listen, to learn and to inform.**

I thank you and look forward to our discussion.

18.6. Bundesminister Dr. Michael Spindelegger, Rede beim Hochrangigen Segment des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen Genf, 28. Februar 2011 (nur Englisch)

Mr President,
Madame High Commissioner,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

One month ago I stood here before you heading Austria's delegation to the Universal Periodic Review. Today I am delighted to be back in this very assembly room, having the opportunity to once again underscore the importance Austria attaches to the promotion and protection of human rights both globally and nationally as well as to the Human Rights Council as the central human rights organ of the UN.

Ausgewählte Dokumente

Let me salute, at the outset, the efforts undertaken by the people and leadership in **Tunisia and Egypt** to manage a peaceful and swift transition to pluralist democracy – together with our partners in the EU, we are ready to support a process of broad-based national dialogue, preparing for democratic elections, but also of holding perpetrators of human rights violations accountable.

Freedom of expression, together with freedom of association and freedom of peaceful assembly – they need to be protected by all governments, and not threatened through excessive use of force, such as recently in **Belarus, Iran and Libya**: repression not only violates human rights, but also weakens, over time, state authority. I salute the swift and decisive action by this Council, last Friday, to investigate the crimes committed (by the leadership) in Libya. Equally, I welcome the Security Council's unanimous decision (Res. 1970) referring the situation in Libya to the International Criminal Court. The international community will have to act immediately to implement the sanctions decided upon by the Security Council.

Mr. President,

Austria is proud of its **long-standing record** of active engagement to ensure the protection of human rights. The 1993 **World Conference on Human Rights in Vienna** and several follow-up conferences are examples of our commitment. The Vienna Declaration and Programme of Action remain of pivotal importance today and served as the basis for the establishment of the Office of the High Commissioner for Human Rights. Austria was repeatedly a member of the former Human Rights Commission, has actively taken part in the establishment of the Human Rights Council, and has been constructively contributing to the Council's work as an observer.

Equally, during our term as non-permanent member of the **UN Security Council** in 2009 and 2010, we have aimed to prioritize human rights: We advocated for the primacy of the rule of law, the protection of civilians in armed conflict and the promotion of the role of women in preserving peace and security.

Also outside the UN system Austria attaches great importance to the promotion of human rights: We host the head offices of the Organization of Security and Cooperation in Europe and the EU's Fundamental Rights Agency. We work closely with the Council of Europe.

We want to continue this active engagement for human rights as a member of the Human Rights Council. Austria has therefore presented its **candidature** for membership for the period 2011–2014. Allow me to take a moment to tell you how we aim to engage with the Council and what my government have pledged to achieve if we will be elected to share the responsibilities of a member.

In all our work, we will be guided by a spirit of **cooperation and dialogue**, engaging with all states, and other stakeholders, in the Council in an open

Ausgewählte Dokumente

and transparent manner. In order to contribute to the full implementation of the mandate of the Council, Austria pledges to foster a culture of cross-regional cooperation in human rights issues and in problem solving processes – and it is also in this spirit that I have had the honour to join my South African Colleague, Her Excellency Maite Nkoana-Mashabane earlier today for the opening of our joint exhibition here.

Austria wants to be an **active** member of the Council. Already as an observer, Austria has been engaged in advancing human rights for minorities, for internally displaced persons, and in the administration of justice. Resolutions on these issues were always passed by consensus. We plan to continue this engagement as a member.

We want to be **coherent** in terms of our human rights policy at home and abroad. We implement the international human rights treaties we have ratified and we take our commitments seriously. We fully cooperate with international mechanisms, treaty bodies and special procedures, having issued them a standing invitation.

Mr President,

Austria is committed to contributing to the respect of **freedom of religion** and belief. Deeply worried by recurring incidents of physical violence and hate speech against individuals because of their minority beliefs in all parts of the world, it is our firm conviction that solutions can only be found through dialogue and partnership. Over the last decade we have hosted a number of high-level dialogues between religious and secular leaders and we are honoured to host the 5th Annual Forum of the Alliance of Civilizations following Qatar. Particular focus has consistently been laid on bolstering the role of women and the inclusion of young people. In this respect, the promotion of democracy, media freedom and the free use of internet and other new media are of utmost importance to us.

This Council is the central actor in the United Nations for the promotion and protection of human rights and must fulfill its role for the coordination of human rights activities throughout the UN system. In order to live up to its mandate it needs to prove that it is able to respond to urgent human rights situations when they arise. Let us not disappoint people who expect us to act comprehensively and in a timely manner.

Work on the ground has taken a new dimension with the Office of the High Commissioner. Austria remains committed in its support of an independent and effective Office of the High Commissioner. Austria shall likewise continue to support the important work of Special Rapporteurs of the Council and that of Treaty Bodies; we advocate the further buttressing of the UPR system.

Austria undertakes its numerous activities and initiatives in close cooperation with a broad range of partners at all levels, including other governments, international bodies and civil society. In turn, we hope for your continued

Ausgewählte Dokumente

cooperation. **We will be measured by our results** – let us strive together to make human rights a reality for everyone.

Thank you.

**18.7. Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner,
Rede anlässlich der 18. Tagung des
Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen
Genf, 19. September 2011 (nur Englisch)**

Madame President,
Excellencies,
Ladies and gentlemen,

The Human Rights Council, as the custodian of universal human rights standards, has a central responsibility in the worldwide promotion and protection of human rights. Victims from all over the world look to this Council and its mechanisms for recognition of their plight, for assistance to ease their suffering and for justice as the best response to prevent future violations and abuse.

The Council has recently given proof of its ability to act in real time on human rights emergencies. The Special Sessions on Libya and Syria, in addition to the creation of a country mandate to monitor the human rights situation in Iran, stand testimony to this effect. In all of these situations the Council gave a clear and unequivocal message that the international community will not tolerate excessive and indiscriminate attacks against the civilian population. Violations have to be thoroughly investigated and perpetrators must be held accountable. Now we have to translate words into concrete action.

However, more needs to be done. There are other situations which require the urgent attention of the Council. As was highlighted by the High Commissioner for Human Rights last week, the situation in the border region between Sudan and South Sudan is of serious concern. Continuous monitoring of the human rights situation on the ground will be of utmost importance, as are comprehensive investigations into reported crimes by all sides. The world is expecting the Human Rights Council to take a clear stance on this situation and to make its contribution to a sustainable peace in the region.

Madame President,

Since this is the first membership of Austria at the Human Rights Council allow me to express my sincere gratitude for the overwhelming support for our candidature and to offer our full cooperation with all Council members.

Let me now briefly outline some cornerstones of our human rights policy: Austria is proud of its long-standing record of active engagement to ensure

Ausgewählte Dokumente

the protection of human rights and has been consistently engaged in advancing universal human rights within the framework of the United Nations: Austria served as a member to the Commission of Human Rights for several terms and has actively participated in the work of the Human Rights Council as observer since its establishment.

The 1993 World Conference on Human Rights in Vienna and several follow-up conferences are further examples of our commitment. The Vienna Declaration and Programme of Action served as basis for the establishment of the Office of the High Commissioner for Human Rights and remain of pivotal importance today.

We will continue this active engagement for human rights as a member of the Council. The following principles shall guide us in this endeavour:

First and foremost, the promotion and protection of human rights is a core priority of Austria's foreign policy. Austria fully shares the view expressed by Secretary General Kofi Annan in 2005 that, I quote "humanity will not enjoy security without development, it will not enjoy development without security, and it will not enjoy either without respect for human rights".

Second, Austria is a strong supporter of the United Nations treaty bodies, the Special Procedures of the Council and the Office of the High Commissioner for Human Rights. These mechanisms make a difference to victims on the ground. Full cooperation with these mechanisms as well as implementation of their recommendations is of utmost importance. Austria has extended a standing invitation to all Special Procedures and regularly presents its periodic reports before the treaty bodies.

Third, Austria's engagement in multilateral fora on human rights has always been guided by a spirit of cooperation and dialogue. Austria remains committed to working with all other nations in an open and transparent way and to promote a culture of cross-regional cooperation in addressing human rights issues and concerns. At the Human Rights Council, Austria acts as main sponsor of resolutions on the promotion and protection of the rights of persons belonging to minorities, human rights in the administration of justice, and the human rights of internally displaced persons. Over the years, all these resolutions were adopted by consensus and benefited from broad co-sponsorships across all regions.

Finally, Austria strives to be coherent in terms of our human rights policy at home and abroad. Austria is a party to all major international human rights treaties. The European Convention on Human Rights has been incorporated into the Austrian constitution; the rulings of the European Court of Human Rights are directly enforceable. Austria is fully cooperating with international and regional human rights monitoring bodies. The Austrian Government is in regular dialogue with Austria's highly active civil society, especially in the follow-up of the UPR process which is taken very seriously. We consider the UPR a useful tool to further improve human rights standards at the nati-

Ausgewählte Dokumente

onal level. Austria is also committed to strengthening human rights institutions within the EU and hosts the EU Agency for Fundamental Rights, which provides extensive expertise and advice to the EU and its member states.

Madame President,

Austria is concerned by a worldwide increase in attacks against journalists. Despite clear legal obligations many journalists are threatened, detained or forced to leave their country. The increase in targeted killings of journalists is of particular concern. Impunity for those responsible for attacks constitutes the biggest obstacle for the effective protection of journalists. From both a human rights perspective as well as a democratic and rule of law point of view, attacks against journalists are an especially deplorable form of violence. Independent reporting of journalists is an essential requirement for the freedom of the media, which is considered a cornerstone of any democratic state based on the rule of law. Important initiatives to strengthen the protection of journalists are already underway, such as at UNESCO or the OSCE. More needs to be done to consolidate our efforts. The Human Rights Council has an important role to play in this respect.

Austria is also committed to contributing to the respect of freedom of religion and belief. We are deeply troubled by recurring incidents of attacks against religious minorities in all parts of the world and among all religions. It is our firm conviction that interreligious tensions or conflicts can only be solved through dialogue and partnership. Austria will offer her services and expertise at the Human Rights Council, since over the last decade Austria has hosted a number of high-level dialogues between religious and secular leaders.

Child trafficking and exploitation constitute blatant violation of children's rights. Unfortunately, they continue to occur all over the world. As a member of the Human Rights Council Austria will work to address this issue and to help develop strategies which take the best interest of the child into account in all situations.

Finally, racism, xenophobia and intolerance on grounds of ethnic origin, gender, age, sexual orientation or religion is an ongoing challenge and of concern to all of us. Austria is aware of its specific historic responsibility and is committed to the fight against xenophobia, anti-Semitism, discrimination against Muslims and all other forms of racism and intolerance. In our current government programme, we have committed ourselves to a series of measures to enhance the protection against racism and discrimination, including a commitment to the implementation of the EU Framework Decision against Racism and Xenophobia as well as the recommendations of the UN-Committee on the Elimination of Discrimination. Austria is a strong advocate for comprehensive solutions against racism, discrimination and intolerance at the United Nations and will therefore continue to be actively engaged with all UN-processes in this area.

Ausgewählte Dokumente

Madame President,

Let me conclude by reiterating Austria's firm commitment to human rights and to the rule of law. We are looking forward to contributing to the continuous improvement of human rights worldwide in partnership with the other members of the Human Rights Council. What counts, in the final analysis, is implementation on the ground. Rest assured that Austria, together with its EU partners, will continue to support the High Commissioner for Human Rights and her field activities.

**18.8. Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner,
Abschlussrede zur ExpertInnentagung
„Sicherheit von Journalisten“
Wien, 23. November 2011
(nur Englisch)**

Vice-Minister,
Excellencies,
Distinguished Participants,
Ladies and Gentlemen,

Let me say a few words of thanks at the end of these Vienna Expert Consultations on Safety of Journalists. I understand that you had a very lively and fruitful discussion today and I am particularly grateful for your active participation and valuable contributions. We have benefited from your important experience in this field, which gave a sound basis to the discussions. The presence of two Special Rapporteurs underlined the importance the international community attaches to this topic. It is a key issue for the work of UNESCO as well as for the OSCE. We hope that the upcoming OSCE Ministerial Council in Vilnius will pave the way for a strong international commitment on the safety of journalists.

The aim of these consultations in Vienna was to explore possibilities and ways how to respond to the worldwide increase in attacks against journalists. Many journalists today are threatened, arbitrarily detained or forced to leave their country. The increase in targeted killings is of particular concern. Such attacks constitute a serious threat to fundamental freedoms, to democracy and to the cause of human rights as a whole. Values we all cherish and are committed to uphold.

Your presence here today in Vienna sends a strong message to perpetrators who kill, assault, intimidate or lock away journalists: These acts have to stop and perpetrators must be brought to justice.

At the same time, we need to focus our attention on those journalists who, as we speak, operate in dangerous and difficult situations. There is a growing community of states, organisations and civil society jointly pursuing the goal

Ausgewählte Dokumente

to fight for a more effective international framework for the protection of journalists.

Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

Your discussions were focussing on political commitments and actions to strengthen the international legal framework as well as to address impunity and the prevention of future violations. Despite clear obligations serious shortcomings were identified in the implementation of universally accepted international standards and norms. Our primary challenge therefore is to reduce this wide protection gap. Let me briefly recapitulate some of the most salient points.

Under international law there is a clear duty and responsibility to protect journalists. This is a fundamental pillar of the universal, inalienable right to press freedom.

It was underlined that the obligation to protect applies in all circumstances, both in conflict as well as in times of peace. This obligation includes the guarantee to enable journalists to exercise their work independently without any interference, as well as to ensure access to information. Measures to limit this right can only be taken in strict accordance with human rights standards.

As today's discussions have confirmed, the biggest threat for the effective protection of journalists is impunity for those responsible for attacks. The fact that more than 90 % of reported cases of abuse remain unresolved speaks for itself. The current climate of impunity is prompting fear and leads to self-censorship of journalists. Holding perpetrators to account and providing victims with adequate compensation is the most effective way to guarantee the safety of journalists and will therefore contribute to preventing future attacks against journalists.

The Vienna consultations provided an important opportunity to identify best practices and lessons learned on how to ensure effective prevention of attacks against journalists. In this context, I would like to mention three specific steps that would make an important contribution to preventing future attacks:

- First, the sharing of best practices and lessons learned on the protection of journalists.
- Second, the development of responsive early warning mechanisms, at local, regional and international level. Important work is already being done by UNESCO, the ICRC and OHCHR, and we need to build on that.
- Third, ensuring proper training of the security sector and also of journalists themselves.

Your discussions brought to the fore innovative ways journalists are applying on a daily basis to ensure their own protection. Consolidation of existing

Ausgewählte Dokumente

standards and guidelines, as well as concrete measures to promote them, may be necessary.

Further reflection is necessary to address remaining open questions with regard to the protection of so-called „citizen journalists“, which are not affiliated with any media company.

Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

Where do we stand after one day of discussions?

The consultations have outlined a road-map to move forward in a comprehensive and effective manner on the way towards a more efficient protection framework. While we need to step up our efforts, we can build on existing standards and practice. The spirit of cooperation which prevailed at today's meeting needs to be brought back to the different regions, to our countries and to international organisations.

Let me highlight some of the concrete elements of this Vienna Agenda:

- We need to be more systematic and vigorous in condemning attacks against journalists and violations of their rights;
- We need to devote more efforts to fighting impunity and to holding the perpetrators of attacks against journalists accountable;
- We need to ensure better cooperation and coordination among the various international, regional and local actors, including in establishing effective early warning mechanisms;
- We need to call on all relevant actors to comply with existing standards on the protection of journalists;
- Finally, we need to ensure full cooperation with existing protection mechanisms, in particular with Special Rapporteurs and Representatives, who play a crucial role in monitoring compliance.

Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

The protection of journalists is high on Austria's human rights agenda. We have made it one of our priorities during the Austrian membership in the Human Rights Council.

As has been shown today, there is a great expectation that the Human Rights Council, as the supreme human rights body of the United Nations, should play a more prominent role in strengthening the protection framework for journalists.

Austria is planning to introduce the results of this meeting into a series of activities in the framework of the Human Rights Council. The summary just presented to you by Ambassador Strohal reflects these results. We hope to

Ausgewählte Dokumente

circulate it shortly to all participants and to publish it on the website of our Ministry.

Our ultimate objective is to achieve a substantial resolution by the Council with a view to placing the protection of journalists firmly on the international agenda. We want to focus on eradicating impunity and on preventing future attacks.

In conclusion, I would like to thank IPI and Ambassador Strohal for the successful conduct of this meeting today. Let me also reiterate my gratitude for your participation and commitment. We are looking forward to continuing the close cooperation with our partners on the safety of journalists. Your support and the partnership with civil society will be essential to make this project a success.

Thank you.

**18.9. Staatssekretär Dr. Wolfgang Waldner,
Rede zum Thema „EU Integration of the Western
Balkans from an Austrian Perspective“ im Rahmen
einer Konferenz des Albanian Council on Foreign
Relations
Tirana, 10. November 2011 (nur Englisch)**

Mr. Deputy Prime Minister Haxhinasto,
Excellencies,
Ladies and Gentlemen,

It is an honor for me to speak to you today at this high level Conference of mostly regional stakeholders. I would like to thank the organisers for putting together this conference which is a perfect example of a regional initiative we so much encourage.

The focus of this conference on regional and local ownership, regional initiatives, regional responsibility, and grass-root projects is very pertinent. These are all vehicles for democratization and hence also for the EU approximation of South East Europe. I hope to contribute to your discussions in a meaningful way in giving you an Austrian perspective on the European integration of the Western Balkans.

My remarks will be focused on three points:

- First, I will briefly outline Austria's engagement in the region and I will give my assessment of where the integration process currently stands.
- Secondly, I intend to highlight some of the most difficult challenges the region is facing on its way towards European integration.
- And thirdly, I will elaborate on possible steps for the way ahead.

Ausgewählte Dokumente

Austria's close involvement in this region is well known and very obvious given our close historical, cultural, political, economic, human as much as emotional ties. Tomorrow I will complete a week-long tour throughout the region from Skopje via Prishtina to end here in Tirana. Once again, I have been reassured of our policy approach in many aspects. However, there are also fresh impressions and new ideas which I am looking forward to sharing with you.

At the outset, I would like to recall one permanent overarching constant in Austria's and the EU's relationship with the Western Balkans: It is our firm belief and clear commitment that the European project will only be completed once all the countries in the region between Subotica and Sarandë have become full members of the European Union. This perspective has been repeatedly reaffirmed by the EU since 2000, most recently in the European Commission's enlargement strategy and the complementary Progress Reports and Opinions.

From the outset Austria's foreign policy has been in full support of the countries of South East Europe on their path towards Europe. This means, first of all, trustful bilateral relations based on mutual understanding as well as political support in Brussels. Direct investment is a second pillar of our engagement. I am proud to say that Austrian companies with a total volume of around 12 billion Euros are among the biggest foreign investors in the Western Balkans. Furthermore, our longstanding commitment to security and stability in the region is underscored by our substantial contributions to peacekeeping missions on the ground, including EUFOR and KFOR. Last, but not least, South East Europe has been a priority region of our development cooperation assistance for some 20 years.

When visiting a gender equality project in Kukës this morning, I saw the tremendous impact a single project can have on the local situation and population. One of Austria's key policy objectives in the region is to contribute to the overall European strategy based on the Stabilization and Association Process and its massive pre-accession financial instruments. Our development cooperation activities in the fields of vocational training and higher education, economic development and employment as well as institution building and gender equality thus perfectly complement the sectorial and step-by-step European integration process.

The EU's Twinning instrument is a particularly useful and practical tool to support reform processes and assist countries in their approximation to EU norms and standards. Austria is a very active partner in this programme especially in the fields of justice reform, customs and tax administration, agriculture and environmental protection. We will continue our involvement in pre-accession support to the countries in the region with a specific focus on institutional and administrative capacities.

Ausgewählte Dokumente

After the collapse of the communist regimes and the violent conflicts following Yugoslavia's disintegration some twenty years ago, South East Europe experienced a tremendous political and economic transformation. The successful conclusion of the accession talks with Croatia shows that a credible EU perspective continues to be the best incentive for reforms in the region. The example of Croatia also makes clear that hard work and a strong will to implement reforms are the basis and the guarantee for a successful accession process.

Thanks to continuous reform efforts, Serbia is close to receiving candidate status, a goal Austria is convinced Serbia has deserved. We also support the early opening of accession negotiations. But to this end we expect that concrete steps towards a normalization of the relations with Kosovo, including a more constructive approach for Northern Kosovo, are taken. It is therefore in Serbia's own interest to resume the dialogue with Prishtina and to achieve concrete solutions for any issues that are still unresolved and to fully implement agreements already reached. In Montenegro, significant progress has been made and we support the opening of negotiations as proposed by the European Commission. – I would like to emphasize that these developments also illustrate the effectiveness of the EU's conditionality approach where each aspirant will be judged by its own merits.

Yet, not only the region, but the world around us is changing rapidly. The EU is currently deeply affected by the consequences of the global financial and economic crisis. I am confident that our solidarity and the crisis response mechanisms will help us stabilize the Euro and overcome this period of economic turmoil.

At the same time we must not waver in our commitment to a unifying our entire continent. We should neither accept an enlargement fatigue among EU member states and citizens nor a reform fatigue in the countries of the Western Balkans. The ongoing reforms are the best insurance for the people in the region on their way towards Europe and a guarantee for stability, growth and prosperity. A process the EU as a whole will profit from as we Austrians have experienced with the last rounds of enlargement.

Ladies and Gentlemen,

Let me now turn to the some of the major challenges for the further integration process of South East Europe:

As the latest EU Progress Reports have shown, the Western Balkan countries are working hard towards fulfilling EU conditionality. Despite significant progress key challenges remain: particularly regarding the freedom of media and speech, regarding regional cooperation and reconciliation as well as sustainable economic development. Strengthening the rule of law, the fight against corruption and organized crime as well as the reform of the public administration are essential for the well-functioning of the state as much as for attracting foreign investment.

Ausgewählte Dokumente

I am fully aware that reforms can be cumbersome and even painful: Laws need to be amended and adopted, structures need to be changed, established practices have to be reversed, and familiar perceptions ought to be modified. At short sight, this process may create unease amongst those who fear about their jobs and those who worry about winning elections. As difficult these reforms might seem, they should not be undertaken to please the EU, but first and foremost for the benefit of your own citizens.

No doubt, after the last round of enlargement, the rules have become stricter. For the next generation of accession talks the EU therefore rightly proposes to start addressing the most difficult chapters such as judiciary first.

Visa liberalization was a clear example that conditionality can work as it had a tremendous positive effect of reform efforts. Visa free travel clearly has an impact on the population: It connects people, families, businesses and universities, in short: it makes Europe a reality. We thus believe that Kosovo should also take part in the visa liberalization process.

Public support and functioning democratic institutions are key factors for a successful integration process. In Albania, we see how crucial the role of Parliament is on the way towards EU membership. Antagonism and the lack of dialogue between different political fractions in Parliament has significantly hindered European ambitions. The example of Croatia has shown how much a national consensus on EU accession can lead to success.

Ladies and Gentlemen,

Kosovo is a major challenge for the EU's foreign policy. Her independence is a fact, and so are her borders. If Kosovo and Serbia will be able to overcome their differences and create a peaceful, stable, secure and prosperous space for all people in Kosovo, regardless of religious belief and ethnicity, both countries will be much closer to the EU. We are convinced that the EU facilitated dialogue is the most feasible forum for solutions between Belgrade and Prishtina.

We believe that if the sight of the grand European project is being kept, local ethno-territorial disputes can be overcome, to the benefit of all peoples in the region.

More than one year after the elections, there is still no state-level government in Bosnia and Herzegovina. This stalemate is of utmost concern to Austria. Single interests still prevail and have prevented the country from proceeding towards Europe. Therefore, we welcome the reinforced mandate of the EU Representative that will enable him to better assist Bosnia and Herzegovina. Nevertheless we are convinced that the High Representative needs to remain in place as the guardian of the Dayton accord and as and guarantor of reforms. Equally Austria remains committed to EUFOR and the executive mandate of the mission.

Ausgewählte Dokumente

Let me briefly touch upon the aspect of bilateral disputes and its adverse effects on EU integration, exemplified by Macedonia and Greece. We are of the opinion that the name dispute should be solved bilaterally and should not be made an obstacle to the following steps, i.e. the start of accession negotiations. Vested interests of identity, history and culture on both sides are understandable, but should not be connected to the EU negotiation process.

Ladies and Gentlemen,

Finally, I would like to say a few words on possible steps which could facilitate the future integration process of the Western Balkans.

First we need to make Europe more tangible. Visa free travel needs to be extended to Kosovo. In addition, we have to be more outreach-oriented, we need to reach all sectors of society even in the remotest areas, irrespective of social status, age, income, or level of education. In this context, local stakeholders should be connected more closely and civil society entrusted with a bigger share of responsibility, especially when talking about democratization. Cultural programs and activities that target prejudices, fears, and misunderstandings can play an important role in this regard. In brief: we need to substantially increase the people-to-people contacts and exchanges.

Second, we need to create synergies and better coordinate the various regional initiatives such as the Regional Cooperation Council, the South East European Cooperation Process, the Central European Initiative, the Adriatic Ionian Initiative, or the EU Strategy for the Danube region. This will allow us to maximize their impact for regional development and European integration.

Third, we need to further intensify our business and economic interactions. Foreign investments create jobs, trust, bonds, prosperity and quality of life. This is the basic approach European integration has been built upon since its very beginning.

Forth, we need to leave behind the ethno-nationalism of the 1990s for good and work for pluralistic societies. Austria has been cooperating fruitfully on dialogue initiatives with partners in the Western Balkans and we will continue these efforts.

In conclusion, let me underline once again that Austria's mission is to assist the Western Balkan countries in their transition towards full EU membership. Austria and the EU may provide tools, offer guidance and support, but in the end the process has to be owned and implemented by your countries and must come from within. First and foremost, you are responsible for your own destiny. Let me reassure you, however, that Austria will remain a true friend and adamant supporter of all states of the Western Balkans and that we will continue to work on a common future with you in the European Union.

Thank you.

Ausgewählte Dokumente

**18.10. Bundesminister Dr. Michael Spindelegger,
“Austria’s foreign policy focus on the Black Sea and
Caucasus region”
Wien, 14. März 2011
(nur Englisch)**

Austria’s foreign policy focus on the Black Sea and Caucasus Region has developed as a **logical geographical continuation of our initiative for a European Strategy for the Danube Region**. We have to move our focus gradually eastward towards the Black Sea and Caucasus region.

This region – at the crossroad between Europe, the Middle East, Asia and Russia – becomes politically and economically increasingly important.

In economic terms, the region has witnessed significant changes over the past two decades. One of the frontlines in the Cold War, it was a place where market economies encountered centrally planned ones.

The fall of the Iron Curtain altered this state of affairs in a radical way. After a tumultuous early 1990s, the region as a whole stabilized. The post-2000 period saw sustained high levels of growth that transformed economic and social structures. It is true that the 2008 financial crisis stopped short the period of high growth. But since 2010 the economic recovery in the Black Sea and Caucasus Region has been even stronger than in the developed world.

Economic prospects and opportunities

In the long term the Black Sea region’s economic prospects are excellent. It already is one of the most important and dynamic regions in the European neighbourhood. Austria **must not pass up the chance to gain a foothold in this market that has such great future potential**. Our goal is to intensify our contacts at all levels – economic, political, cultural and inter-personal.

Our relations with the countries of this region still contain a lot of potential that we want to leverage together. The fields in which cooperation could be intensified are highly diverse: business, science, culture, security and energy supply. In these areas, acting with foresight and in concert is a decisive prerequisite for developing our cooperation in a dynamic way. We must start today to provide security for the day after tomorrow.

By expanding in this promising market of 140 million inhabitants and rising demand, the negative effects of the international financial and economic crisis for Austrian exporters can be mitigated.

Austrian exports to the six countries (Armenia, Azerbaijan, Georgia, Moldova, Turkey and Ukraine) could be doubled from € 2.1 billion (2008) to € 4 billion in the next four years. Direct Austrian investments could increase from € 6.3 billion (2007) to € 13 billion in 2014.

Ausgewählte Dokumente

When I inaugurated, together with my colleague, the Austrian Minister for Economic Affairs Mr Mitterlehner, the Austrian Embassy in Baku last year I made clear that this Embassy should also work as a “door opener” for Austrian companies looking for business partners in the region.

Our strategy to choose this region as a priority area for Austrian exports has been supported by two expert studies from the Austrian Institute of Economic Research and the Institute for the Danube Region and Central Europe.

Energy

The wider Black Sea area is core to the EU's energy security strategy. One of the EU's six priority axes of energy infrastructure, the Southern Energy Corridor, relies both as to origins of supply as well as transit heavily on this region. Apart from supply and transit, this area offers also fast growing energy markets and a huge potential for development in the energy sector.

One of the main pillars of the external dimension of the European Union's Energy Policy is the building of strategic energy partnerships with key countries and along strategic corridors.

Austria is firmly committed to the Nabucco project as a strategic gas corridor, which will respond to the need of diversifying Europe's energy supply as to origins and routes and an Austrian company, OMV, has the lead in this project amongst six European shareholders.

Apart from Nabucco, also South Stream, with which Austria also cooperates under the provisions of an intergovernmental agreement, will also have an important black sea cooperation dimension.

Austria's investment and innovative contribution to energy in the broadest sense, including projects to increase energy efficiency and develop renewable energy sources, is steadily increasing.

This will also be reflected in a regional conference co-organised by my Ministry, the Ministry of Environment and the Austrian Chamber of Economy on “Energy between Danube and Caucasus” focussing on the role of renewable energy and energy efficiency as keys for economic development, and which will be held on 28/29 April 2011 in Vienna.

On energy, political or economic cooperation our Black Sea and Caucasus focus is not only about bilateral cooperation and engagement. Austria is also very active in working together with other countries in multilateral fora in order to address the numerous challenges of this region as well as with other international partners.

Regional Forum of the World Economic Forum

On 8–9 June 2011, the **Regional Forum of the World Economic Forum** will take place in Vienna for the first time. Priorities such as Black Sea and the Caucasus Region are expected to attract some 500 participants, including

Ausgewählte Dokumente

heads of state and government as well as representatives of business and civil society.

We must widen our horizon. If we want to strengthen Vienna as a hub and gateway to Eastern Europe and Central Asia, we must intensify our networks with the Black Sea and Caucasus region. This important event will give us an opportunity to identify the most promising opportunities and to design strategies to promote innovation so critical to the future.

We are also working together with the OECD, and Austria will not only make a substantial financial contribution to the **OECD's Eurasia Competitiveness Programme** but we will also actively participate in its working groups and activities. With the OECD, we have an important partner on board. It is a key organisation in the region.

Unresolved conflicts

Though we have every reason to be upbeat on the economic prospects we cannot deny the considerable political challenges in the Black Sea and Caucasus area. **The countries of the region have been hampered for too long to realize their huge potential mainly due to the well-known unresolved political conflicts.**

We are ready to address these challenges together with our partners in the EU and OSCE and I am convinced we Austrians can make use of our unique experience on how to work in a different environment which we have gained as a leading investor and major political partner in the countries in the Western Balkans during the last two decades.

Austria supports an increased role of the OSCE in the Southern Caucasus and therefore the continuation and expansion of cross-dimensional activities of the OSCE office in Baku.

In the context of the ongoing **"Corfu Process"** Austria and her EU partners **emphasise**, inter alia, the importance of progress in the so called "protracted conflicts" or "frozen conflicts". Austria actively encourages both parties to the Nagorny-Karabakh conflict to pursue efforts in the framework of the **Minsk Group** and to consider making use of confidence- and security building measures in the framework of the OSCE.

In our regular contacts with the partners of the region we stress the importance to find a peaceful settlement of the **Nagorno-Karabakh conflict**. In my discussions with my Armenian and Azerbaijani colleagues I called on the parties to the conflict to redouble their efforts to find a negotiated solution. Together with our EU partners Austria is ready to offer support to this end.

The EU is ready to assume an even greater part in the search for a resolution of the Transnistria issue. With the approval of the "mediators" in the 5+2 format, the EU – so far an observer – could be given status of a full-fledged participant. But even without that status question, invigorated EU-Russian

Ausgewählte Dokumente

cooperation on this very issue could contribute to speeding up the entire process – in the understanding that full transparency is maintained vis-à-vis the 5+2 format.

Finally, I would like to mention the difficult political situation in Georgia. It is the EU's intention to remain actively involved in confidence building measures and conflict resolution. The EU Monitoring Mission has proven to be a crucial factor of stability. It will remain so also in the future. Austria considers that a more dynamic Geneva process is of utmost importance.

We also hope EUMM will be able to enter South Ossetia and Abkhazia to completely fulfil its important mandate.

The EU's Eastern Partnership

The EU does not only have an important role in encouraging and facilitating a negotiated solution of the political conflicts, the EU has also taken a number of initiatives which will bring these countries closer to Europe and which will boost their economic prospects.

The Eastern Partnership, established in 2009, is a specific Eastern dimension to the European Neighborhood Policy and has been designed to foster political association and economic integration with five countries of the Black Sea Region (Ukraine, Moldova, Azerbaijan, Armenia and Georgia) and Belarus.

In exchange for undertaking political and economic reform, the Eastern Partnership offers new contractual relations, deep and comprehensive free trade agreements and a multilateral framework, in which to discuss subjects of common interest for instance economic integration and convergence with EU policies or energy security.

Cultural and development cooperation

Our bilateral efforts do not exclusively concentrate on economic cooperation. As Austria's foreign policy focus is a comprehensive strategy it involves also **cultural and development cooperation**.

Moldova has been **a priority country for Austria's development cooperation** since 2006, the main projects focus on water treatment and vocational training. In the future we are committed to redirect resources from the Western Balkan countries which are expected to need less aid, to the Southern Caucasus region.

Our primary goal is to help others to help themselves. In these efforts, poverty reduction, rural development, climate protection, education as well as the protection of women's and children's rights are at the centre of our endeavors. In order to do a good job we need to increase our presence in the region and that is the reason why we envisage the establishment of a technical cooperation office in Tiflis in the medium term.

Ausgewählte Dokumente

In the field of cultural cooperation we managed to further enlarge the **existing Black Sea Cluster of Austrian libraries** in the region by the establishment of Austrian libraries in Iasi (Moldova), Samsun (Turkey), Yerevan (Armenia) and Baku (Azerbaijan) last year.

Our objective is to make Austria more visible on the cultural map of this promising region. These libraries are important contact points for those interested in our country, providing an opportunity to discover Austria's multifaceted culture.

We helped to organise a number of cultural events in the region, e.g. the "FLOW festival of conversation for culture and science" in Chisinau in September 2010, and we will arrange a conference of religious leaders from the Southern Caucasus in Vienna in June 2011 in order to contribute to a better understanding between the religious communities in the region.

This is also part of our targeted effort to establish Vienna as a long-term venue for dialogue and as a hub for peace.

The most perfect cooperation scheme cannot outweigh the importance of **close and trustful personal relations**. Therefore I went twice to the region last year, in June I visited Armenia, Azerbaijan and Georgia, in October Turkey.

One of the high points of my trip in June was the inauguration of the Austrian Embassy in Baku, which I already briefly mentioned. One reason for this first opening of an Austrian Embassy in the Southern Caucasus Region is certainly Austria's interest in Nabucco. But beyond considerations of energy supplies the new Embassy in Baku can be seen as a base camp for Austrians in the region, providing concrete assistance to Austrian businessmen or tourists travelling in the region.

In my personal contacts I try to meet people from the region from all walks of life as often as possible, representatives from the governments, from opposition parties, from the civil society and business people.

Two weeks ago I met the Armenian Foreign Minister Nalbandian in Vienna, and I am positively impressed by my interlocutors' strong interest in closer ties with Europe and Austria by their eagerness to deepen relations in all fields, political, business or cultural relations.

Foreign policy and the economy

The Caucasus and the Black Sea region is among the political and economic regions that hold great potential for Europe in the future. This is not only about oil and gas, all EU member states are interested in these regions. We simply have to be faster, as, to a great extent, our economic future lies in these markets.

The region offers enormous development opportunities. Using diplomatic means, we want to break the ground and make a concerted effort to open up

Ausgewählte Dokumente

this region with its great future potential for Austrian enterprises. Business and foreign policy work hand in hand in order to open up future opportunities.

Foreign policy can pave the way for business. In the Black Sea and Caucasus region in particular, a political approach has repeatedly proved important in opening doors to enterprises.

I am convinced that this region may in future become for Austria what the Balkans are for Austria today. In the past years Austria has shown that it knows how to support and leverage the development potential in eastern and south-eastern Europe. We now want to transfer this know-how and experience to a new region. We have every reason to be optimistic that we will succeed.

How are we going to maintain our prosperity in the future and at the same time ensure more social justice throughout the world? This is the core question around which everything revolves. How does a developed social market economy, a high-pay country like Austria, manage to secure its future position in a world in which the economic poles are shifting? I am convinced that we can keep and develop our position if we put our economic growth on a broader basis and if we continue our focus on new regions and new markets.

Anhang

I. Länderinformationen

Anmerkung: Die Schengenvertretungen sind im Internet auf der BMeiA Homepage unter <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/buerger-service/pass-und-visum/schengen-visainformationen.html> abrufbar.

Die Außenhandelszahlen sind gerundet und beruhen auf vorläufigen Ergebnissen (Quelle: Statistik Austria).

Die EZA-Zahlen sind gerundet und beruhen auf vorläufigen Zahlen ohne Anteile aus geographisch verteilten Stipendien- und NRO-Rahmenprogrammen.

Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Hamid Karzai

Außenminister
Zalmai Rassoul

ÖB: siehe Pakistan; **AC:** siehe Iran

Österreich beteiligte sich weiterhin an ISAF. Drei österreichische Offiziere sind beim Stab von ISAF in Kabul eingesetzt. Im Zuge der Sicherheitssektorreform beteiligt sich Österreich mit fünf PolizeibeamtInnen an EUPOL Afghanistan.

Darüber hinaus unterstützt Österreich Projekte von UNODC, OSZE und im Bereich Entminung.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 20.000 Euro

Wissenschaft:

Es bestehen wissenschaftliche Kontakte zwischen dem Kunsthistorischen Museum und dem Kabul Museum.

Österreichische Exporte: 9,165 Millionen Euro (-36,2 %)

Importe: 107.000 Euro (+40,7 %)

Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt
Mohammed Hussein
Tantawi Soliman
(seit 11. Februar)

Regierungschef
Kamal Ganzouri
(seit 7. Dezember)

Außenminister
Mohamed Kamel Amr
(seit 18. Juli)

Kairo – **ÖB, KF, Büro des Verteidigungsattachés, AC, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Außenminister Ali Ahmed Karti am Rande der 66. VN-Generalversammlung (New York, 21. September).

Besuche aus Österreich:

Bundesminister Michael Spindelegger, offizieller Arbeitsbesuch, Treffen mit Ministerpräsident Essam Sharaf, Außenminister Nabil El-Araby, Generalsekretär der Arabischen Liga Amre Moussa, Friedensnobelpreisträger Mohamed El-Baradei, Großscheich der Al-Azhar Universität Ahmed Mohamed Ahmed El-Tayeb und dem koptischen Papst Shenouda III (4. und 5. April).

Länderinformationen

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Arabischen Republik Ägypten über die Visumsfreiheit für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen der Republik Österreich und Inhaber von Diplomaten-, Spezial- und Dienstpässen der Arabischen Republik Ägypten wurde aufgrund der Unruhen seit dem Arabischen Frühling von Seiten der Arabischen Republik noch nicht innerstaatlich umgesetzt und ist daher noch nicht in Kraft getreten.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 30.000 Euro

Österreichische Exporte: 197,219 Millionen Euro (+1,9 %)

Importe: 48,219 Millionen Euro (-41,7 %)

Albanien

(Republik Albanien), Tirana

Staatsoberhaupt
Bamir Topi

Regierungschef
Sali Berisha

Außenminister
Edmond Haxhinasto

Tirana – **ÖB, Verbindungsbeamter des BMI, Koordinationsbüro der OEZA; AC:** siehe Slowenien; Shkodra – **HK**

Besuche aus Österreich:

Zweiter Nationalratspräsident Fritz Neugebauer, Besuch bei Präsident Bamir Topi, Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli, Premierminister Sali Berisha und Bildungsminister Myqerem Tafaj (17.–19. März); Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Herbert Anderl, Besuch bei Innenminister Bujar Nishani und Polizeigeneraldirektor Hysni Burgaj (20. September); Präsidentin des Obersten Gerichtshofs Irmgard Griss, Treffen mit Präsident Bamir Topi und der Präsidentin des Obersten Gerichts Shpresa Beçaj (28. und 29. September); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Treffen mit Premierminister Sali Berisha, Vizepremierminister und Außenminister Edmond Haxhinasto, Gesundheitsminister Petrit Vasili und Vizekulturministerin Suzanna Turku (10. und 11. November).

Besuche in Österreich:

Vizeaußenminister Selim Belortaja, Treffen mit Sektionsleiterin Bernadette Gierlinger, (BMWFJ) anlässlich der Zusammenkunft der gemischten österreichisch-albanischen Wirtschaftskommission (16. Februar); Innenminister Bujar Nishani, Treffen mit Bundesministerin Johanna Mikl-Leitner anlässlich des Forums Salzburg in Kitzbühel (28. und 29. Juni); Staatspräsident Bamir Topi, Höflichkeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (23. September); Außenminister Edmond Haxhinasto, Treffen mit Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (13. Oktober).

Abkommen/Verhandlungen:

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen trat am 1. Juli in Kraft.

Wissenschaft:

Längerfristige Kooperationsabkommen der Universitäten Graz, Klagenfurt und Wien mit der Universität Shkodra. Österreichbibliothek an der Universität Shkodra; Lehrtätigkeit von zwei österreichischen Lektoren am Germanistikinstitut der Universität Shkodra.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 617.000 Euro

Österreichische Exporte: 74,385 Millionen Euro (+23,3 %)

Importe: 30,229 Millionen Euro (-0,9 %)

Anhang

Algerien

(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier

Staatsoberhaupt
Abdelaziz Bouteflika

Regierungschef
Ahmed Ouyahia

Außenminister
Mourad Medelci

Algier – ÖB, AC

Besuche aus Österreich:

Besuch des Vorsitzenden der Österreichisch-Algerischen Gesellschaft Johann Moser, Teilnahme an der DeutschlehrerInnentagung (Annaba, 11.–13. Juli).

Abkommen/Verhandlungen:

Vorschläge für ein Katastrophenhilfsabkommen, ein neues Luftverkehrsabkommen, und Fachabkommen in den Bereichen Umwelt und Gesundheit liegen vor. Ein Abkommen über die Aufhebung der Visapflicht für InhaberInnen von Diplomatenpässen steht vor dem Abschluss.

Wissenschaft:

Je eine DaF-Assistentin unterrichtete im Sommersemester 2011 und im Wintersemester 2011/12 österreichische Literatur und Landeskunde an der Universität Oran. Die Universitäten Innsbruck und Oran gründeten eine Universitätspartnerschaft.

Österreichische Exporte: 146,937 Millionen Euro (-6,2 %)

Importe: 143,020 Millionen Euro (+316,9 %)

Andorra

(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella

Staatsoberhaupt

Köfürsten:

Nicolas Sarkozy

(franz. Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília

(Bischof von La Seu d'Urgell)

Regierungschef

Antoni Martí Petit

(seit 12. Mai)

Außenminister

Gilbert Saboya Sunyé

(seit 12. Mai)

ÖB, AC: siehe Spanien

Österreichische Exporte: 3,318 Millionen Euro (+18,7 %)

Importe: 1,489 Millionen Euro (+175,4 %)

Angola

(Republik Angola), Luanda

Staatsoberhaupt und Regierungschef

José Eduardo dos Santos

Außenminister

Georges Rebelo Chikoti

ÖB: siehe Simbabwe, ab 2012 siehe Südafrika; **AC:** siehe Südafrika; Luanda – HK

Österreichische Exporte: 16,029 Millionen Euro (+64,1 %)

Importe: 81.000 Euro (+108,8 %).

Antigua und Barbuda

(Antigua und Barbuda), St. John's

Staatsoberhaupt

Königin Elizabeth II.

Regierungschef und Außenminister

Winston Baldwin Spencer

Länderinformationen

vertreten durch:

Generalgouverneurin
Dame Louise Lake-Tack

ÖB, AC: siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Österreichische Exporte: 165.000 Euro (-16,5 %)

Importe: 38.000 Euro (+39,4 %)

Äquatorialguinea

(Republik Äquatorialguinea), Malabo

Staatsoberhaupt

Teodoro Obiang Nguema

Regierungschef

Ignacio Milam Tang

Außenminister

Pastor Micha Ondo Bile

ÖB, AC: siehe Nigeria

Österreichische Exporte: 970.000 Euro (+41,5 %)

Importe: Es wurden keine Importe registriert.

Argentinien

(Argentinische Republik), Buenos Aires

Staatsoberhaupt und Regierungschefin

Cristina Fernández de Kirchner

Außenminister

Héctor Timerman

Buenos Aires – **ÖB, AC;** Córdoba, Posadas (derzeit gesperrt), San Carlos de Bariloche – **HK**
HK Mendoza am 27. Oktober eröffnet.

Besuche aus Österreich:

Dritter Präsident des Nationalrates Martin Graf, Treffen mit Vizepräsident Julio Cobos (21. März).

Österreichische Exporte: 126,336 Millionen Euro (+3,7 %)

Importe: 145,045 Euro (+12,8 %)

Armenien

(Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt

Serzh Sargsyan

Regierungschef

Tigran Sargsyan

Außenminister

Edward Nalbandian

Wien – **ÖB;** Jerewan – **HK; Österreich-Bibliothek; Informationszentrum; AC:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten.

Am 30. Juni wurde das neue österreichische Honorarkonsulat in Jerewan eröffnet.

Besuche in Österreich:

Außenminister Edward Nalbandian, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesminister Michael Spindelegger (1. März); Premierminister Tigran Sargsyan, Teilnahme am World Economic Forum on Europe and Central Asia, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann (8. Juni); Erste Vize-Wirtschaftsministerin Karine Minasyan Treffen mit VertreterInnen der ADA (16. Juni); Außenminister Edward Nalbandian, Teilnahme am Trilog, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger (Salzburg, 19. August); Vize-Finanzminister Vardan Aramyan, Teilnahme an der fünften Tagung der Gemischten Kommission (7.–9. September).

Abkommen/Verhandlungen:

Am 29. Juni wurde in Jerewan von Botschafter Michael Postl und Vorsitzendem des „State Reve-

Anhang

nue Committee“ Gagik Khachatryan ein Abkommen über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe in Zollsachen unterzeichnet.

Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) zwischen der Brjussow-Universität und der Universität Wien im September.

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz hat mit der staatlichen Universität in Jerewan ebenfalls ein MoU zur Förderung der Kooperationsmaßnahmen unterzeichnet (April).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 360.000 Euro

Österreichische Exporte: 39,174 Millionen Euro (-19,8 %)

Importe: 6,033 Millionen Euro (+345,7 %)

Aserbaidshan

(Republik Aserbaidshan), Baku

Staatsoberhaupt
Ilham Alijew

Regierungschef
Artur Rasisade

Außenminister
Elmar Mammadjarow

Baku – ÖB, Marketingbüro, Österreich-Bibliothek

Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Präsident Ilham Alijew (Davos, 27. Jänner).

Besuche aus Österreich:

Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Treffen mit Minister für Tourismus und Kultur Abulfaz Garayew, Minister für Finanzen Samir Scharifow, Minister für Auswärtige Beziehungen Elmar Mammadjarow, Vizeminister für Industrie und Energie Gülmammad Dschawadow, Vizeminister für Fernmeldewesen und Informationstechnologien Elmir Valijev und dem Verwaltungschef im Ministerium für wirtschaftliche Beziehungen Samir Valijev (26. und 27. Jänner); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Teilnahme an der Konferenz “Nach den Parlamentswahlen in Aserbaidshan” (10.–12. Februar); Generalsekretär des Europarats a.D. Walter Schwimmer, Teilnahme am „Weltforum des Interkulturellen Dialogs“ und Treffen mit Präsident Ilham Alijew (5.–10. April); Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Treffen mit Minister für Fernmeldewesen und Informationstechnologien Ali Abbasow, Minister für Kultur und Tourismus Abulfaz Garayew, Vizeminister für wirtschaftliche Entwicklung Niyasi Safarow, Vizeminister für Verkehr Musa Panahow und Vizebürgermeister der Stadt Baku Akif Abdullayew (18.–22. September); Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Abgeordneter zum Nationalrat Karl Öllinger, Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Peter Schieder, Teilnahme am 20-Jahrjubiläum der Republik Aserbaidshan (23.–25. September); Bundespräsident Heinz Fischer, offizieller Arbeitsbesuch, Gespräche mit Präsident Ilham Alijew, Premierminister Artur Rasisade, Sprecher des Parlaments Oktay Asadow (11. und 12. Oktober); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Treffen mit Sozialminister Füsuli Alakbarow (11. und 12. Oktober); Bundesminister Reinhold Mitterlehner, Treffen mit Minister für Wirtschaftsbeziehungen Schachin Mustafajew (11. und 12. Oktober); Staatssekretär Andreas Schieder, Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Zollkomitees Ajdin Alijew (11. und 12. Oktober), Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Vizeaußenminister Kalaf Khalafow (11. und 12. Oktober)

Besuche in Österreich:

Vorsitzender des Staatlichen Zollkomitees Ajdin Alijew, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (23. März); Minister für Fernmeldewesen und Informationstechnologien Ali Abbasow, Teilnahme an der Regionalkonferenz des Weltwirtschaftsforums (8. und 9. Juni); Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Familie, Frauen und Kinder Hijran Husejnowa, Studienreise (6. – 8. Juli)

Abkommen/Verhandlungen:

Nach Expertengesprächen sind die offiziellen Verhandlungen über das Abkommen zwischen der

Länderinformationen

Republik Österreich und der Republik Aserbaidschan über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im März aufgenommen worden.

In Baku wurden am 12. Oktober ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Technologiebereich und ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit der Ministerien für Finanzen unterzeichnet.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 46.000 Euro

Österreichische Exporte: 89,869 Millionen Euro (+22,9 %)

Importe: 59,386 Millionen Euro (-25,0 %).

Äthiopien

(Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba

Staatsoberhaupt

Girma Wolde Giorgis

Regierungschef

Meles Zenawi

Außenminister

Hailemariam Desalegn

Addis Abeba – ÖB, Ständige Vertretung bei der AU; Koordinationsbüro der OEZA; Außenstelle des AC Kairo (AC: siehe Ägypten)

Wissenschaft:

Gemeinsame Exkursion der Universitäten Innsbruck und Salzburg unter der Leitung von Univ.-Prof. Thomas Spielbüchler und Univ.-Prof. Albert Lichtblau (vom 10.–17. April); Besuch der Universität Aksum durch Univ.-Prof. Sigurd Höllinger im Auftrag des BMWF; Erstellung eines Abschlussberichts nach Ablauf des Projekts zur Umsetzung einer Strategie im Bereich der Qualitätssicherung an der Universität Aksum (August).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 4,637 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 12,118 Millionen Euro (+92,9 %)

Importe: 5,931 Millionen Euro (+74,9 %)

Australien

(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra

Staatsoberhaupt

Königin Elizabeth II.

Regierungschefin

Julia Gillard

Außenminister

Kevin Rudd

vertreten durch:

Generalgouverneurin

Quentin Bryce

Canberra – ÖB; Sydney – HGK, AC, ÖW; Brisbane, Melbourne – HGK; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth (seit 1. Juli vorübergehend geschlossen) – HK

Besuche aus Österreich:

Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger in Begleitung von Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Klubobmann Karlheinz Kopf und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl, Gespräche mit Außenminister Kevin Rudd, Handelsminister Craig Emerson, Parlamentspräsident Harry Jenkins, stellvertretender Parteivorsitzenden der Liberal Party, Julie Bishop, sowie mit Gouverneurin von New South Wales Marie Bashir (17.–20. Februar).

Besuche in Österreich:

Australische Parlamentarische Delegation unter Leitung von Abg. Dick Adams, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (25. Oktober).

Anhang

Abkommen/Verhandlungen:

Das zweite Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und Australien im Bereich der sozialen Sicherheit ist am 1. Jänner 2012 in Kraft getreten

Österreichische Exporte: 678,183 Millionen Euro (+4,8 %)

Importe: 79,597 Millionen Euro (+53,0 %)

Bahamas

(Commonwealth of The Bahamas), Nassau

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Hubert Alexander
Ingraham

Außenminister
Theodore Brent Symonette

vertreten durch:
Generalgouverneur
Sir Arthur Foulkes

ÖB: siehe Vereinigte Staaten; **AC:** siehe Vereinigte Staaten (AC New York); Nassau – **HK**

Österreichische Exporte: 9,191 Millionen Euro (-8,1 %)

Importe: 1,226 Millionen Euro (-16,2 %)

Bahrain

(Königreich Bahrain), Manama

Staatsoberhaupt
König Sheikh Hamad Bin
Isa Bin Salman Al Khalifa

Regierungschef
Sheikh Khalifa Bin
Salman Al Khalifa

Außenminister
Sheikh Khalid Bin Ahmed
Al Khalifa

ÖB: siehe Kuwait; **AC:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Österreichische Exporte: 13,129 Millionen Euro (-26,8 %)

Importe: 6,000 Millionen Euro (+60,1 %)

Bangladesch

(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka

Staatsoberhaupt
Mohammad Zillur Rahman

Regierungschefin
Sheikh Hasina

Außenministerin
Dipu Moni

ÖB, AC: siehe Indien; Dhaka – **HK, Marketingbüro**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 88.000 Euro

Österreichische Exporte: 26,839 Millionen Euro (-29,5 %)

Importe: 258,607 Millionen Euro (+35,0 %)

Barbados

(Barbados), St. James

Staatsoberhaupt
Königin Elizabeth II.

Regierungschef
Freundel Jerome Stuart

Außenministerin
Maxine McClean

vertreten durch:
Generalgouverneur
Elliot Belgrave
(amtsführend, seit 1. November)

Länderinformationen

ÖB, AC: siehe Caracas; Bridgetown – **HK**

Österreichische Exporte: 976.000 Euro (+0,2 %)

Importe: 280.000 Euro (-71,1 %)

Belarus

(Republik Belarus), Minsk

Staatsoberhaupt

Alexander Lukaschenko

Regierungschef

Michail Mjasnikowitsch

Außenminister

Sergej Martynow

ÖB, AC: siehe Russland; Minsk – **HK, AußenwirtschaftsBüro**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 8.000 Euro

Österreichische Exporte: 184,205 Millionen Euro (+14,4 %)

Importe: 21,489 Millionen Euro (-30,9 %)

Belgien

(Königreich Belgien), Brüssel

Staatsoberhaupt

König Albert II.

Regierungschef

Elio Di Rupo

(seit 5. Dezember)

Außenminister

Didier Reynders

(seit 7. Dezember)

Brüssel – **ÖB, AC, ÖW;** Eupen, Gent, Lüttich, Namur – **HK**

Besuche aus Österreich:

Präsident des Bundesrates Gottfried Kneifel, Arbeitsbesuch bei VertreterInnen des Europäischen Parlaments und österreichischen VertreterInnen in Brüssel (23. März); Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl und Landeshauptmann Hans Niessl, Teilnahme an Kooperation Wien – Burgenland in Europa sowie 15 Jahre Wien – Haus in Brüssel (21. September); Landtagspräsidentin Marianne Klicka, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang (24. Oktober); Bundesministerin Claudia Schmied, Arbeitsbesuch im Kulturzentrum Bozar (29. November); Landeshauptmann Josef Pühringer, Übergabe des Friedenslichtes (14. Dezember).

Besuche in Österreich:

Ehem. Premierminister Wilfried Martens, Teilnahme an OSZE Treffen (22. und 23. Februar); Premierminister der wallonischen Region Rudy Demotte, Arbeitsbesuch im Bundesland Vorarlberg und Treffen mit Landtagspräsidentin Bernadette Mennel (29. Mai bis 1. Juni); Innenministerin Annemie Turtelboom, Teilnahme an LAEO-Konferenz (19. und 20. Juni); Unterrichts- und Beschäftigungsminister der deutschsprachigen Gemeinschaft Oliver Paasch, Teilnahme an der Konferenz „Mit Sprache an Beruf und Gesellschaft aktiv teilnehmen“, und Arbeitsbesuch im BMUKK (6.- 8. Oktober).

Österreichische Exporte: 1.738,965 Millionen Euro (+15,9 %)

Importe: 2.048,222 Millionen Euro (+11,8 %)

Belize

(Belize), Belmopan

Staatsoberhaupt

Königin Elisabeth II.

Regierungschef

Dean Barrow

Außenminister

Wilfred Elrington

Anhang

vertreten durch:

Generalgouverneur
Sir Colville N. Young

ÖB, KF, AC: siehe Mexiko; Belize-Stadt – **HGK**

Österreichische Exporte: 3,326 Millionen Euro (-45,9 %)

Importe: 39.000 Euro (-85,1 %)

Benin

(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Thomas Boni Yayi

Außenminister
Nassirou Arifari Bako

ÖB, AC: siehe Nigeria; Cotonou – **HK**

Österreichische Exporte: 7,107 Millionen Euro (+22,8 %)

Importe: 21.000 Euro (-75,3 %)

Bhutan

(Königreich Bhutan), Thimphu

Staatsoberhaupt
König Jigme Khesar
Namgyel Wangchuck

Regierungschef
Jigmi Y. Thinley

Außenminister
Ugyen Tshering

ÖB, AC: siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA – Thimphu**

Wissenschaft:

Die Royal University of Bhutan ist Mitglied im Eurasia-Pacific-Uninet; regelmäßiger Austausch von ForscherInnen und ProfessorInnen mit österreichischen Universitäten; Durchführung gemeinsamer, wissenschaftlicher Projekte; österreichische Unterstützung der beruflichen Fortbildung von bhutanischen Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich sowie an regionalen Ausbildungsstätten im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 2,586 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 2,841 Millionen Euro (+832,1 %)

Importe: 5.000 Euro (-37,6 %)

Bolivien

(Republik Bolivien), La Paz

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Juan Evo Morales

Außenminister
David Choquehuanca
Céspedes

ÖB: siehe Peru; **AC:** siehe Argentinien; La Paz – **HGK**; Santa Cruz – **HK**

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 46.000 Euro

Österreichische Exporte: 7,206 Millionen Euro (-15,8 %)

Importe: 6,278 Millionen Euro (+32,3 %)

Länderinformationen

Bosnien und Herzegowina (Bosnien und Herzegowina), Sarajewo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Staatspräsidium	Nikola Špirić	Sven Alkalaj
mit rotierendem Vorsitz		
Željko Komšić		
(seit 10. Juli)		
Nebojša Radmanović		
Bakir Izetbegović		

Sarajewo – ÖB; Koordinationsbüro der OEZA (Schließung per 30. Juni), AC, regionales österreichisches Kooperationsbüro in Wissenschaft und Kultur der Österreichischen Kulturvereinigung, Büro des Verteidigungsattachés, des Verbindungsbeamten des BMI, Büro der Bildungsbeauftragten des BMUKK, Verbindungsbüro der Stadt Wien, nichtresidenter Sozialattaché

Besuche aus Österreich:

Abgeordnete zum Europäischen Parlament Ulrike Lunacek, Konsultationen mit Hohem Vertreter und EU-Sondergesandtem (HR/EUSR) Botschafter Valentin Inzko und Botschafter Donatus Köck (23. Februar); Stellvertretender Chef des Generalstabes Christian Segur-Cabanac, EUFOR/AUTCON-Truppenbesuch im Rahmen des 8. Strategischen Führungslehrgangs in Sarajewo (13. und 14. März); Militärbischof Christian Werner, Truppenbesuch und Teilnahme an der Weihe des ersten bosnisch-herzegowinischen Militärbischofs Tomo Vuksić (Mostar, 1. und 2. April); Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer mit Innsbrucker Stadtratsdelegation zu Besuch der Partnerstadt Sarajewo (5.–8. April); Staatssekretär Wolfgang Waldner, Teilnahme an Konferenz „The Western Balkans: Progress, Stagnation or Regression“ und Arbeitsgespräch mit Außenminister Sven Alkalaj (14. und 15. Juni); Kärntner Diözesanbischof Alois Schwarz, Treffen mit Kardinal Vinko Puljić im Rahmen der Diözesanpartnerschaft Klagenfurt/Gurk – Sarajewo (6.–8. Juli); Interimistischer Generalstabschef Othmar Commenda, EUFOR/AUTCON-Truppenbesuch (21. und 22. Juli); Staatssekretär Sebastian Kurz, Treffen mit stellvertretendem Sicherheitsminister Mijo Kresić, Assistentinministerin für Menschenrechte und Flüchtlinge Ruzmira Tihjić-Kadrić, HR/EUSR Botschafter Valentin Inzko, VertreterInnen der Religionsgemeinschaften, VertreterInnen der bosnisch-herzegowinischen Diaspora, österreichischen Firmen, Jugendorganisationen (5. und 6. Oktober); Parlamentarische Bundesheerbeschwerdekommision, EUFOR/AUTCON-Truppenbesuch, Treffen mit EUFOR-Kommandanten Generalmajor Bernhard Bair und Ombudsmann der bosnisch-herzegowinischen Streitkräfte (8. und 9. November); ehemaliger EU-Kommissar Bundesminister a.D. Franz Fischler, Besuch des United World College in Mostar (10. und 11. November); Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderätin Anica Matzka-Dojder, Wien-Abend (1. Dezember); Generalstabschef Edmund Entacher, Übergabe des Kommandos über EUFOR Althea von Generalmajor Bernhard Bair an Generalmajor Robert Brieger (5. und 6. Dezember).

Besuche in Österreich:

Sicherheitsminister Sadik Ahmetović, Unterzeichnung des bilateralen Durchführungsprotokolls des EU-Rückübernahmeabkommens, Gespräch mit Bundesministerin Maria Fekter (22. Februar); Staatspräsidiumsmitglied Željko Komšić und Außenminister Sven Alkalaj, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (8. März); Außenminister Sven Alkalaj, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger (9. März); Staatspräsidiumsmitglied Željko Komšić, Teilnahme am Bosnien und Herzegowina-Ball (8. und 9. April); Oberhaupt der islamischen Glaubensgemeinschaft Reis-ul-ulema Mustafa Efendi Cerić, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser (BMI) (30. März); Sicherheitsminister Sadik Ahmetović, Gespräche mit Bundesministerin Maria Fekter (31. März); Außenminister Sven Alkalaj, Treffen mit Vizekanzler und Bundesminister Michael Spindelegger (27. April); Delegation der Partei der Demokratischen Aktion des Kantons Sarajewo, Teilnahme an Verleihung des Kaiser Maximilian Preises und bilaterale Gespräche (Innsbruck, 7.–9. Mai); Staatspräsidiumsmitglied Bakir Izetbegović, Teilnahme an Treffen der MSI-Global Alliance (20.–22. Mai); Außenminister Sven Alkalaj, Teilnahme am World Economic Forum on Europe and Central Asia (8. und 9.

Anhang

Juni); Minister für zivile Angelegenheiten Sredoje Nović, Teilnahme an der LAEO-Konferenz für nukleare Sicherheit (20.–24. Juni); Sicherheitsminister Sadik Ahmetović, Teilnahme am 11. Salzburg-Forum (Kitzbühel, 29. und 30. Juni); Delegation des Abgeordnetenhauses der Entität Föderation Bosnien und Herzegowina, Besuch im Steiermärkischen Landtag (Graz, 16.–18. November); Vjekoslav Čamber, Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Entität Föderation Bosnien und Herzegowina, Treffen mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Besuch im Bundessozialamt, im Beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum, und beim Kriegsopfer- und Behindertenverband (21.–25. November); Vorsitzender des Staatspräsidiums Željko Komšić, Höflichkeitsbesuch bei Bürgermeister Bernhard Müller (Tux, Wiener Neustadt, 1.–5. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Austausch der Ratifikationsurkunden für das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen am 26. Oktober, in Kraft ab 1. Jänner 2012.

Das Durchführungsprotokoll zum EU-Rückübernahmeabkommen mit **Bosnien und Herzegowina** wurde am 22. Februar unterzeichnet. Die weiteren Schritte zur Inkraftsetzung wurden eingeleitet.

Wissenschaft:

Starke österreichische Präsenz im Wissenschafts- und Bildungssektor durch die Tätigkeit der Beauftragten für Bildungskooperation des BMUKK, der drei Österreich-Lektorinnen an den Universitäten Banja Luka, Mostar und Sarajewo, der österreichischen Vertragslehrerin am United World College in Mostar; drei Österreich-Bibliotheken in Sarajewo, Tuzla (15-jähriges Jubiläum) und Banja Luka; Festigung der Kulturvermittlerrolle des Literatur- und ÜbersetzerInnennetzwerks TRADUKI (Büro in Sarajewo), unter anderem durch die Schaffung des Europäischen Residenzprogramms für SchriftstellerInnen und LiteraturübersetzerInnen; Organisation einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz aus Anlass des 200-jährigen Bestehens des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches und von dessen Einfluss auf das bosnisch-herzegowinische Zivilrecht durch das regionale Kooperationsbüro der Österreichischen Kulturvereinigung in Zusammenarbeit mit den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Wien und Sarajewo Ende Oktober in Sarajewo.

Sicherheitspolitik:

Österreich als größter Truppensteller in der militärischen GSVP-Mission EUFOR ALTHEA (ca. 350 SoldatInnen), Entsendung von zwei Polizisten zur EU-Polizeimission EUPM.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 1,938 Millionenn Euro

Wirtschaft: Österreich größter ausländischer Investor und sechstwichtigster Handelspartner in Bosnien und Herzegowina.

Österreichische Exporte: 320,775 Millionen Euro (+9,4 %)

Importe: 345,263 Millionen Euro (+40,9 %)

Botsuana

(Republik Botsuana), Gaborone

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Seretse Khama Ian Khama

Außenminister
Phandu Tombola Chaka
Skelemeni

ÖB, AC: siehe Südafrika; Gaborone – HK

Österreichische Exporte: 2,539 Millionen Euro (+215,7 %)

Importe: 34.000 Euro (-80,8 %)

Länderinformationen

Brasilien

(Föderative Republik Brasilien), Brasília

Staatsoberhaupt und Regierungschefin
Dilma Vana Rousseff

Außenminister
Antonio Aguiar Patriota

Brasília – **ÖB**, São Paulo – **ÖGK, AC**; Belo Horizonte, Curitiba, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Wiedereröffnung Honorarkonsulat Recife im Juni.

Besuche aus Österreich:

Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes Brigitte Bierlein und Mitglied Christoph Grabenwarter, Teilnahme am 2. Weltkongress für Verfassungsgerichtsbarkeit in Rio, Treffen mit dem Präsidenten des brasilianischen Verfassungsgerichtshofes Cezar Peluso (16.–18. Jänner); Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien Brigitte Jank mit Delegation, Firmenpräsentationen, Gespräche mit Gouverneur des Bundesstaates Santa Catarina, Infrastrukturminister des Bundesstaates Sao Paulo sowie Stadtrat für Außenbeziehungen der Stadt Sao Paulo (Joinville, Sao Paulo und Rio, 14.–18. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, politische Konsultationen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Ruy Nogueira (18. November); Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Christoph Neumayer, Gespräche mit Kongressabgeordneten, VertreterInnen von Ministerien, internationalen Finanzinstitutionen, Industrieverbänden und öst. Firmenniederlassungen (Sao Paulo, Brasilia, Rio, 5.–9. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Abschluss der Verhandlungen zu einem Auslieferungsabkommen. Sondierungen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit im kulturellen Bereich (Denkmalschutz) sowie betreffend Hochschulbildung.

Wissenschaft:

Rund 20 Partnerschaftsabkommen zwischen österreichischen und brasilianischen Universitäten. 13 Kooperationsabkommen über Studierendenaustausch, 10 über Austausch von Lehrenden.

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 18.000 Euro

Österreichische Exporte: 968,645 Millionen Euro (+14,8 %)

Importe: 597,618 Millionen Euro (+18,6 %)

Brunei

(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan

Staatsoberhaupt und Regierungschef
Sultan Haji Hassan al Bolkiah
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

ÖB, AC: siehe Malaysia

Österreichische Exporte: 686.000 Euro (-43,0 %)

Importe: 211.000 Euro (k.A.)

Bulgarien

Bulgarien (Republik), Sofia

Staatsoberhaupt
Georgi Parvanov

Regierungschef
Boyko Borissov

Außenminister
Nikolay Mladenov

Sofia – **ÖB, AC**, Verbindungsbüro der Stadt Wien

Anhang

Besuche aus Österreich:

Bundeskanzler Werner Faymann, Arbeitsbesuch, Treffen mit Premierminister Boyko Borissov und Eröffnung einer Konferenz zum Thema „Die Bedeutung von Corporate Social Responsibility in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft“ (1. und 2. Februar); Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich Richard Schenz, Eröffnung des „Austrian Showcase Bildungsexport“ (23.–25. Februar); Sektionschef Manfred Matzka (BKA), Erfahrungsaustausch über e-Government Best Practice in Bulgarien und Österreich und Unterzeichnung einer Vereinbarung (11. und 12. April); Wirtschaftsreferent und Vizebürgermeister Albert Gunzer, Stadt Klagenfurt, Besuch Kärntner Unternehmen in Bulgarien (3.–5. Mai); Stellvertretender Leiter der Sektion für EU-Koordination und wirtschaftspolitische Angelegenheiten im BMeiA Botschafter Johannes Eigner, Teilnahme an Konferenz „Sofia Platform“ (5. und 6. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat Stefan Prähauser, Abgeordneter zum Nationalrat Stefan Markowitz, Abgeordneter zum Nationalrat Peter Fichtenbauer, Teilnahme an der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (Varna, 27.–29. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle, Gespräche mit Vizeaußenminister Konstantin Dimitrov (31. Mai); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Premierminister Boyko Borissov aus Anlass der gemeinsamen Einweihung des neuen Strom-Wärme-Kraftwerk von EVN in Plovdiv (Plovdiv, 2. September); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Treffen mit Sozialminister Totyu Mladenov und Eröffnung der Konferenz „Europa 2020 – Europäische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Unterstützung nationaler Arbeitsmärkte – Maßnahmenbeispiele aus Österreich und Bulgarien im europäischen Kontext“ (29. September).

Besuche in Österreich:

Stellvertretender Kulturminister Todor Tschobanov, Eröffnung der wissenschaftlichen Konferenz „Serdika-Sredets-Sofia, Stadtbauentwicklung während dreier Jahrtausende“ und der Ausstellung „Sofia während der Antike und des Mittelalters“ im Bulgarischen Kulturinstitut (27. Jänner); Staatspräsident Georgi Parvanov, Offizieller Arbeitsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (7. und 8. März); Vizeministerin für Regionale Entwicklung Liliyana Pavlova, Besuch der Konferenz „Donau-Kulturcluster“ (10. und 11. März); Umweltministerin Nona Karadjova, Teilnahme an der „Icon Vienna“-Messe, Treffen mit Bundesminister Nikolaus Berlakovich und Landeshauptmann Hans Niessl (13.–15. April); Gebietsverwalter Pentscho Pentshev und Konstantin Grebenarov, Oblaste Veliko Tarnovo und Burgas, Präsentation der beiden Regionen beim Businessforum „Bulgarien: Tor zum Schwarzen Meer“ (18. Mai); Minister für Regionale Entwicklung Rosen Plevneliev, Teilnahme an Podiumsdiskussion beim Europa-Forum Wachau (Göttweig, 19. Mai); Wirtschaftsminister Traycho Traykov, Teilnahme an einer LAEO-Konferenz und am Vienna Energy Forum (19.–22. Juni); Innenminister Tzvetan Tzvetanov, Teilnahme am Treffen des Salzburg Forum (Kitzbühel, 28.–30. Juni); Bürgermeister Kiril Stoyanov, Gemeinde Obsor, Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Mödling und Obsor (Mödling, 30. Juli); Bürgermeisterin Yordanka Fandakova, Stadt Sofia, Treffen mit Bürgermeister Heinz Schaden und Besuch von städtischen Einrichtungen (Salzburg, 19.–21. August); stellvertretender Gesundheitsminister Kiril Dobrev, Gespräche mit Bundesminister Rudolf Hundstorfer und VertreterInnen des BMG (28. September); stellvertretender Außenminister Konstantin Dimitrov, Gespräche mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Botschafter Johannes Kyrle (3. Oktober); stellvertretende Landwirtschaftsministerin Svetla Boyanova, Teilnahme am Forum „Meet Kosovo in Vienna“ (25. Oktober); Ministerin für Regionale Entwicklung Liliyana Pavlova, Besuch des Vienna Economic Forum (20. und 21. November); stellvertretende Umweltministerin Ivelina Vasileva, Teilnahme an einem Treffen im Rahmen der Internationale Kommission über den Schutz der Donau (12.–14. Dezember).

Abkommen/Verhandlungen:

Ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Bulgarien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen trat am 3. Februar in Kraft. Das Bundeskanzleramt der Republik Österreich traf am 11. April eine Vereinbarung mit der Regierung der Republik Bulgarien über die Kooperation in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie und E-Government.

Österreichische Exporte: 621,958 Millionen Euro (+3,5 %)

Importe: 389,355 Millionen Euro (+20,9 %)

Länderinformationen

Burkina Faso (Burkina Faso), Ouagadougou

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Beyon Luc Adolphe Tiao (seit 18. April)	Yipènè Djibril Bassolé (seit 21. April)

ÖB: siehe Senegal; **AC:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich:

Delegation des österreichischen Nationalrats (EZA-SprecherInnen aller Parlamentsparteien) in Begleitung von MitarbeiterInnen des BMeiA und der ADA, Informationsreise über das OEZA-Programm, Treffen mit Parlamentspräsident Rock Kaboré, Abgeordneter Sambo A. Komy, Gouverneurin der Region Cascade Jocelyne Vokouma-Boussari, Gouverneur der Region Boucle de Mouhoun Siaka Prosper Traoré, Vizepräsident des Regionalrates Michel Dieni, Finanzminister Lucien Bembamba, Vizeaußenministerin Minata Samate-Cessouma (20.–25. März).

Besuche in Österreich:

Minister für Industrie, Handel und Gewerbe, Patiendé Arthur Kafando, Teilnahme an UNIDO-Generalkonferenz (Ende November).

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 4,105 Millionen Euro

Österreichische Exporte: 1,872 Millionen Euro (+40,0 %)

Importe: 431.000 Euro (-25,3 %)

Burundi (Republik Burundi), Bujumbura

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Pierre Nkurunziza (seit 7. November)	Laurent Kavakure

ÖB: siehe Kenia; **AC:** siehe Südafrika

Bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) im Rahmen der OEZA: 20.000 Euro

Österreichische Exporte: 121.000 Euro (+59,6 %)

Importe: 2,247 Millionen Euro (+909,3 %)

Chile (Republik Chile), Santiago de Chile

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Sebastián Piñera Echenique	Alfredo Moreno Charme

Santiago de Chile – **ÖB, Zweigbüro des AC Buenos Aires;** Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Bilaterales Treffen Bundeskanzler Werner Faymann mit Präsident Sebastián Piñera Echenique am Rande der VN-GV (New York, 21. September).

Besuche aus Österreich:

Generalsekretär im BMWF Friedrich Faulhammer, Treffen mit Staatssekretär für Innovation im Wirtschaftsministerium Tomas Flores und Staatssekretär für Bildungs- und Hochschulwesen im Bildungsministerium Fernando Rojas (24. Mai); Dritter Präsident des Nationalrates Martin Graf, Treffen mit Präsident des chilenischen Abgeordnetenhauses Patricio Melero, amtierendem Präsidenten von CONICYT Mateo Budinich, Generalsekretär der Universidad Católica Mario Correa, Bürgermeister Jorge Castro (Santiago de Chile, Valparaíso, 24.–26. Oktober); Präsidentin des Bun-

Anhang

desrates Susanne Neuwirth, Treffen mit Präsident des Abgeordnetenhauses Patricio Melero, Senatspräsident Guido Girardi, Mitglied des außenpolitischen Ausschusses Eugenio Tuma, Senator Hernán Larraín, Frauenministerin Carolina Schmidt (Valparaiso, Santiago de Chile, 16. November)

Abkommen/Verhandlungen:

Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding zwischen dem BMWF und dem chilenischen Bildungsministerium durch Generalsekretär im BMWF Friedrich Faulhammer und Bildungsminister Joaquín Lavín Infante am 24. Mai in Santiago de Chile.

Österreichische Exporte: 146,174 Millionen Euro (+15,7 %)

Importe: 136,371 Millionen Euro (+13,7 %)

China

(Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt
Hu Jintao

Regierungschef
Wen Jiabao

Außenminister
Yang Jiechi

Sonderverwaltungsregion Hongkong

Regierungschef (Chief Executive)
Tsang Yam-Kuen Donald

Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)
Fernando Chui Sai On

Peking – **ÖB, KF, AC, ÖW**; Shanghai – **GK, AC**; Hongkong – **GK, AC**, Guangzhou – **GK**; Chengdu, Shenyang, Xi'an – **AB**

Am 28. Mai jährte sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik China zum 40. Mal.

Besuche aus Österreich:

Vizekanzler und Bundesminister Josef Pröll und Bundesminister Michael Spindelegger, Treffen mit Premierminister Wen Jiabao, Vizepremierminister Zhang Dejiang und Außenminister Yang Jiechi sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft (22.–25. Februar); Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Gespräche mit Minister für Zivile Angelegenheiten Li Liguó, stv. Minister für Humanressourcen und soziale Sicherheit Xin Changxing, Leiter des Amtes für Rechtsangelegenheiten des Staatsrates, Minister Song Dahan, stv. Parteisekretär des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes Chen Rongshu (Peking, Shanghai und Kunshan vom 21.–25. März); Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer, Treffen mit Staatspräsident Hu Jintao, Premierminister Wen Jiabao und VertreterInnen der Zivilgesellschaft; Galaabend „Aodili – Sounds of Music“ anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im National Center for the Performing Arts (5.–7. Mai); Präsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth, Treffen mit stv. Vorsitzender des ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Uyunqing und Vorsitzendem des chinesischen Dachverbands der Freundschaftsgesellschaften, Minister Chen Haosu (Peking, Dalian, Lanzhou, Xining, Shanghai und Ningbo, 21.–30. August); Präsident des Österreichischen Rechnungshofes Josef Moser, Treffen mit Generalauditor der VR China Liu Jiayi, (Peking, Nanjing 8.–12. September); Präsident der Wirtschaftskammer Österreich Christoph Leitl, Treffen mit Präsident des China Council for the Promotion of International Trade Wan Jifei und Vizevorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Bai Lichen (Shanghai und Peking, 17.–21. Oktober); Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme am 2. ASEM-VerkehrsministerInnentreffen (Peking, Chengdu und Shanghai, 21.–27. Oktober); Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Treffen mit Gouverneur der Chinesischen Zentralbank Zhou Xiaochuan und Vize-Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission (CBRC) Zhou Mubing (Hongkong und Peking, 7.–12. November); Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Karlheinz Töchterle, Treffen mit Wissenschaftsminister Wan Gang, Vizeminister für Bildung Du Zhanyuan und Präsident der Peking Universität Zhou Qifeng (Peking und Shanghai, 20.–25. November).